

Literaturspiegel

Wissenschaftliches Informations- und Diskussionsforum

**Nr. 53
Mai 2022**

Aufsätze S. 7

ARNOLD SUPPAN

Der Vertrag von Saint-Germain 1919 und die Sudetendeutschen S. 7

JIŘÍ STOČES

Die Erste Tschechoslowakische Republik im kollektiven Gedächtnis der Tschechen und der Sudetendeutschen S. 29

MATTHIAS STICKLER

Vertriebenenintegration nach 1945 im Vergleich: Bundesrepublik Deutschland, DDR, Österreich S. 41

CHRISTINA MEINUSCH

Heimat! – Heimat? Das Sudetendeutsche Museum in München öffnete seine Pforten S. 54

HELMUT MADER

Krieg, Flucht und Vertreibung: Zum Umgang mit den Erinnerungen unserer Eltern und Großeltern S. 59

Rezensionen S. 73

CHRISTIANE HOFFMANN (besprochen von ANDREAS MÜLLER)

Alles, was wir nicht erinnern: Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters S. 73

FREYA KLIER (besprochen von JÖRG BERNHARD BILKE)

Unter mysteriösen Umständen: Die politischen Morde der Staatssicherheit S. 77

Herausgeber:
Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker e.V.
(ASA)

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. Andreas Müller
Brahmsstr. 12
53340 Meckenheim
ameljnikov@gmx.de

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die jeweiligen Autoren. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Bankverbindung:
Arbeitskreis Sudetendeutscher Akademiker e.V.,
KSP Wolfratshausen
DE87700543060000041988
Unkostenbeitrag: € 7,50

Erscheint in unregelmäßiger Folge

GÜNTER REICHERT

Zum Gedenken an Horst Kühnel S. 5

Mit Horst Kühnel haben wir einen guten Freund verloren. Er war langjähriger Redakteur des Literaturspiegels. Seine Persönlichkeit war untrennbar mit unserem Arbeitskreis verbunden - ein Nachruf.

ARNOLD SUPPAN

**Der Vertrag von Saint-Germain 1919 und die Sudetendeutschen:
Die politische Entscheidungsfindung und ihre Konsequenzen** S. 7

Über eine komplexe politische Weichenstellung, deren Fehler bis heute nachwirken und die eine Lehre für die internationale Politik sein sollten.

JIŘÍ STOČES

**Die Erste Tschechoslowakische Republik
im kollektiven Gedächtnis der Tschechen und der Sudetendeutschen** S. 29

Die Gegensätze in der Wahrnehmung der historischen Wirklichkeit sind unüberbrückbar. Aber man sollte sie mit gegenseitigem Respekt und Verständnis betrachten.

MATTHIAS STICKLER

**Vertriebenenintegration nach 1945 im Vergleich:
Bundesrepublik Deutschland, DDR, Österreich** S. 41

Die den jeweiligen politischen Verhältnissen nach 1945 geschuldete sehr unterschiedlich verlaufene Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen hat die Erinnerungskulturen nachhaltig geprägt.

CHRISTINA MEINUSCH

**Heimat! – Heimat?
Das Sudetendeutsche Museum in München öffnete seine Pforten** S. 54

Die modern aufbereitete Ausstellung setzt auf wertungsfreie Dokumentation und Dialogoffenheit.

HELMUT MADER

**Krieg, Flucht und Vertreibung:
Zum Umgang mit den Erinnerungen unserer Eltern und Großeltern** S. 59

Die Spätfolgen von Flucht und Vertreibung werden als ein Phänomen transgenerationaler Weitergabe traumatischer Erfahrungen beleuchtet.

CHRISTIANE HOFFMANN (besprochen von ANDREAS MÜLLER)

**Alles, was wir nicht erinnern:
Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters** S. 73

FREYA KLIER (besprochen von JÖRG BERNHARD BILKE)

**Unter mysteriösen Umständen:
Die politischen Morde der Staatssicherheit** S. 77

Zum Gedenken an Horst Kühnel (01. Juni 1938 - 09. September 2020)

GÜNTER REICHERT¹

Horst Kühnel wurde am 1. Juni 1938 in Tetschen an der Elbe in Böhmen in der damaligen Tschechoslowakischen Republik geboren. Tetschen - das heutige Děčín - hatte bei der Volkszählung im Jahr 1935 11.244 Einwohner, davon waren 9885 Sudetendeutsche. Als Reaktion auf den Anschluss der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich im Jahr 1938 und der Besetzung der restlichen Gebiete Böhmens, Mährens und Sudeten-Schlesiens durch das nationalsozialistische Deutschland im Jahr 1939 wurden die deutschen Einwohner Tetschens - ebenso wie weitere etwa drei Millionen Sudetendeutsche - in den Jahren 1945 und 1946 aus ihrer über Jahrhunderte angestammten Heimat vertrieben, darunter auch die Familie Kühnel. Dieses Schicksal hat Horst Kühnel als 7- oder 8-Jähriger bewusst miterlebt; dieses Schicksal hat sein Leben geprägt, als Jugendlicher, als Student, im Beruf und in seinen ehrenamtlichen Engagements.

Er war selbstverständlich Mitglied in der Sudetendeutschen Jugend. Während seines Studiums in Würzburg betreute er in den sommerlichen Semesterferien Kinderfreizeiten im Zeltlager des damaligen Jugendheims des Sudetendeutschen Sozialwerks „Heiligenhof“ in Bad Kissingen. Er war Mitglied und Schatzmeister im Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten. Über dessen Kontakte kam Horst Kühnel an die Universität Gießen und wurde dort im Jahr 1967 mit einer Arbeit zum Thema „Wortgeographische Untersuchungen zur ländlichen Sozial- und Wirtschaftsordnung der Sudetendeutschen“ an der Universität Gießen promoviert. Danach war er zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter und ab 1977 Leiter der von der Bundesregierung geförderten Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ an der Universität Gießen sowie Herausgeber der ersten Lieferungen dieses für die Mundartforschung und Volkskunde der Sudetendeutschen außerordentlich bedeutsamen und umfangreichen Werkes. Das wichtigste Ereignis in dieser Zeit und in dieser Institution war aber, dass Horst dort seine Brigitte kennenlernte und heiratete, der Anfang einer wunderbaren, sich gegenseitig ergänzenden Partnerschaft.

Von 1983 bis 2001 war Horst Kühnel Direktor des Hauses des Deutschen Ostens in München, einer Kultur-, Bildungs- und Begegnungseinrichtung des Freistaates Bayern zu den Themen der früheren deutschen Staats- und Siedlungsgebiete im östlichen Europa. Durch seine sowohl zielstrebige als auch zähe Arbeitsweise und sein stets auf Ausgleich bedachtes Wesen verstand er es, allen Gruppierungen der Heimatvertriebenen in Bayern die Möglichkeit zu geben, in diesem Haus ihre Kulturleistungen zu präsentieren und ihre jeweiligen Traditionen zu pflegen. Gleichzeitig erweiterte er die Kontakte in andere Bereiche, etwa durch eine intensive Zusammenarbeit mit der „Bayerischen Akademie für Leh-

¹ Aus der Ansprache von Günter Reichert auf der Trauerfeier für Horst Kühnel am 06. Oktober 2020

rerfortbildung und Personalführung“ in Dillingen, mit der er - nach sorgfältiger Vorbereitung – Studienreisen in eine Vielzahl von Ländern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas durchführte.

Die ehrenamtlichen Engagements von Horst Kühnel in der sudetendeutschen Volksgruppe aufzuzählen, verbietet sich bei dieser Gelegenheit. Sein Herzblut galt aber der inzwischen zu einem national und international bekannten und geschätzten Bildungs- und Begegnungszentrum herangewachsenen „Heiligenhof“ in Bad Kissingen. Dort war er seit dem Jahr 2007 Vorstandsmitglied im dessen Förderverein und Stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk. Mit Horst Kühnel haben wir einen außerordentlichen und vor allem liebenswerten Menschen verloren. Sein breites literarisches und vor allem in Bezug auf das östliche Europa geografisches und volkskundliches Wissen, sein oft hintersinniger Humor, sein - wie schon erwähnt - stets ausgleichendes Wesen haben ihn ausgezeichnet. Es war unmöglich, mit ihm in Streit zu geraten; als höchste Eskalationsstufe habe ich nur in Erinnerung „Jetzt bist’e etwas zu weit gegangen“ oder „Jetzt reicht’s aber“. Sein schmunzelndes Gesicht, wenn er zufrieden nach getaner Arbeit, nach Sitzungen bzw. Vortragsveranstaltungen oder nach Wanderungen bei einem Bier oder einem Glas Rotwein den Tag kommentierte und den Abend genoss, werden wir alle in unserem inneren Bildspeicher behalten.

Ich habe Horst Kühnel im April 1961 im Studentenheim in Würzburg auf Vermittlung von Jörg Kudlich kennengelernt; wir wohnten auf demselben Flur. Jörg Kudlich und ich haben ihn nach Gießen zum „Sudetendeutschen Wörterbuch“ vermittelt. Wir drei sind 25 Jahre lang mit dem Rucksack eine Woche lang durch deutsche Lande gewandert, dreimal auch im Sudetenland in unseren jeweiligen Heimatgebieten. Solches gemeinsames Erleben schweißt zusammen; da tut ein Abschied doppelt weh. Dir, liebe Brigitte, gilt unser aller Anteilnahme. Ihr seid - samt Baldur - so ein tolles eingespieltes Team gewesen. Jetzt musst Du allein Dein Leben neu sortieren. Dazu wünschen wir Dir viel Kraft. Wir werden Dir, soweit es möglich ist, beistehen.

Der Vertrag von Saint-Germain 1919 und die Sudetendeutschen¹

Die politische Entscheidungsfindung und ihre Konsequenzen

ARNOLD SUPPAN²

Der am 21. Oktober in Wien von der Provisorischen Nationalversammlung der deutschen Mitglieder des Reichsrates konstituierte Staat „Deutschösterreich“ und der am 28. Oktober 1918 vom Tschechoslowakischen Nationalausschuss auf dem Prager Wenzelsplatz ausgerufenen Tschechoslowakischen Staat standen sich von Beginn an misstrauisch, zum Teil ablehnend gegenüber. Der künftige tschechoslowakische Präsident Tomáš G. Masaryk – der von einer besonderen tschechischen humanistischen Mission überzeugt war und der angeblichen „theokratischen Autokratie“ der Habsburgermonarchie die „auf den Prinzipien der humanitären Moralität beruhende Demokratie“ der neuen Tschechoslowakei gegenüberstellte – warnte schon am 31. Oktober seinen wichtigsten Mitstreiter in der Emigration, den späteren Außenminister Edvard Beneš: „Wir müssen alle Kräfte anspannen! Große Vorsicht - keine Schwäche, sondern unnachgiebig die vollkommene Selbständigkeit von den Habsburgern fordern. Gegen die Habsburger [ist] deren Unfähigkeit und unsere Sorge um die Nation hervorzuheben [...], gegenüber dem Deutschen Reich Unnachgiebigkeit, aber zu verstehen geben, dass man mit uns verhandeln kann, nicht [aber] mit den Österreichern und Habsburgern. [...] Sie sind degeneriert, unfähig [...]. Unsere Deutschen werden die Ohren hängen lassen, wenn sich Deutschland ergibt; auf dem hist. [orischen] Recht bestehen [...]. Es ist gerechter, 3 Millionen [Deutsche, A. S.] unterzuordnen, als dass 10 Millionen [Tschechen und Slowaken, A. S.] untergeordnet werden würden.“

Die Einseitigkeit des Urteils des ehemaligen österreichischen Professors und Reichsratsabgeordneten Masaryk ist bestürzend, vor allem seine abschätzige Haltung gegenüber den Habsburgern und Österreich. Um das Zahlenverhältnis günstiger aussehen zu lassen, hatte Masaryk außerdem die Zahlen für Tschechen und Slowaken um knapp 20 % erhöht, für die Deutschen um gut 10 % gesenkt. Sogar die tschechoslowakische Volkszählung 1921 mit 8.819.663 Tschechen und Slowaken (= 64,8 %) und 3.218.005 Deutschen (= 23,6 %) bestätigte eher die Korrektheit der österreichischen und ungarischen Volkszählung von 1910. Erstaunlich ist auch Masaryks Bereitschaft, mit dem neuen Deutschland zu verhandeln. Diese Sorge (oder Angst) vor dem großen Nachbarn sollte eine durchgehende Haltung der tschechoslowakischen Politik bis zum Münchener Abkommen und darüber hinaus bleiben.

¹ Manuskript zu dem Vortrag, der am 18. Juli 2021 auf dem Sudetendeutschen Tag in München gehalten wurde;
weiterführende Literatur: Arnold Suppan, Hitler - Beneš - Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, 3 Teile, Wien ³2017;
(library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/29402/1000553.pdf?sequence=1);
(openresearchlibrary.org/viewer/a8703324-6ab0-4bbc-a31d-0f6225753734)

² em. Univ.-Prof. Dr. phil. Arnold Suppan ist Vizepräsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Arnold.Suppan@oeaw.ac.at)

Die Sudetendeutschen zwischen Wien und Prag

Schon am 29. Oktober 1918 hatten die deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten von Wien aus die Selbständigkeit „Deutschböhmens“ als Provinz des deutschösterreichischen Staates proklamiert. Nach diesem Vorbild konstituierten sich in den folgenden Tagen auch die Provinzen „Sudetenland“, „Deutschsüdmähren“ und „Böhmerwaldgau“. Und am 30. Oktober 1918 hatte die Provisorische Nationalversammlung in Wien an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson appelliert: „Wir sind überzeugt, Herr Präsident, dass Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend es ablehnen werden, 3½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischäuen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweiflungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, dass ein Volk von 3½ Millionen Menschen unterworfen wird. Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, dass in dem neuen tschecho-slowakischen Staate eine deutsche Irredenta geschaffen wird, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden in Europa gefährden würden [...]“

Ob es diplomatisch klug war, die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes gleich mit einer Irredenta-Drohung zu verbinden, darf in Frage gestellt werden. Bereits eine Diskussion im deutschösterreichischen Staatsrat am 8. November 1918 zeigte die wirtschaftlichen Schwächen des neuen Österreich. Als der Staatssekretär für Volksernährung von der Forderung des tschechoslowakischen Staates berichtete, die gesamte Zuckerbewirtschaftung der böhmischen Länder – also auch in Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesien – der in Prag neu errichteten Zuckerzentrale zu unterstellen, wollte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner, ein gebürtiger Südmährer, sofort der Presse mitteilen, „dass die Preisgabe so wichtiger Teile des deutschen Gebietes unter czechische Fremdherrschaft und die Aufopferung des Selbstbestimmungsrechtes unserer Nation nicht gerechtfertigt erscheint, durch Entbehungen, die uns zeitweise auferlegt sind.“ Als freilich darauf hingewiesen wurde, dass die Tschechen auch bei der Kohleversorgung eine ähnliche Bewirtschaftung beginnen könnten, obsiegte im Staatsrat der Versorgungsgedanke und die Absicht, mit den Tschechen eine Zuckervereinbarung zu treffen. Renner sah zwar die Gefahr der „Niederlage für immerwährende Zeiten“, da der Friedenskongress feststellen werde, die Ende Oktober 1918 ausgerufenen Provinzen Deutschböhmen, Sudetenland, Böhmerwaldgau und Südmähren seien in den Augen der Ententepolitiker nur als Teile des tschechischen Staates zu verwalten, musste aber das vorrangige Interesse der Versorgung der deutschösterreichischen Bevölkerung akzeptieren.

In einer weiteren Note an den Präsidenten Wilson notifizierte der Staatsrat die am 12. November 1918 vorgenommene Bildung einer deutschösterreichischen Republik bestehend aus einem Volk von 9,7 Millionen

Deutschösterreichern, welche die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen „Österreich“ beanspruche, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, insgesamt etwa 107.000 km². Bereits am 29. Oktober hatte Rudolf Lodgman von Auen, der eben ernannte Landeshauptmann von Deutschböhmen, mit tschechischen Politikern ergebnislos verhandelt. Anfang November 1918 lud der sozialdemokratische Abgeordnete Rudolf Bechyně neuerlich zu Verhandlungen nach Prag ein. Lodgmans Stellvertreter, der deutschböhmische Sozialdemokrat Josef Seliger, stieß bei seinen tschechischen Parteikollegen auf Verständnis, als er für Deutschböhmen eine begrenzte Autonomie forderte. Aber Finanzminister Alois Rašín, der 1916 in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, von Kaiser Karl jedoch begnadigt worden war, schleuderte Seliger die aggressiven Worte entgegen: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Als Seliger darauf hinwies, dass das Selbstbestimmungsrecht doch eine Forderung Wilsons sei, erhielt er die Antwort: „Das ist nur eine Phrase, heute entscheidet die Gewalt.“ Unter diesen Umständen war es verständlich, dass Lodgman und Seliger das tschechische Angebot ablehnten, in den Prager Nationalausschuss einzutreten, obwohl beide der tschechischen Sprache mächtig waren. Freilich, die wirtschaftlichen Verbindungen und Verkehrsverbindungen zum deutschösterreichischen „Mutterstaat“ waren mittlerweile von den tschechischen Behörden gekappt worden.

Der erste tschechoslowakische Ministerpräsident, Karel Kramář, der 1916 ebenfalls zum Tode verurteilt und 1917 begnadigt worden war, stellte am 14. November 1918 selbstbewusst und unter starken Beifallskundgebungen vor der Nationalversammlung fest: „Alle Bande, die uns an die Dynastie Habsburg-Lothringen gebunden haben, sind zerrissen. Mit den Verträgen aus dem Jahre 1526 und der Pragmatischen Sanktion ist es zu Ende. Die habsburgisch-lothringische Dynastie hat alle Rechte auf den böhmischen Thron verloren. Und wir, frei und ledig, erklären, dass unser tschechoslowakischer Staat eine freie Tschechoslowakische Republik ist.“

Edvard Beneš, der neue Außenminister, warnte aus Paris: „Hütet Euch vor jeglicher Ausschreitung und allem Blutvergießen – auch in den deutschen Teilen Böhmens. Es liegt in unserem Interesse, dass von dort nicht etwa Nachrichten des Inhalts hierher gelangen, wonach man sich dort allzu selbständig organisiert und vor allem uns völlig unversöhnlich entgentritt.“ Die „geschichtlichen“ Grenzen der böhmischen Länder wären „via facti und ohne großen Lärm“ militärisch zu besetzen. Tatsächlich begann Ende November 1918 die Prager Regierung mit einer aus Heimkehrern, „Legionären“ (aus Italien und Frankreich) und lokalen Freiwilligen zusammengestellten Armee die Besetzung der deutsch-böhmischen, deutsch-mährischen und deutsch-schlesischen Städte, Märkte und Dörfer: am 5. Dezember von Teplitz, am 12. Dezember von Reichenberg und am 18. Dezember von Troppau. Nur in wenigen Gemeinden, wie in Brüx und in Kaplitz, hatte es begrenzten militärischen Widerstand gegeben. Nicht einmal die

Veteranen des bekannten Egerländer Regiments waren zum Widerstand bereit, sondern wählten Soldatenräte.

Am 17. Dezember 1918 protestierte der österreichische Staatssekretär für Äußeres, der Sozialdemokrat Otto Bauer, in einer Note an die neutralen Staaten - die diese an die Regierungen der Entente weiterleiten sollten - gegen die tschechoslowakische Besetzung der Gebiete Deutschböhmens, des Sudetenlandes und Südmährens und verlangte eine Volksabstimmung unter neutraler Aufsicht. Nach einer Intervention von Beneš in Paris aber wies der französische Außenminister Stéphane Pichon in einer Note an die deutschösterreichische Regierung die vorgeschlagene Volksabstimmung zurück und gestand dem Tschechoslowakischen Staat - im Einvernehmen mit den anderen alliierten Regierungen - bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen der historischen Provinzen Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zu. Damit war eine wesentliche Vorentscheidung für die spätere Grenzziehung getroffen.

Als der neue Präsident Masaryk am 22. Dezember 1918 im Triumphzug nach Prag zurückkehrte, streute er - ziemlich unbedacht - weiteres Salz in die sudetendeutschen Wunden, mit der Erklärung: „Was die Deutschen in unseren Ländern betrifft, ist unser Programm längst bekannt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser und wird unser bleiben. Wir haben unseren Staat geschaffen, wir haben ihn erhalten, wir bauen ihn nun neu.“ Die Sudetendeutschen hätten „sich leider allzu willfährig zum pangermanistischen, eroberungssüchtigen, tschechenfeindlichen Programm bekannt“; und sie seien „Opfer des falschen verlogenen Österreichertums und der kurzsichtigen Habsburger“ geworden. Die Deutschen seien „ursprünglich als Immigranten und Kolonisten ins Land“ gekommen. „Wir haben das volle Recht auf den Reichtum unseres Gebietes, das unentbehrlich ist für unsere Industrie der Deutschen unter uns. Wir wollen und können nicht unsere beträchtliche tschechische Minderheit im sogenannten deutschen Gebiet opfern.“ Masaryk dürfte selbst rasch erkannt haben, dass seine Geschichtsklitterung die „Sudetendeutschen“ gehörig verstimmt hatte. Bereits am 23. Dezember besuchte er mit der gesamten Regierung das Prager Deutsche Theater und versicherte dem Direktor: „Die Deutschen unseres erneuerten Staates werden vollkommene Gleichberechtigung erhalten. [...] Ich hoffe und wünsche, dass der heutige Abend nur ein Prolog zu einem großen politischen Drama ist, das wir und unsere Deutschen gemeinsam spielen werden.“ Masaryk dachte in diesem Moment sicher nicht an eine künftige Tragödie.

Staatssekretär Bauer versuchte noch die Prager Regierung vor einer Politik der Gehässigkeit und Feindseligkeit zu warnen, denn die deutsche Nation mit ihren 70 Millionen Menschen (!) werde immer das tschechoslowakische Gebiet von Norden, Westen und Süden umgeben. Und am 25. Dezember 1918 schrieb er auch über die möglichen Folgen einer gewaltsamen Eingliederung der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat: Die deutsche Bevölkerung würde „mit dem Gefühl leidenschaftlichen Hasses gegen seine tschecho-slowa-

kische Mehrheit“ in diesen Staat eintreten, „der erschüttert wäre von den heftigsten nationalen Kämpfen zwischen seiner deutschen und tschecho-slowakischen Bewohnerschaft“. „Der Frieden Europas wäre durch die deutsche Irredenta innerhalb des tschechoslowakischen Staates dauernd gefährdet.“ Wiener Drohungen wurden jedoch an der Jahreswende 1918/19 nicht mehr ernst genommen, weder von der Entente noch von der Prager Regierung, im Gegenteil. Als der fließend Tschechisch sprechende Ferdinand Marek als diplomatischer Vertreter Österreichs Anfang Jänner 1919 beim Ministerpräsidenten Kramář vorsprach, bezeichnete dieser die Frage der Zukunft Deutschböhmens für ihn und für die Entente bereits als erledigt, da Deutschböhmen „unbedingt ein Teil des historischen Königreiches Böhmen, das Sudetenland ein Teil der historischen Markgrafschaft Mähren“ sei. Im Übrigen müsse sich die Wiener Regierung in die Rolle des Besiegten hineinfinden, müsse sich Wien abgewöhnen, „als Rentier von der Arbeit anderer zu leben“.

Die Außenpolitiker und Diplomaten Großbritanniens und der USA hatten sich aber an der Jahreswende 1918/19 noch nicht endgültig festgelegt. Das Foreign Office betrachtete die Frage einer großen deutschen Minderheit als ernstes Problem für die neue Tschechoslowakei und überlegte die Abtrennung des Egerlandes und des Gebietes von Reichenberg. Der Harvard-Professor Archibald C. Coolidge, der von Wilson nach Wien entsandt worden war, um mit einem Expertenteam die Verhältnisse in der ehemaligen Habsburgermonarchie zu studieren, empfahl die Abtretung von Teilen Südmährens und Südböhmens an Nieder- und Oberösterreich, sowie des Egerlandes an Bayern, Rumburgs und Friedlands an Sachsen und Österreichisch-Schlesiens an Preußisch-Schlesien. Professor Charles Seymour, ein Sachverständiger im Kreis um Oberst Edward House, dem engsten Berater Wilsons, schlug die Einverleibung eines Teils von Nordwestböhmen an Deutschland vor, um den tschechoslowakischen Staat von einer beträchtlichen Zahl deutscher Bewohner zu entlasten. Präsident Masaryk aber versuchte Oberst House einzureden, dass das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei viel besser verwirklicht werden könnte, wenn die deutsche Minderheit drei Millionen und nicht eine Million Bürger ausmache. Als auch Oberst House die politische Lage in Wien wegen des Mangels an Brennstoffen und Nahrungsmitteln als kritisch einstufte und einen bolschewistischen Umsturz befürchtete, machte er Masaryk klar, dass sich die tschechoslowakische Regierung durch nichts größere Verdienste erwerben könne als durch die Sicherung der elementarsten Lebensbedürfnisse der Wiener Bevölkerung. Masaryk versprach zwar Hilfe, verlangte aber die politische Kontrolle über die Bergbaudistrikte in den Randgebieten Böhmens und Mährens. Doch noch immer gaben die US-Diplomaten mit Robert Lansing als Secretary of State an der Spitze keine offizielle Zustimmung zur tschechischen Besetzung der deutschen Gebiete, da sie dies als Präzedenzfall für Polen befürchteten, das ebenfalls „historische Grenzen“ verlangen könnte.

Ganz geklärt waren die neuen Grenzfragen aber auch für eine Reihe tschechischer Politiker noch nicht. In einer streng geheimen Sitzung des erweiterten Prager Ministerrates am 2. Jänner 1919 befürchtete der sozialdemokratische Sprecher Rudolf Bechyně „einen [zu] großen Zufluss des fremden Elements“ und warnte mit eigener Logik: „So werden vor allem die echten Deutschen sich nicht mit ihrem Schicksal einer geschlagenen Nation abfinden, um die Rolle einer zweitrangigen Nation zu spielen, und werden deshalb immer ein unruhiges Element in unserem Staate sein. [...] Unser Ziel muss sein, wenigstens nach einer Seite hin Ruhe garantiert zu haben. Unruhe auf allen Seiten werden wir nicht aushalten. [...] Nehmen wir also so wenig wie möglich Deutsche aus Böhmen in unseren neuen Staat auf. Sonst werden wir in der Nationalversammlung über ein Drittel andersnationaler Abgeordnete haben, und zwar Vertreter der Nationen, die aufgrund von Zwang bei uns sein werden und die deshalb die gleich zersetzende Politik machen werden, wie wir im österreichischen Parlament gemacht haben.“

Auch Finanzminister Rašín war sich nicht ganz sicher, wie weit die tschechischen Forderungen gehen sollten, argumentierte letzten Endes aber aus wirtschaftlichen Gründen doch für die Einbeziehung der gesamten böhmischen Länder, um sie „für unsere Zwecke zu bearbeiten“. „Im Übrigen, würden wir über die Abtretung von Schluckenau und Friedland sprechen, müssen wir uns bewusst sein, dass Deutschland diese wirtschaftlich weniger bedeutenden Gebiete von uns gar nicht fordern wird. Das Warnsdorfer Gebiet können wir wegen der dortigen Tuchindustrie nicht hergeben, ganz abgesehen davon, dass wir damit auch zu viele unserer Leute [d. h. Tschechen] verlieren würden. [...] Wenn wir etwas abtreten könnten, wäre das vielleicht nur ein Teil des Braunauer Landes, dessen Naturschönheiten wir aber für uns bewahren müssen.“

Die Suche nach einer optimalen Lösung war also auch für die tschechischen Politiker nicht einfach, und die Argumente begannen sich zu vermischen: historische Grenzen, Anzahl der deutschen Minderheit, wirtschaftliche Bedeutung der Gebiete, tschechische Arbeiter in deutschen Betrieben, Naturschönheiten. Nach ganztägiger Debatte einigten sich die führenden tschechischen Politiker: Die Wirtschaftskraft der neuen Tschechoslowakei sollte möglichst groß sein, der Anteil der Minderheitenbevölkerung in der gesamten Tschechoslowakei aber 42 Prozent nicht überschreiten. So blieb die Forderung nach den historischen Grenzen der böhmischen Länder (inklusive des Teschener Gebietes) aufrecht.

Verschiedene Übergriffe tschechischer Truppen während der Besetzung der deutschen Gebiete im Dezember 1918 führten hingegen unter den Sudetendeutschen zu einem deutlichen Stimmungsumschwung gegen eine Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei. So sprach sich der stellvertretende Landeshauptmann Deutschböhmens, der Sozialdemokrat Seliger, auch am 16. Jänner 1919 entschieden gegen Verhandlungen mit „den Tschechen“ aus: „Ein Verhandeln hätte auch zur Voraussetzung, dass wir Deutschen unseren Anspruch auf das Selbst-

bestimmungsrecht aufgeben. Worüber können wir also mit den Tschechen verhandeln? Über nichts anderes als über die Bedingungen, unter welchen wir uns der Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie im tschechoslowakischen Staate unterwerfen wollen. [...] Noch niemals stand es so gut um unser Selbstbestimmungsrecht wie gerade jetzt. [...] Das Aufgeben unseres Selbstbestimmungsrechtes in diesem Augenblicke wäre Verrat an uns selbst, mehr noch, wäre Verrat an den von Wilson proklamierten Grundsätzen, wäre Verrat an der besseren Zukunft Europas. Wir Deutschböhmern stehen hier nicht allein für uns, sondern mit Wilson für ganz Europa. Und dieses Bewusstsein soll uns davor behüten, in grundloser Ängstlichkeit schändlich unsere Sache im Stiche zu lassen.“ Doch sowohl Seliger als auch Lodgman und mit ihnen die meisten anderen deutschen Abgeordneten der böhmischen Länder schätzten ihre internationale Position völlig falsch ein.

Die tschechoslowakische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz

Alle Tagebücher, Memoiren und Erinnerungen von Teilnehmern an der Friedenskonferenz bestätigen es: die allgemeine psychologische Atmosphäre in Paris war vor allem antideutsch und antipreußisch, etwas abgeschwächt auch anti-habsburgisch. Die Nachwirkungen der Feindespropaganda aus dem Weltkrieg waren deutlich spürbar, besonders in der Pariser Presse. Am 5. Februar 1919 vertraten Ministerpräsident Kramář und Außenminister Beneš die tschechoslowakischen Forderungen vor dem Rat der Zehn, dem Gremium der Präsidenten bzw. Ministerpräsidenten und Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Italiens und Japans. Kramář überließ dem besser Französisch sprechenden Beneš die wesentliche Argumentation. Dieser konnte seine wichtigste Forderung, nämlich die Zuteilung ganz Böhmens und Mährens, ohne größeren Widerstand durchsetzen. Es genügten Hinweise auf die jahrhundertealten historischen Grenzen, auf die alten Argumente mit dem Böhmischem Staatsrecht sowie auf die natürlichen Grenzen Böhmens als gute Verteidigungslinien gegenüber Deutschland. Denn nur eine strategisch zu verteidigende und wirtschaftlich starke Tschechoslowakei könne dazu beitragen, den deutschen und österreichischen Einfluss in der Region abzulösen. Die Tschechen, so argumentierte Beneš, hätten immer eine Spezialmission darin gesehen, der „teutonischen Flut“, dem „deutschen Drang nach Osten“, zu widerstehen. Dass Beneš die Zahlen der österreichischen Statistik aus dem Jahre 1910 als unglaubwürdig hinstellte und die deutsche Bevölkerung Böhmens von über 2,4 auf 1,5 Millionen reduzierte, wurde seitens der Alliierten akzeptiert, auch seine Behauptung, die sudetendeutschen Unternehmer fürchteten die übermächtige reichsdeutsche Konkurrenz, was auf die Weltfirmen in Nordböhmen sicher nicht zutraf. Diesem Argument fügte Beneš aber gleich die kühne Forderung hinzu: ohne die Textil- und Glasindustrie, Kohlengruben und Chemiefabriken in den deutschen Siedlungsgebieten könne die Tschechoslowakei nicht überleben.

Als der britische Premierminister David Lloyd George fragte, was die Gründe für die Konzentration der Industrien in Nordböhmen sei, verwies Beneš auf das Vorhandensein von Wasserkraft, Kohle und Mineralien. Hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung der Beschäftigten in diesen Industrien stellte Beneš aber die falsche Behauptung auf, dass die Mehrheit tschechisch sei, lediglich die Unternehmer seien hauptsächlich Deutsche. Als aber Lloyd George nachfragte, ob Nordböhmen nicht durch deutsche Abgeordnete im österreichischen Reichsrat vertreten werde, musste Beneš zustimmen, behauptete freilich, dass die Wahlkreise zugunsten von deutschen Mehrheiten geschaffen worden seien. Der neben Beneš sitzende Kramář, der die Wahlrechtsreform 1906 mitausgehandelt hatte, schwieg zu dieser neuerlichen Fehlinformation von Beneš. Nun aber fragte Lloyd George, ob die Einwohner dieser Bezirke im Falle einer Volksabstimmung für eine Exklusion aus dem oder für eine Inklusion in den tschechoslowakischen Staat stimmen würde. Jetzt antwortete Beneš, dass sie für eine Exklusion – also für einen Anschluss an Deutschland – stimmen würden, vor allem auf Grund des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei, die auf ein sozialdemokratisches Regime in Deutschland hoffe. Als der britische Außenminister Lord Balfour fragte, ob die deutschen Industriellen in Böhmen durch Zölle gegen die reichsdeutsche Konkurrenz geschützt seien, antwortete Kramář, dass sie ohne einen solchen Schutz gegen die Konkurrenz nicht bestehen könnten.

Auf Anforderung der Alliierten präsentierte Beneš elf Memoranden, die nicht nur die Geschichte der „Tschechoslowaken“ zusammenfassten, sondern auch die Angliederung des Teschener Schlesiens, der Slowakei, der ungarischen Ruthenen, der Lausitzer Sorben, des Glatzer Beckens, der Region von Ratibor und des Marchfeldes beanspruchten, ja sogar die Schaffung eines Korridors über westungarisches Gebiet nach Jugoslawien. Im berühmten *Mémoire III* (*Le problème des Allemands de Bohême*) argumentierte die tschechoslowakische Delegation für den Anschluss der böhmischen Länder an die Tschechoslowakei:

- die Deutschböhmen seien auf vier Gruppen (um Eger, Saaz und Reichenberg bzw. in Südböhmen) aufgeteilt, die keine gemeinsame Provinz bilden könnten, sodass nur ein Anschluss an Deutschland in Frage käme;
- eine große Zahl von Gesellschaften, Firmen und Industrien hätten ihre Hauptsitze in Prag; die Industrien würden aus den tschechischen Gebieten versorgt, die manuelle Arbeit werde von der tschechischen Bevölkerung besorgt;
- Böhmen stelle eine geographische Einheit dar, die von Bergen umgeben sei; blieben diese in deutscher Hand, könne von dort jederzeit eine Invasion ins Innere Böhmens stattfinden;
- die Deutschen Böhmens seien „Kolonisten“, die von den regierenden Familien eingeladen worden seien, um die Einnahmen für die königliche Schatzkammer zu erhöhen; nach der Schlacht auf dem Weißen Berg (1620) hätten die Habsburger weitere Deutsche ins Land geholt, um eine komplette Germanisierung durchzuführen;

- nun stünden sich zwei Konzeptionen gegenüber: die Demokratie und die Autokratie.

Auch in diesem Memorandum gab eine Reihe von Fehlinformationen:

- Es gab sehr wohl zusammenhängende Siedlungsgebiete mit fast durchwegs mehr als 80 % deutscher Bevölkerung: in Nordböhmen vom Bezirk Bischofteinitz im Westen über die Bezirke Tachau, Mies, Plan, Tepl, Marienbad, Eger, Asch, Falkenau, Graslitz, Neudek, Joachimsthal, Karlsbad, Luditz, Poldersam, Kaaden, Preßnitz, Komotau, Saaz, Brüx, Dux, Teplitz-Schönau, Aussig, Leitmeritz, Tetschen, Böhmisches Leipa, Dauba, Deutsch Gabel, Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau, Reichenberg Stadt, Friedland, Gablonz an der Neiße, Hohenelbe und Trautenau bis zum Bezirk Braunau im Nordosten; in Südböhmen die Bezirke Prachatitz, Kaplitz und Krumau; in Südmähren die Bezirke Znaim Land und Stadt sowie der Bezirk Nikolsburg; in Nordmähren die Bezirke Mährisch Schönberg, Römerstadt und Bärn; in Österreichisch-Schlesien die Bezirke Freiwalldau, Freudenthal, Jägerndorf und Troppau Land.
- In diesen deutschen Mehrheitsbezirken gab es auch eine deutsche Mehrheit unter der Arbeiterschaft, wie aus den Ergebnissen der Reichsratswahlen von 1911 zu erschließen ist.
- Das „Kolonisten“-Argument war wohl das ethisch verwerflichste, bedeutete es doch eine bewusste Hierarchisierung der Bevölkerung der böhmischen Länder. Im Übrigen waren die Vorfahren der Tschechen im 6. Jahrhundert in die böhmischen Länder eingewandert, somit – der Logik des Mémoire III folgend – ebenfalls ehemalige „Kolonisten“.
- Die Deutschen der böhmischen Länder waren nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie ebenso „Demokraten“ wie die Tschechen, wie bereits die Regionalwahlen im Juni 1919 bewiesen.

Auf Drängen der französischen Politiker und Diplomaten entschied der Oberste Rat bereits am 4. April 1919 über die neuen Grenzen der Tschechoslowakei in ihrem westlichen Teil. Wichtig war, dass die tschechoslowakischen Forderungen unmittelbar keine Interessen einer alliierten Großmacht tangierten. Daher schlug Clemenceau die einfache Lösung vor, bei der Vorkriegsgrenze zwischen Deutschland und Böhmen zu bleiben. Auch Oberst House, der Wilson vertrat, akzeptierte die historischen Grenzen der böhmischen Länder, die keine neue Abgrenzung erforderten. Lediglich die Frage einer Abtretung des Egerlandes an das Deutsche Reich gegen eine Angliederung der Grafschaft Glatz an die Tschechoslowakei wurde länger diskutiert. Als US-Außenminister Lansing Rumburg in Nordböhmen an Deutschland abgetreten wissen wollte, insistierte der französische Außenminister Laroche: „Die Einwohner dieser Regionen waren es gewohnt, in enger Verbindung mit dem Rest von Böhmen zu leben und wünschen keine Abtrennung. [...] Das Ergebnis der von Herrn Lansing vorgeschlagenen

Politik könnte sein, dass ganz Böhmen einen Anschluss an Deutschland wählen würde, um nicht von den Deutschen Böhmens getrennt zu werden.“

Immerhin versprach die Tschechoslowakische Regierung in einer Note vom 20. Mai 1919 ein liberales Regime nach dem Vorbild der Schweiz für die künftige Stellung der Sudetendeutschen:

- „It is the intention of the Czecho-Slovak Government to create the organization of the State by accepting as a basis of national rights the principles applied in the constitution of the Swiss Republic, to make of the Czecho-Slovak Republic a sort of Switzerland. [...]
- The schools will be maintained by the State, throughout its territory, from the public funds, and schools will be established for the various nationalities in all the communes where the number of children, legally ascertained, proves the necessity of establishing such schools.
- All public offices, in which in principle the two languages will have equal value, will be open to the various nationalities inhabiting the Republic.
- The courts will be mixed, and Germans will have the right to plead before the highest courts in their own language.
The local administration (of communes and ‚circles‘) will be carried on in the language of the majority of the population. [...]
- The official language shall be Czech, and the State will be known abroad as the Czecho-Slovak State; but in practice the German language will be the second language of the country, and shall be employed currently in administration before the courts and in the central Parliament on an equal footing with Czech. [...]
- To express this in a different way we may say: the present State, in which the Germans had an overwhelming preponderance will remain; only the privileges that the Germans enjoyed will be reduced to their just proportion (for example, the German school will be reduced in number because they will be superfluous).
- It will be an extremely liberal régime, which will very much resemble that of Switzerland.“

Keine Frage, dass diese Note den Alliierten ihre Entscheidung hinsichtlich der böhmischen Länder erleichterte, obwohl niemand die Spezialitäten der Schweizer Konföderation wirklich kannte. Bei Feldsberg und Gmünd (Weitraer Gebiet) wurde sogar altes niederösterreichisches Gebiet mit insgesamt 18.600 überwiegend deutschen Bewohnern der Tschechoslowakei zugeschlagen; jetzt galt sogar das Argument der historischen Grenzen nicht mehr. Das war auch bei einer Grenzveränderung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei der Fall, indem das mehrheitlich slawische Hultschiner Ländchens nordöstlich von Troppau mit 361 km² und 78.000 Einwohnern an die Tschechoslowakei angeschlossen wurde; ein Protest von deutscher Seite blieb jedoch aufgrund der kla-

ren ethnischen Verhältnisse aus. Lediglich das österreichische Schlesien und die Stadt Teschen wurden zwischen der ČSR und Polen geteilt. Zuerst gab es allerdings regionale Auseinandersetzungen zwischen polnischem und tschechischem Militär, dann wurde von den Alliierten eine Volksabstimmung festgelegt; schließlich - nach Intervention der Prager Regierung - erfolgte am 28. Juli 1920 ein Schiedsspruch der Botschafterkonferenz zugunsten der Tschechoslowakei, die die strategisch und wirtschaftlich wichtige Bahnlinie Oderberg-Teschen-Kaschau erhielt.

Bei den Gemeinderatswahlen am 15. Juni 1919 gewannen die deutschen Parteien in Böhmen 1.087.371 Stimmen (= 33,08 %), in Mähren 237.140 (= 21,41 %) und in Schlesien 97.527 (= 66,80 %). Der Anteil der deutschen Stimmen widerlegte auch eindrucksvoll die falschen Zahlen, die Beneš am 5. Februar 1919 vor dem Rat der Zehn verwendet hatte. Dennoch fasste das angelsächsische Committee on New States am 16. Juni 1919 auf seiner 22. Sitzung die nationalpolitische Problemlage in der neuen Tschechoslowakei zugunsten des Prager Standpunkts zusammen: „[The Germans in Bohemia, Erg. Wiskemann] have till within recent years been the dominating influence in the State; they form a highly developed very capable element, and, in the past, have been a very aggressive population. It is clear that the prosperity and perhaps also the existence of the new state will depend on the success with which it incorporates the Germans as willing citizens. The very magnitude of this task makes it one quite different in character from the mere protection of the other minorities which the Committee have had to deal; it is one that goes so deeply into the heart of all the institutions that the solution of it is probably left to the Czechs themselves.“

Währungstrennung, Generalstreik und „Anschluss“-Frage

Noch während der Diskussionen vor dem Rat der Zehn und im Obersten Rat (Clemenceau, Lloyd George, Wilson, Orlando) hatte es freilich entscheidende innenpolitische Weichenstellungen in der Tschechoslowakei und Österreich gegeben. Wirtschafts- und finanzpolitisch entscheidend wurde etwa die von Prag am 20. Februar 1919 durchgeführte Zolltrennung und das von Finanzminister Rašín geheim vorbereitete Währungstrennungsgesetz vom 25. Februar. Rašín ließ an diesem Tag die Grenzen der Tschechoslowakei für eine Woche sperren, 50 Prozent aller Banknoten einziehen, die Bank- und Sparkonten sperren und verordnete die Abstempelung der österreichisch-ungarischen Kronen sowie eine einprozentige Zwangsanleihe. Obwohl infolge von Berufungen und Umgehungen der Abgabepflicht nur die Hälfte der erwarteten zwölf Milliarden Kronen erfasst werden konnte und es anfänglich eine Welle des Protests der Sudetendeutschen gab, da hiermit auch die von ihnen gezeichneten Kriegsanleihen abgewertet wurden, gelang letzten Endes die Währungsumstellung. Die Tschechen ließen ihre Kronenbestände fast zu 100 % abstempeln, aber auch die große Mehrheit der Sudetendeutschen machte schließlich mit, da sie als Besitzer tschecho-

slowakischer Kronen der in Österreich bald beginnenden Hyperinflation entgingen. Am 6. März 1919 wurde das Münzmonopol von der Österreichisch-Ungarischen Bank auf das Bankamt des tschechoslowakischen Finanzministeriums übertragen. Und das Währungsgesetz vom 10. April 1919 führte die tschechoslowakische Krone (Kčs) als neue Landeswährung und gesetzliches Zahlungsmittel der neuen Republik ein.

Die Prager Regierung hatte mittlerweile den Sudetendeutschen die Teilnahme an den ersten Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung am 16. Februar 1919 verboten, sodass Wien nach einem ausgehandelten Parteienschlüssel lediglich Abgeordnete aus den böhmischen Ländern ernennen konnte. Trotz strengster Überwachung durch die tschechische Polizei und das tschechische Militär gelang es Anfang März 1919, eine Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Bodenbach abzuhalten, welche für den 4. März, den Tag des Zusammentritts der inzwischen neu gewählten deutschösterreichischen Nationalversammlung, einen Generalstreik der deutschen Arbeiter und improvisierte Massenversammlungen „für das Selbstbestimmungsrecht“ anordnete. Der mittlerweile als Hochverräter gesuchte Seliger erschien bei einer Massendemonstration in Teplitz und erklärte in einer aufpeitschenden Rede: „Unsere heutige Kundgebung wird nicht unverhüllt bleiben, auch wenn sie keine Wirkung ausübt auf die Machthaber der Entente, so wird sie ihre Wirkung auf die Völker des Westens nicht verfehlen, denn nimmer können sie jetzt sagen, nur die Führer des deutschen Volkes in Böhmen schreien nach dem Selbstbestimmungsrecht und das deutsche Volk will gar nicht los vom tschechoslowakischen Staat. [...] Aber unter solchen Umständen, wie die Machthaber des tschechischen Volkes ihren Staat heute begründen wollen, ist ein Zusammenwirken nicht möglich. [...] Wenn Deutsche verprügelt werden, nur weil sie Deutsche sind, so fühlen wir alle diesen Schlag als Erniedrigung, und man kann von dem Misshandelten nicht verlangen, dass er die Hand zur Versöhnung reicht. [...] Wir stehen erst am Anfang der europäischen Revolution. [...] Über das Schicksal Deutschböhmens wird nicht die in Paris versammelte Konferenz entscheiden, sondern werden wir bestimmen im Einvernehmen mit den revolutionären Völkern ganz Europas. [...] Unser höchstes Tribunal, dessen Entscheidung wir uns beugen, ist die sozialdemokratische Internationale; kein anderes Forum werden wir anerkennen. [...] Wir geloben unseren Brüdern und Schwestern in Deutschösterreich, an deren Seite wir durch Freud und Leid gegangen sind, auch weiter unverbrüchliche Treue. Wir wollen mit ihnen gemeinsam einmarschieren in das große, freie, sozialistische Deutschland!“

Seligers Rede ertete stürmischen Beifall; noch ehe die tschechische Polizei eingreifen konnte, verschwand er in der demonstrierenden Menge, und die Kundgebung ging ruhig zu Ende. Davon konnte an vielen anderen sudetendeutschen Orten nicht die Rede sein, wo tschechische Polizisten auf die Menge einhieben. Obwohl die Demonstranten durchwegs unbewaffnet auftraten, erschoss

tschechisches Militär und Polizei in sieben böhmischen und mährischen Städten - Karlsbad, Kaaden, Aussig, Arnau, Mies, Sternberg und Neutitschein - 54 Personen und verletzte mindestens 84, darunter auch Greise und Kinder. Staatssekretär Bauer protestierte bereits am 6. März beim tschechoslowakischen Bevollmächtigten in Wien, Vlastimil Tusar, gegen die Anwendung von Waffengewalt „gegen die deutsche Bevölkerung in den okkupierten Gebieten Deutschböhmens und des Sudetenlandes“ und verlangte, „die schuldtragenden Organe der Staatsgewalt - Offiziere wie Beamte - mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft“ zu ziehen. Als Bauer auch Protestnoten an die neutralen Staaten senden ließ, reagierte die Prager Regierung mit dem völlig unzutreffenden - ja geradezu lächerlichen - Gegenvorwurf, Deutschösterreich habe eine militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei vorbereitet. Ein militärisches Einschreiten Deutschösterreichs gegen die Tschechoslowakei lag seitens der weitgehend entwaffneten Wiener Republik außerhalb jeglichen realpolitischen Kalküls. Bauer lud daher die alliierten Militärmissionen in Wien ein, die schwachen militärischen Sicherungen entlang der österreichischen Nordgrenze zu überprüfen.

Als die Konstituierende Nationalversammlung am 12. März 1919 in Wien eine Trauerkundgebung abhielt, warf Präsident Karl Seitz dem tschechoslowakischen Imperialismus vor, dass in Deutschböhmen Bürger in der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes gefallen seien, „niedergemetzelt, hingemordet von volksfremden Soldaten“. Und der Sozialdemokrat Seitz hob ausdrücklich hervor: „Die Opfer sind in einem heiligen Kampfe gefallen für das ganze deutsche Volk.“ Diese Diktion sollte man knapp zwanzig Jahre später neuerlich hören, nun allerdings mehr in Berlin und Reichenberg ... Beneš hatte sich bereits am 8. März bei Clemenceau über den Generalstreik beklagt, aber Lloyd George und Lansing lehnten die tschechische Forderung nach Vergeltungsmaßnahmen gegen Österreich ab. Immerhin beauftragten die Alliierten die Teschen-Kommission mit einer Untersuchung der Vorfälle. Doch der US-Vertreter berichtete am 12. April: „Though there is no doubt, a strong feeling of discontent among the Germans of Bohemia fostered to some extent by Vienna and Berlin, [...] the movement therefrom cannot be dignified by the name of conspiracy.“

Wenige Tage vor den tragischen Ereignissen in Deutschböhmen und Deutschmähren hatte es freilich in Berlin noch gesamtdeutsche Verhandlungen gegeben, die sowohl von den Alliierten in Paris als auch von der Prager Regierung mit großem Misstrauen beobachtet wurden. Entsprechend dem Beschluss der deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 12. November 1919 - „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“ - war Staatssekretär Bauer Ende Februar 1919 mit einer Reihe führender Diplomaten und Ministerialbeamter nach Berlin gefahren, um mit Reichsaußenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau und einer Reihe namhafter Finanz- und Wirtschaftsexperten Verhandlungen über wirtschaftliche, finanzielle, rechtliche, politische und kulturelle Aspekte des „Anschlusses“ zu führen. Bauer drängte sogleich auf Anpas-

sungen im Rechtswesen, in der Sozialpolitik und im Unterrichtswesen, „ohne den staatsrechtlichen Anschluss abzuwarten“. Weniger Zustimmung von deutscher Seite fand er freilich in der Handelspolitik, als er für eine Übergangszeit alleinige Handelsverträge Deutschösterreichs mit den anderen Nachfolgestaaten verlangte. Als schwierigster Punkt erwies sich allerdings die Währungsfrage, als der Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein die gleichzeitige Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft forderte, was freilich sofort die Frage des Bankplatzes Wien und der altösterreichischen Schulden aufwarf. Bauer gefiel zwar die Währungsgemeinschaft, da sie „der stärkste Schlag gegen die Donauföderation“ sei und er die Entente vor vollendete Tatsachen stellen wollte; Bauer akzeptierte auch den Eintritt in das deutsche Zollgebiet beim Währungsübergang, er konnte allerdings die Frage der deutschen Delegation nicht beantworten, was mit der Währungsgemeinschaft geschehen sollte, wenn die Entente den „Anschluss“ nicht akzeptierte. Wie könne dann Deutschland die Verpflichtung übernehmen, alle Kronennoten einzulösen. Den Wiener Verhandlern ging es auch um die Sicherung deutscher Kohlelieferungen, um Schutzmaßnahmen für die deutschösterreichische Industrie und die Sicherung der Stellung Wiens als „Orient-Handelsplatz“. Immerhin bot Bauer an, dass die geographisch von Deutschösterreich vollkommen getrennten Sudetenländer – er meinte damit Nordböhmen, Nordmähren und Österreichisch-Schlesien – an die angrenzenden deutschen Bundesstaaten angeschlossen werden müssten. Nach viertägigen Verhandlungen unterzeichneten Brockdorff-Rantzau und Bauer ein Protokoll, das die Absicht bekundete, „mit tunlichster Beschleunigung über den Zusammenschluss des Deutschen Reiches und Deutschösterreichs einen Staatsvertrag abzuschließen“. Deutschösterreich sollte als „selbständiger Gliedstaat“ in das Reich eintreten, das deutsche Zollsystem übernehmen, in die deutsche Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft eintreten, bei der Reichswehr und beim Reichseisenbahnsystem landsmannschaftlich Berücksichtigung finden.

Aber die Regierung Renner konnte Anfang März 1919 kein *fait accompli* gegenüber den Alliierten riskieren, die Lebensmittelversorgung Österreichs hatte absoluten Vorrang. Unter dem Druck der Alliierten musste Wien vorerst auf weitere Gespräche mit Berlin verzichten. Immerhin gewährten die Alliierten am 5. März der österreichischen Regierung einen Kredit von 30 Millionen Dollar zur Bezahlung von Lebensmitteln, und immerhin steigerten sie nun die durchschnittlichen Tageszuschüsse an Getreide und Mahlprodukten. Als Clemenceau am 27. März im Council of Four gefragt wurde, was die Alliierten den Österreichern sagen sollten, wenn sie den „Anschluss“ verlangten, machte der französische Ministerpräsident seine Position klar: „Wir verlangen lediglich, dass Ihr unabhängig bleibt. Macht mit dieser Unabhängigkeit, was Ihr wollt; aber Ihr sollt Euch nicht einem deutschen Block anschließen und an einem Revanche-Plan teilnehmen.“

Tatsächlich stimmten Clemenceau, Lloyd George und Wilson bereits am 2. Mai 1919 dem Artikel 80 des Friedensvertrages mit Deutschland zu: „Deutschland anerkennt und wird strikt die Unabhängigkeit Österreichs respektieren, innerhalb der Grenzen, die durch den Vertrag dieses Staates mit den Alliierten und Assoziierten Mächten fixiert werden. Deutschland anerkennt, dass diese Unabhängigkeit unveränderlich ist, außer im Einvernehmen mit dem Völkerbundrat.“ Aber die „Anschluss“-Phobie bei den westlichen Großmächten und Österreichs Nachbarn blieb bestehen und sollte bis 1938 und auch nach 1945 anhalten - letzten Endes bis 1990.

Die alliierten Friedensbedingungen an Österreich

Als die österreichische Friedensdelegation unter Führung von Karl Renner im Mai 1919 nach Paris eingeladen wurde, glaubte sie noch, sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufen und die Verantwortung für den Krieg dem alten österreichisch-ungarischen Regime anlasten zu können. Im Schloss von Saint-Germain wurde Staatskanzler Renner am 2. Juni 1919 Gelegenheit gegeben, die Standpunkte der Deutschösterreicher - und somit auch der Sudetendeutschen - vorzutragen. Ihm gegenüber saßen an einer großen Hufeisentafel nicht nur die „Großen Vier“, sondern am Ende der beiden Flügel der Tafel auch gute Bekannte aus der früheren österreichischen Politik, unter ihnen der frühere tschechische Abgeordnete Karel Kramář und der frühere slowenische Minister Ivan Žolger. Renner betonte, dass völkerrechtlich alle Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie erst nach Einstellung der Feindseligkeiten entstanden seien und dass auch Deutschösterreich gegen niemanden Krieg geführt habe - weder gegen die Entente noch gegen die neuen Nationalstaaten. Daher hoffte er, dass „das Gewissen der Welt auch unserem Volke jenes unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern und nicht verkürzen lassen wird, welches die Verbandsmächte [gemeint war die Entente, Anm. d. Verf.] als ihr Kriegsziel verkündet haben.“

Doch der an diesem 2. Juni vom Präsidenten der Friedenskonferenz Georges Clemenceau ausgehändigte erste Teil der Friedensbedingungen war niederschmetternd:

- „Österreich“ (die Bezeichnung „Deutschösterreich“ wurde wenige Tage zuvor untersagt!) musste einen Teil der „Kriegsschuld“ übernehmen, daher Wiedergutmachung nicht nur an Serbien, sondern auch an Italien und Rumänien zu leisten, die beide an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten;
- die Unabhängigkeit Österreichs sei unabänderlich (daher kein „Anschluss“ an Deutschland!), es sei denn, der Völkerbundrat stimme einer Abänderung zu;
- von den zehn Millionen Deutschen Cisleithaniens sollten vier Millionen unter „Fremdherrschaft“ kommen: 3,5 Millionen in den böhmischen Ländern, 100.000 in der Untersteiermark, 180.000 in Unterkärnten und 220.000 in Südtirol;

- die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien bekämen in ihren Staaten das Recht der Konfiskation von Vermögen deutschösterreichischer Staatsbürger.

Da der letzte Punkt viele österreichische Banken, Industriebetriebe, Handelsunternehmen und Landgüter betroffen hätte, setzte die österreichische Delegation alles daran, die Liquidierung der deutschösterreichischen Privatvermögen zu verhindern; tatsächlich gelang dies dank des Einsatzes des international gut vernetzten Sektionschefs Richard Schüller. Ehemals österreichisches Staatsgut wurde nun auf dem Reparationskonto gutgeschrieben.

Am 15. Juni 1919 - am Tag der Gemeinderatswahlen in der Tschechoslowakei - sandte die österreichische Delegation eine besondere „Note über Deutschböhmen, Sudetenland und die Neutralisierung des Beckens von Ostrau“ an die Friedenskonferenz. In dieser Note wurden folgende Argumente besonders hervorgehoben:

- Das sicherheitspolitische Argument: „Die Entente begeht an dem deutschen Volke dieser Gebiete wie an den Deutschen Österreichs ein schweres Unrecht und stürzt das tschechoslowakische Volk in ein verhängnisvolles Abenteuer. [...] Sie schafft damit im Herzen des europäischen Kontinents einen Kriegsherd, der für die Welt und für ihre soziale Erneuerung vielleicht noch verhängnisvoller werden kann als der Kriegsherd des Balkan.“
- Das Selbstbestimmungsrecht: „Das Unrecht an den Deutschen Böhmens springt in die Augen. Das Gebiet und Volk, um das es sich hier handelt, ist mehr als zweimal so groß wie Elsass-Lothringen. Die Entente will 1870/71 wieder gut machen und geht daran, ein zweites Elsass zu schaffen. Sie proklamieren einerseits das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprechen auf der anderen Seite das politische Todesurteil über eine Bevölkerung aus, welche zahlreicher ist als jene von Norwegen oder Dänemark.“
- Das nationalpolitische Argument: „Deutschböhmen gelangt als Teil einer großen und alten Nation in die Gewalt eines kleinen, weitaus jüngeren Volkes und eines kleinen Staates: dreieinhalb Millionen Deutsche sollen unter die Souveränität von sechseinhalb Millionen Tschechen gestellt werden. Niemals wird die hörige Nation diese Herrschaft ertragen, niemals die beherrschende das ihr gestellte Problem bewältigen; beide sind zu einer unseligen Kampfgemeinschaft verurteilt, unseliger als das alte Österreich, wo wenigstens zwischen acht verschiedenen Nationen zumeist ein Zustand schwebenden Gleichgewichts vorherrschte.“
- Das volkswirtschaftliche Argument: „Wenn sich die Tschechoslowakische Republik auf die Grenzen jener Gebiete beschränkte, welche in Wahrheit den Wohnsitz der Tschechen und Slowaken bilden, so könnte sie sich in jeder Hinsicht einer befriedigenden Entwicklung ihres wirtschaftlichen und sozialen Gedeihens erfreuen. Sie wäre in Wahrheit auch bei Beschränkung auf das ihren Völkern eigene Gebiet eines der reichsten Länder von Europa.“

- Das demokratiepolitische Argument: „Aber das deutsche Volk wird niemals begreifen können, dass in Anbetracht der menschenfreundlichen Enunziationen der Großmächte ein Parlament in Prag, an dem kein Deutscher teilnimmt, über das Schicksal des deutschen Landes entscheiden könnte, während die Vertretung dieses Landes, welche durch das freie Stimmrecht des Volkes gewählt wurde, nunmehr durch Polizeimaßnahmen geknebelt wird.“

Am Vortag des 15. Juni hatte die Sozialdemokratische Partei nochmals einen Generalstreik proklamiert, dem sich diesmal auch das sudetendeutsche Bürgertum ausnahmslos anschloss. Um weitere Opfer zu vermeiden, wurden die Arbeiter aufgefordert, in ihren Wohnungen zu bleiben. Alle Fabriken und Werkstätten standen still, auch alle Geschäfte blieben geschlossen, die Straßen waren leer. Tatsächlich entfielen mehr als 90 Prozent der Stimmen in Deutschböhmen auf deutsche Parteien. Dies hätte man als indirektes Plebiszit werten können.

Doch die Memoranden, Proteste und Wahlergebnisse halfen nicht; die Alliierten waren nicht mehr bereit, ihre Friedensbedingungen an Österreich hinsichtlich Italien und der Tschechoslowakei abzuändern. Der zweite Teil der Friedensbedingungen sah lediglich für Unterkärnten ein Plebiszit vor (aufgrund des persönlichen Einsatzes Wilsons, der sich auf den Miles-Report aus dem Februar 1919 stützte) sowie die Angliederung Westungarns (mit Ödenburg) an Österreich. Hinsichtlich der neuen Tschechoslowakei musste aber Österreich alle Bedingungen akzeptieren, auch die neue gemeinsame österreichisch-tschechoslowakische Grenze in der Länge von 573 km. Darüber hinaus legte der Vertrag von Saint-Germain, bestehend aus 381 Artikeln, die „Kriegsschuld“ Österreichs fest, die Haftung der Republik für 36,8 % der Kriegsschulden und zwei Drittel der Krieganleihen der Habsburgermonarchie, die Aufteilung des früheren österreichischen Staatsbesitzes und des Privateigentums der früheren Herrscherfamilie, sowie die Aufteilung des Eisenbahnnetzes und des rollenden Materials. Außerdem behielten sich die Alliierten das Generalpfandrecht vor und setzten für Österreich für fünf Jahre die Meistbegünstigung aus. Für die Besatzungsregime in Serbien, Rumänien und Italien hatte Österreich 6000 Milchkühe, 2000 Kalbinnen, 100 Stiere, 3000 Kälber, 2000 Militärpferde, 2000 halbwilde Pferde, 2000 Mutterschweine und 2000 Schafe an diese Staaten abzuliefern. Ein letztes Mal versuchte die österreichische Delegation einige Verpflichtungen zu reduzieren, versuchte zumindest den Anschluss der deutschen Gebiete Südmährens und Südböhmens mit etwa 360.000 Einwohnern an Österreich zu erreichen. Hingegen protestierte man gegen die verlangte Abtretung des Gebietes um Feldsberg und Gmünd an die Tschechoslowakei im Ausmaß von 205 km² mit 23.228 Einwohnern (1910).

Ministerpräsident Clemenceau erklärte als Vorsitzender der Friedenskonferenz in einer unglaublich einseitigen und moralisch äußerst fragwürdigen Begleitnote vom 2. September 1919 die harten Bedingungen des Vertrages von Saint-Germain:

„Das österreichische Volk teilt in weitem Umfange mit seinem Nachbarn, dem ungarischen Volke, die Verantwortlichkeit über die Übel, unter denen Europa während der letzten fünf Jahre gelitten hat. Der Krieg ist mit Überstürzung hervorgerufen worden durch das Ultimatum, das die Wiener Regierung an Serbien gerichtet hat. [...] Es ist jetzt offenbar, dass dieses Ultimatum nur ein scheinheiliger Vorwand war, um einen Krieg zu beginnen, den die frühere autoritäre Regierung im Einvernehmen mit den Machthabern Deutschlands von langer Hand vorbereitet hatte und für den sie den Augenblick für gekommen erachtete. [...]

Die Alliierten und Assoziierten Mächte fühlen sich verpflichtet hervorzuheben, dass die Politik der alten Habsburger in seiner Essenz eine Politik war, um die Suprematie der deutschen und magyrischen Völker gegenüber der Mehrheit der Einwohner der Österreichisch-Ungarischen Monarchie aufrechtzuerhalten. [...] Es ist dieses System der Dominanz und Unterdrückung, der Aufstachelung der Nationen gegen einander, zu dem das österreichische Volk ständig seine Unterstützung gegeben hat, das eine der tiefsten Ursachen des Krieges gewesen ist. [...]

Angesichts so vieler offenkundiger Beweise muss das österreichische Volk entsprechend den geheiligten Regeln der Gerechtigkeit gezwungen werden, seinen vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für das Verbrechen, das über die Welt ein solches Unheil gebracht hat, auf sich zu nehmen.“ [...]

Diese Mantelnote ist nur als krasse Siegerjustiz zu charakterisieren, die klar zum Ausdruck brachte, dass Österreich einerseits für sein Bündnis mit Deutschland und öandererseits für seine Nationalitätenpolitik bestraft werden sollte. Was aber Clemenceau jedenfalls vergaß: Alle vier Westmächte plus Japan hatten an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt – und nicht umgekehrt!

Daher sah das Wiener Parlament in seltener Übereinstimmung von Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen im Vertrag von Saint-Germain ein völlig ungerechtes Diktat der siegreichen Entente. Nach dem Bericht des Staatskanzlers erhob die deutschösterreichische Nationalversammlung am 6. September 1919 „vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, dass der Friedensvertrag von Saint-Germain unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt“. Und in schmerzlicher Enttäuschung legte sie „Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluss der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.“ Dennoch musste die Nationalversammlung mit der Stimmenmehrheit von Sozialdemokraten und Christlichsozialen Staatskanzler Renner beauftragen, am 10. September 1919 – bei Anwesenheit

von Außenminister Beneš – den Vertrag von Saint-Germain zu unterzeichnen. Der Kommentar der britischen Historikerin Zara Steiner fällt mit Recht sehr kritisch aus: „Die Verträge mit Österreich, Ungarn und Bulgarien waren weit härter und viel unversöhnlicher als jener mit Deutschland. Die österreichischen und ungarischen Verträge waren extrem bestrafend.“

Die neue staatsrechtliche Lage zwang die deutschen Abgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Ausscheiden aus der österreichischen Nationalversammlung. Am 24. September 1919 erschienen alle sudetendeutschen Abgeordneten im schwarzen Anzug mit einer kleinen rot-weiß-roten Kokarde im Wiener Parlament. Die beiden Landesregierungen für Deutschböhmen und das Sudetenland und die längst nicht mehr amtierenden deutschösterreichischen Behörden in den „inzwischen von der Tschechoslowakei tatsächlich besetzten Gebieten“ wurden auch offiziell aufgehoben, die „Funktionäre der Republik Deutschösterreich“ wurden des Treuegelöbnisses für die Republik entbunden. Der Landeshauptmann von Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen, hielt die Abschiedsrede: „Der Friedensvertrag hat das deutsche Volk in den Sudetenländern ohne Erforschung seines Willens der Tschechoslowakei zugewiesen. [...] Mag das staatsrechtliche Band zwischen Deutschösterreich und den Sudetenländern auch zerrissen sein, unlösbar sind das nationale Bewusstsein und die in Jahrhunderten gewachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpendeutschen und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. Die ideale Hoffnung, dass die Zukunft auch dem deutschen Volke in Europa sein volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bringen werde, nehmen wir tiefbewegt von Deutschösterreich und von unseren Brüdern Abschied. [...] Wir scheiden im Raum, wir bleiben vereint im Geiste.“

Die Neuordnung Mitteleuropas auf der Pariser Friedenskonferenz erfolgte zum eindeutigen Vorteil der Tschechen (und Slowaken), aber zum großen Nachteil der Deutschösterreicher (und Magyaren). Abgesehen von der Tschechoslowakei und Rumänien hatte die Friedenskonferenz nur „revisionistische“ Staaten zurückgelassen. Staatspräsident Masaryk und Außenminister Beneš hatten es mit geschickter Netzwerkbildung schon zur Zeit ihrer Emigration in Paris, London und Washington verstanden, die Westmächte von der Notwendigkeit der Schaffung einer Tschechoslowakischen Republik als neuer demokratischer Ordnungsmacht in Ostmitteleuropa zu überzeugen. Die neuen Grenzen von 1919/20 an Thaya, March und Donau wurden daher sicherheits- und nationalpolitisch gezogen und entsprachen kaum den damaligen sprachlich-ethnischen Grenzen, zerteilten aber vor allem zusammengehörige Wirtschafts- und Kulturlandschaften. Immerhin gab es zwischen Tschechen und Österreichern keine militärischen Auseinandersetzungen (wie um die Südgrenze der Slowakei oder die Südostgrenze Österreichs), immerhin konnten alle Staatsangehörigen des alten Österreich für einen der neuen Nationalstaaten optieren, und immerhin blieben die

neuen Grenzen bis 1938 im Wesentlichen durchlässig. Österreichische Sozialdemokraten und Kommunisten konnten dies nach ihrem Aufstand am 12. Februar 1934 nützen, österreichische Christlichsoziale, Legitimisten und Juden nach der nationalsozialistischen Machtergreifung am Abend des 11. März 1938.

Zu den positiven Ergebnissen des Vertrages von Saint-Germain zählte der Aufbau eines neuen Minderheitenschutzes, zu dem sich auch die Tschechoslowakei in einem eigenen Minderheitenvertrag gegenüber den Alliierten verpflichten musste. Immerhin sicherten diese Bestimmungen sowohl den über 3,2 Millionen Sudeten- und Karpatendeutschen als auch den etwa 82.000 Tschechen und Slowaken in Wien und Niederösterreich - beide nationale Minderheiten verzeichneten auch eine Rückwanderungswelle - öffentliche und private Minderheitenschulen, auch auf der Sekundarstufe. Dennoch einigten sich Beneš und Renner im Jänner 1920 in Prag sehr rasch auf die Sprachregelung, dass die in den Verträgen von Saint-Germain übernommene Verpflichtung zum Schutz der nationalen Minderheiten „eine rein interne Frage“ darstelle und eine Beschwerde eines fremden Staates nur über den Völkerbund eingebracht werden könne. Der Brünner Vertrag und das Karlsbader Additionalabkommen 1920 stellten sodann eine wertvolle bilaterale Ergänzung dar, welche die personal- und nationalpolitisch heikle Lehrerfrage pragmatischen Lösungen zuführte. So erhielten die beiderseitigen Minderheiten - trotz einiger interner Kritik in Prag und Wien - den bis 1938 besten Minderheitenschutz in Ostmitteleuropa. Dies galt nicht nur für das Pflichtschulwesen, sondern auch für das Mittelschulwesen. Den Sudetendeutschen standen auch die „Deutsche Universität in Prag“ (allerdings 1920 von der tschechischen Karls-Universität abgetrennt) und die deutschen Teile der beiden Technischen Hochschulen in Prag und Brünn zur Verfügung. Das tschechoslowakische Sprachengesetz vom 28. Februar 1920 erklärte jedoch die „tschechoslowakische“ Sprache zur Staatssprache, während die Sprachen der Minderheiten nur in jenen Gerichtsbezirken offiziell zugelassen wurden, in denen sie mehr als 20% der Bevölkerung zählten. So konnten die etwa 30.000 Prager, die sich in der Volkszählung von 1921 zur deutschen Nationalität bekannten, die deutsche Sprache im Amtsverkehr nicht mehr verwenden. Daher reichten die neuen Regelungen an das altösterreichische Nationalitätenrecht von 1867 mit der prinzipiellen Gleichberechtigung aller „Volksstämme“ keineswegs heran - weder in der Tschechoslowakei noch in Österreich. Das galt auch für das eher komplizierte tschechoslowakische Sprachendekret vom 3. Februar 1926, das zu Demonstrationen nationalistischer Deutscher führte, wie es ihre Väter 1897 gegen die Badeni-Dekrete getan hatten.

Ich versuche die wesentlichen Konsequenzen des Vertrages von Saint-Germain für die Sudetendeutschen in 10 Punkten zusammenzufassen:

1. Die Sudetendeutschen wurden völkerrechtlich und nationalpolitisch von den Deutschen in Österreich getrennt, nationalpolitisch auch von den

- Deutschen im Deutschen Reich. Sie wurden von der Friedenskonferenz in den Nationalstaat der Tschechen und Slowaken eingegliedert.
2. Die Sudetendeutschen wurden staatsrechtlich als Teil einer führenden Nationalität in Österreich-Ungarn auf den Status einer nationalen Minderheit abgestuft, die nur in Bezirken mit über 20 Prozent Minderheitenanteil ihre Minderheitenrechte in Verwaltung, Gerichtswesen und Schule geltend machen konnte.
 3. Sie verloren ihre führende wirtschaftliche Stellung in einem Großreich ohne Zollgrenzen und wurden schlagartig der internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt, auf dem sie sich bis 1930 auch behaupteten.
 4. Infolge der Währungstrennung in der Tschechoslowakei ab Ende Februar 1919 entgingen die Sudetendeutschen der Hyperinflation in Österreich oder Deutschland, die zu einer großen Vernichtung von Vermögenswerten führte.
 5. Die sudetendeutschen Parteien teilten sich ab Mitte der 1920er Jahre in „aktivistische“ und „negativistische“ Parteien, wobei der Bund der Landwirte und die Christlichsozialen 1926 in die Regierung des Agrariers Švehla eintraten, die Sozialdemokraten 1929 folgten, und bis März 1938 den wechselnden Koalitionsregierungen angehörten.
 6. Der tschechische Teil der Karlsuniversität in Prag wurde nun alleiniger Rechtsnachfolger der alten Universität, während der deutsche Teil in „Deutsche Universität in Prag“ umbenannt wurde und schließlich (1934) auch die Insignien übergeben musste.
 7. Mit der Weltwirtschaftskrise ab Herbst 1929 setzte die „Desintegration zweier Völker im selben Lande“, wie es Eugen Lemberg nannte, ein. Hauptgrund war zweifellos die stark steigende Arbeitslosigkeit in der sudetendeutschen Leichtindustrie und im Bädertourismus sowie die mangelnden Hilfestellungen seitens der Prager Regierung. Vor allem die schwere soziale Krise ab 1930 verstärkte die politischen Haltungen gegen den tschechoslowakischen Staat. Der hohe Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei im Mai 1935 unterstrich den zunehmenden Bruch zwischen der Mehrheit der Sudetendeutschen und dem Staat der Tschechen und Slowaken.
 8. Angesichts des Wiedererstarkens von Hitler-Deutschland und der zunehmenden NS-Propaganda wurde das reichsdeutsche Beispiel des Abbaus der Massenarbeitslosigkeit für die Mehrheit der Sudetendeutschen immer attraktiver. Britische Regierungskreise erkannten diese Problemlage und drängten die Prager Regierung zu deutlichen Angeboten an die Sudetendeutschen. Die tschechischen Regierungskreise blieben freilich in ihrem nationalistischen Denken von 1918/19 gefangen.

9. Das von Hitler erzwungene Münchener Abkommen war einerseits ein imperialistisches Zwangsdiktat, andererseits aber eine Korrektur der verfehlten Entscheidungen der Friedenskonferenz von 1919. So wurde es jedenfalls von der großen Mehrheit der Sudetendeutschen gesehen – und vom ehemaligen österreichischen Staatskanzler Karl Renner und von vielen seiner Landsleute.
10. Die Geschichte der Sudetendeutschen zwischen 1918 und 1938 ist nach wie vor ein Schulbeispiel für grundsätzliche Fehler in der internationalen Politik wie auch in der Nationalitätenpolitik. Wir sehen nach wie vor vergleichbare Fehler in Bosnien-Herzegowina, in den serbisch-albanischen Auseinandersetzungen, aber auch in den Problemlagen Spanien-Katalonien und England-Schottland - gar nicht zu reden von vielfältigen Nationalitätenkonflikten außerhalb Europas. Die Geschichte lehrt, wenn man lernen will.

Die Erste Tschechoslowakische Republik im kollektiven Gedächtnis der Tschechen und der Sudetendeutschen¹

JIRI STOČES²

Zur Kontinuität der tschechischen Staatlichkeit

Im Oktober 2018 haben wir in der Tschechischen Republik das hundertjährige Jubiläum der Entstehung der Tschechoslowakei gefeiert. Dieser Staat existiert aber seit mehr als einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Die Tschechen sprechen jedoch immer noch mit Stolz über die Tschechoslowakei und betrachten sie als ihren Staat. Sie haben kein Bedürfnis, sich von dieser abzugrenzen, anders als die Slowaken. Die Entstehung der Tschechoslowakei Ende Oktober 1918 wird daher von der tschechischen Nation immer noch als Beginn der modernen tschechischen Staatlichkeit wahrgenommen. Die Kontinuität der Tschechoslowakei und der heutigen Tschechischen Republik bestätigt allerdings auch die identische Nationalflagge.

Tabelle 1: Die Tschechoslowakei – offizielle Bezeichnung des Staates (dt. Bezeichnung)

1918–1938	Tschechoslowakische Republik
1938–1939	Tschecho-Slowakische Republik
1939–1945	Protektorat Böhmen und Mähren (Drittes Reich); Slowakische Republik / Slowakisches Staat
1945–1960	Tschechoslowakische Republik
1960–1989	Tschechoslowakische sozialistische Republik
1990	Tschechoslowakische föderative Republik; Tschecho-Slowakische föderative Republik

Als die selbstständige Tschechische Republik am 1. Januar 1993 gegründet wurde, hat wahrscheinlich kein Tscheche und keine Tschechin gejubelt. Aus Sicht der tschechischen Politiker war die Teilung der Tschechoslowakei ein rationaler Schritt. Er sollte die unendlichen und äußerst kleinlichen Auseinandersetzungen mit der neuen slowakischen politischen Vertretung beenden, wie z. B. den Streit um die Bezeichnung des Staates, den sogenannten Gedankenstrichkrieg. Viele Tschechen waren jedoch anderer Meinung, gerade weil sie sich mit der Tschechoslowakei identifiziert haben. Ich erinnere mich, wie meine Eltern bei der Silvesterfeier 1992 geschwiegen und dann um Mitternacht sogar geweint haben. Hätte damals zur Frage der Teilung ein Referendum stattgefunden, dann wären höchstwahrscheinlich die meisten tschechischen Wähler dagegen gewesen. Der erste Januar als Tag der Entstehung der unabhängigen Tschechischen Republik ist seitdem zwar ein weiterer Nationalfeiertag, aber es finden keine Feierlichkeiten

¹ Manuskript zu dem Vortrag, der am 07. November 2020 auf dem online-Herbstseminar des Arbeitskreises Sudetendeutscher Akademiker e.V. gehalten wurde

² Jiří Stočes, PhD, lehrt und forscht an der Universität Plzeň (Pilsen) (jstoces@knj.zcu.cz)

ten statt. Ich wage sogar zu behaupten, dass der größte Teil der tschechischen Bevölkerung diesen Feiertag gar nicht kennt. Für fast jeden ist der erste Januar mehr oder weniger nur der erste Tag des neuen Kalenderjahres. Im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit wird die sogenannte Erste Tschechoslowakische Republik stehen - ein Staatsgebilde, das die historischen Länder Böhmen, Mähren, das sogenannte österreichische Schlesien, die Slowakei und die Karpatoukraine umfasst. Dieser Staat wurde am 28. Oktober 1918 ausgerufen und bestand bis Anfang Oktober 1938. Dann wurde ein großer Teil seines Territoriums von Nazi-Deutschland aufgrund des Münchner Abkommens besetzt - und kurz danach auch andere Teile von Ungarn und Polen. Die reduzierte Republik machte einen grundlegenden politischen Umbruch durch, der auf der ideologischen Ebene eigentlich eine Leugnung der politischen Entwicklung des Landes war. Diese sogenannte Zweite Republik hielt jedoch nicht lange. In der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 - nach weniger als einem halben Jahr, wurde sie unter der Regie von Adolf Hitler getrennt, in einen formal eigenständigen slowakischen Staat und das Protektorat Böhmen und Mähren, das ein Teil des Dritten Reiches wurde. Die Karpatoukraine kam zu Ungarn.

Ich möchte zuerst auf eine relativ banale Wirklichkeit aufmerksam machen. Die Erste Tschechoslowakische Republik bestand gerade einmal zwanzig Jahre. Das ist nicht lang. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes oder der Vereinigung Deutschlands ist mehr als eineinhalbmal so viel Zeit vergangen! Und trotzdem befassen wir uns immer noch mit einer Reihe von Problemen, von denen wir geglaubt haben, dass wir sie in wenigen Jahren lösen könnten. In Relation dazu gesehen hatte die Erste Tschechoslowakische Republik zur Lösung all ihrer Schwierigkeiten noch weniger Zeit.

An dieser Stelle verzichte ich auf einen Überblick über die Geschichte der Ersten Republik und verweise auf einschlägige Literatur³. Ich konzentriere mich auf die Frage des kollektiven Gedächtnisses zweier Nationalitätengruppen, die die Erste Republik gebildet und mitgestaltet haben. Außer den Tschechen werden es auch die böhmischen und mährischen Deutschen sein, die sich erst im 20. Jahrhundert selbst als Sudetendeutsche bezeichneten.

Das Konzept des kollektiven Gedächtnisses wurde zuerst in der Soziologie und Anthropologie definiert, allerdings hat es seinen Platz seit mehreren Jahrzehnten auch in der Geschichtsschreibung. In vereinfachter Weise kann man ein kollektives oder auch historisches Gedächtnis als eine kollektiv geteilte Vorstellung von der Vergangenheit innerhalb einer Bevölkerungsgruppe definieren, die üblicherweise nach Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder sozialem Status in der Gesellschaft abgegrenzt wird. Das kollektive Gedächtnis basiert in der Regel auf einer begrenzten Auswahl von historischen Fakten, die eine wesentliche Bedeutung haben. Eines der grundlegenden Elemente der Identität ei-

³ Zdeněk Kárník, *České země v éře První republiky. Vznik, budování a zlatá éra republiky (1918-1929)*, Praha ³2017

ner Gruppe ist, dass sie dieses Gedächtnis teilt. Aufgrund der oben genannten Merkmale kann man sagen, dass das kollektive Gedächtnis einen sehr langfristigen Charakter hat. Trotzdem entwickelt es sich, gemeinsam mit der Gruppe, die es trägt. Einen bedeutenden Einfluss auf eine eventuelle Revision des kollektiven Gedächtnisses haben dann spätere historische Ereignisse, die die vorhandene Interpretation entweder modifizieren oder im Gegenteil bestätigen.

Nationale Konfliktlinien der Ersten Tschechoslowakischen Republik

Bevor ich versuche zusammenzufassen, wie die Tschechen und die Sudetendeutschen die Erste Tschechoslowakische Republik in ihrem kollektiven Gedächtnis betrachten, halte ich es für notwendig, das Verhältnis beider Gruppen zu diesem Staat zur Zeit seiner Existenz zu charakterisieren. Die Tschechen waren von der Gründung der Tschechoslowakei begeistert und haben sie schnell angenommen. Der Aufbau des neuen Staates wurde von einem bemerkenswerten nationalen Ethos geleitet, der jedoch bei einigen Politikern und hohen Staatsbeamten zu einem „heiligen Krieg“ geführt hat - um mutmaßliche und tatsächliche Ungerechtigkeiten gegen die tschechische oder tschechoslowakische Nation zu sühnen. Als eine dieser Ungerechtigkeiten wurde auch die sogenannte „Germanisierung“ des tschechischen Grenzgebiets bezeichnet.

Ganz anders verhielt es sich bei den Sudetendeutschen, die zu Beginn auf keinen Fall ein Teil des neuen tschechoslowakischen Staates werden wollten. Ihr Ziel war es, die Gebiete mit mehrheitlich deutscher Besiedlung an das deutschsprachige Österreich anzuschließen, das sich dann mit Deutschland verbinden sollte. Diese Idee zerbrach jedoch bald an der geopolitischen Realität; der größte Teil des deutschsprachigen Grenzgebietes hatte keine gemeinsame Grenze zu Österreich. Der zweite Grund war die Entscheidung der Siegermächte, die jegliche Vereinigung zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich ausdrücklich verboten hatte. Trotzdem haben sich die Vertreter aller politischen Parteien der Sudetendeutschen geweigert, sich mit der Tschechoslowakei zu versöhnen, anfangs durch Rückgriff auf die proklamierte Selbstbestimmung der Nationen. Sie betonten, dass sie nicht freiwillig ein Teil der Tschechoslowakei waren, dass sie dazu gezwungen wurden.

Erst in den zwanziger Jahren hat ein Teil der sudetendeutschen Politiker den tschechoslowakischen Staat anerkannt und beschlossen, seine eigenen Forderungen durch Verhandlungen und Kooperation voranzutreiben. Diese sogenannten aktivistischen Parteien wurden dann 1926 Teil der Regierungskoalition und haben bis zum Ende der Ersten Republik in der Regel auch zwei und später drei Ministerposten besetzt. Diese relativ vielversprechende Entwicklung der tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen wurde jedoch Anfang der 30er Jahre durch die Wirtschaftskrise beschädigt. Am stärksten traf es die Leichtindustrie in der deutschsprachigen Grenzregion, die hauptsächlich für den Export bestimmt war.

Die böhmischen Deutschen fühlten sich nicht ausreichend von Prag unterstützt. Das stärkte dann die negativistische, antitschechoslowakische politische Linie, dazu kam noch die neugegründete „überparteiische“ Nationalbewegung „Sudetendeutsche Heimatfront“, die vor den Wahlen von 1935 in „Sudetendeutsche Partei“ umbenannt worden ist. Diese Partei gewann anschließend die Wahl, da sie offensichtlich die Mehrheit der Wähler von traditionellen sudetendeutschen Parteien übernommen hatte. Sehr bald nahm die Sudetendeutsche Partei mit Hitler-Deutschland eine enge Zusammenarbeit auf, die schließlich in der oben genannten Abtrennung und dem Anschluss des tschechoslowakischen Grenzgebietes mit der deutschsprachigen Mehrheit an das Dritte Reich mündete.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der wichtigsten deutschen politischen Parteien in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (die erste Angabe zeigt den Stimmenanteil in der gesamten Tschechoslowakei, die zweite (in Klammern) innerhalb der deutschsprachigen Minderheit)

	1920	1925	1929	1935
DSAP	11,1 % (44 %)	5,8 % (24%)	6,9 % (31%)	3,6 % (16%)
BdL	3,9 % (15 %)	8,0 % (30 %)	5,4 % (24 %)	1,7 % (7 %)
DCVP	2,7 % (10 %)	4,4 % (24 %)	4,7 % (22 %)	2,0 % (9 %)
DNP	5,3 % (20 %)	3,4 % (14%)	2,6 % (11 %)	---
DNSAP		2,4 % (9%)	2,8 % (13 %)	---
SdP	---	---	---	15,8 % (66 %)

Erklärung: DSAP - Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik; BdL - Bund der Landwirte; DCVP - Deutsche christlichsoziale Volkspartei; DNP - Deutschen Nationalpartei; DNSAP - Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei; SdP - Sudetendeutsche Partei. Seit 1925 wurden die ersten drei Parteien als aktivistisch bezeichnet, die letzten drei als negativistisch⁴.

Unterschiedliche Wahrnehmungen im kollektiven Gedächtnis

Diese angesprochene Haltung der Tschechen und der Sudetendeutschen zur Tschechoslowakei spiegelt weitgehend auch das heutige kollektive Gedächtnis dieser beiden Gruppen wider. Auch wenn es sich nicht völlig klar beweisen lässt, so ist es doch offensichtlich, dass sich ihre Sichtweisen auf die Erste Tschechoslowakische Republik diametral unterscheiden. Die Tschechen sehen diesen Staat sehr positiv. Sie betonen die Tatsache, dass es der erste moderne tschechische Staat war, in dessen Tradition sie sich sehen, wie schon erwähnt wurde. Dazu war dieser Staat demokratisch. Auch deshalb war er auch in der Zeit der nationalsozialistischen und kommunistischen totalitären Herrschaft gewissermaßen ein Ideal. Es besteht allgemeiner Konsens über die hohe politische Kultur der Ersten Republik und die moralische Dimension der damaligen Politik - und der erste Präsident, Tomáš Garrigue Masaryk, wird immer noch als der Hauptträger dieser Dimension angesehen. Selbst nach der sogenannten Samtenen Revolution Ende 1989 wird die derzeitige politische Entwicklung weiterhin

⁴ Bearbeitet nach: Piotr Maciej Majewski, *Sudetští Němci 1848-1948. Dějiny jednoho nacionalismu*, Brno 2014, passim

am Ideal der Ersten Republik gemessen. Man kann die häufige Bezeichnung des Präsidenten Václav Havel als Nachfolger von Masaryks Erbe erwähnen oder im Gegenteil den sehr kritischen Vergleich des derzeitigen Präsidenten Miloš Zeman mit der Persönlichkeit des Gründers des tschechoslowakischen Staates. Aber es gilt auch umgekehrt. Tschechische Politiker aller politischer Richtungen, einschließlich der extremistischen, sehen sich stolz als Nachfolger der Ersten Republik. Weniger häufig, jedoch auch, wird die Erste Republik zudem wegen der florierenden Wirtschaft hervorgehoben sowie auch wegen ihres Ansehens in Europa (und teilweise auch in der Welt). In dieser Hinsicht sehen die heutigen Tschechen die Erste Tschechoslowakische Republik als ein Vorbild, dem wir uns - wenn auch stolpernd - annähern wollen.

Auch in der Kunst gilt bei den Tschechen die Erste Tschechoslowakische Republik als äußerst fruchtbar. Zum tschechischen Literaturkanon gehören viele Dichter und Prosa-Autoren dieser Zeit, wie zum Beispiel Karel Čapek, Karel Poláček oder Eduard Bass und die Dichter Jiří Wolker, František Halas und Jaroslav Seifert. Die Lieder des Befreiten Theaters (tschech. Osvobozené divadlo) sind immer noch sehr populär, genauso wie damalige Schauspieler, Filme und die damalige Mode. Im Stil der Ersten Republik sind Bälle und Paraden gehalten. Das Tschechische Fernsehen hat 2018 die sehr erfolgreiche Serie „Die Erste Republik“ ausgestrahlt, daneben sind noch zwei andere neue Filme über Masaryk entstanden. Viele Schriftsteller, Dramatiker und Filmemacher siedeln ihre Geschichten in dieser scheinbar idyllischen Zeit an. Immer mehr Wertschätzung erhält auch die Architektur der Ersten Republik, die das Gesicht vieler böhmischer Städte - einschließlich Pilsens, woher ich komme - erheblich beeinflusst hat. Kurz und gut: die Erste Republik stellt einen Mythos im kollektiven Gedächtnis der Tschechen dar, der Kritik nur schwer ertragen kann.

Man kann aber sehr gut gegen einige dieser positiven Bewertungen argumentieren, z.B. gegen die Behauptung von der hohen politischen Kultur. Auch die Erste Republik erlebte eine Reihe von Korruptionsskandalen, Protektionismus oder verschiedene Koalitionsbildungen und Machtaufteilungen, die die demokratischen Wahlergebnisse ignoriert haben. Besonders abschreckend war der Verlauf vieler Debatten im tschechoslowakischen Parlament. Die Opposition hat oft auf Obstruktionen gesetzt und auf verschiedene Weise Sitzungen gestört, wie z. B. durch Überschreien anderer Redner und auch Zerstören von Mobiliar. Diese Opposition, das heißt vor allem die kommunistischen Parteien und die deutsche Nationalparteien, wurde von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung gewählt.

Die Kommunisten der Ersten Republik waren übrigens die einzige Partei, die es geschafft hat, alle Nationalitäten der Tschechoslowakei zu vereinen; und noch lange in die 30er Jahre hinein hat die Partei auch die Forderungen der Sudetendeutschen nach Autonomie oder sogar einer Trennung von der Tschechoslowakei unterstützt. Erst seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts werden die

tschechischen Kommunisten zu einem der lautesten Befürworter des Nationalismus, was prinzipiell bis heute gilt. Karl Marx würde sich mit seiner Forderung nach dem internationalen Kampf gegen das Kapital im Grabe herumdrehen.

Die Erste Republik kannte auch Rassismus und vor allem Antisemitismus. Die Jahre des Wohlstands wurden von der Wirtschaftskrise abgelöst, die ernste soziale Probleme mit sich brachte. Sehr wenige Tschechen sind heute dazu bereit, zumindest teilweise Fehler in der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik zuzugeben, insbesondere gegenüber den Sudetendeutschen. Paradoxe Weise wird die gesamte Konzeption des Tschechoslowakismus, das heißt die These einer tschechoslowakischen Nation, die auf zwei gleichberechtigten Zweigen, dem tschechischen und dem slowakischen, basiert, heute in der tschechischen Gesellschaft allgemein als ein zeitbedingter Fehler betrachtet. Der Hauptzweck dieser zweifelhaften Konstruktion bestand jedoch darin, die Ansprüche der deutschen Minderheit zu beseitigen, die in der damaligen Tschechoslowakei zahlenmäßig stärker als die Slowaken war.

Tabelle 3: Nationen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik

Tschechoslowaken	8 760 937	65,50 %	9 688 770	66,90 %
davon Slowaken	1 952 368	14,60 %	2 250 516	15,60 %
Deutsche	3 123 568	23,30 %	3 231 688	22,30 %
Ungarn	745 431	5,60 %	691 923	4,80 %
Russen (Ukrainer)	461 849	3,50 %	549 169	3,80 %
Juden	180 855	1,40 %	186 642	1,30 %
Polen	75 853	0,60 %	81 737	0,60 %
Sonstige	25 871	0,20 %	49 636	0,30 %

Erklärung: Die Anzahl der Slowaken bezieht sich nur auf die Slowaken in der Slowakei, auf die gesamte Tschechoslowakei bezogen wäre sie ein wenig höher⁵.

Im kollektiven Gedächtnis der Sudetendeutschen - beurteilt in erster Linie nach Heimatbüchern, aufgezeichneten Erinnerungen oder Ausstellungen in den sudetendeutschen Museen, den sog. Heimatstuben - wird die Erste Tschechoslowakische Republik als negativ, manchmal sogar direkt als dämonisch gesehen. So wie bei den Tschechen ist es offensichtlich, dass die späteren Ereignisse, insbesondere die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg, das kollektive Gedächtnis stark beeinflusst haben. Die Erste Tschechoslowakische Republik wird als ungerechter, gewalttätiger und undemokratischer oder pseudodemokratischer Staat bezeichnet. Anstelle des Staates als solchem wird jedoch oft im Allgemeinen von den „Tschechen“ gesprochen. Als

⁵ Quelle: Československá statistika - sv. 9. Sčítání lidu v republice Československé ze dne 15. února 1921, Praha: Státní úřad statistický, 1924; Československá statistika - sv. 98. Sčítání lidu v republice Československé ze dne 1. prosince 1930. Praha: Státní úřad statistický, 1934

deren Hauptziel wurde die schrittweise Besetzung der von den Deutschen bewohnten Gebiete gesehen.

Kollektives Gedächtnis und historische Wirklichkeit

Die Zeit der Ersten Republik wird im sudetendeutschen historischen Gedächtnis als eine Zeit des totalen Niedergangs, auch des wirtschaftlichen, betrachtet. Wenn es einem Unternehmen irgendwo gut ging, passierte es trotz des Staates, dank der harten Arbeit oder der Intelligenz der deutschen Bevölkerung. Auch auf kulturellem Gebiet galt die Zeit der Ersten Republik als nicht besonders bedeutsam. Aus der Perspektive der Sudetendeutschen gibt es keinen Grund, diese historische Epoche zu bejubeln. Eine gewisse positive Rolle wird von ihnen vielleicht nur dem Präsidenten Masaryk zugeschrieben, der meistens geehrt wurde. Edvard Beneš wird dagegen sehr negativ wahrgenommen, was sicherlich mit seiner späteren Rolle in der erwähnten Vertreibung zusammenhängt. Derselbe Beneš hatte allerdings unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten im Dezember 1935 einen Dialog mit den Vertretern der sudetendeutschen Parteien eröffnet und ihnen zumindest eine teilweise Erfüllung ihrer Forderungen angeboten.

Auch das sudetendeutsche kollektive Gedächtnis, genauso das tschechische, widerspricht in mehrfacher Hinsicht der historischen Wirklichkeit. Es ignoriert beispielsweise die objektiv gestaltete demokratische Verfassung der Tschechoslowakischen Republik, dank der die Deutschen im Parlament vertreten waren und vor allem die Verwaltung von Städten und Gemeinden mit überwiegend deutscher Bevölkerung voll in ihren Händen hatten. Ebenso erinnern sich nur wenige von den böhmischen Deutschen in den 20er Jahren an den wirtschaftlichen Wohlstand. Dank der Tschechoslowakei wurden sie vor der sogenannten Nachkriegskrise mit enormer Inflation verschont, die in Deutschland und Österreich zu einer neuen Währung führte. In diesem kollektiven Gedächtnis wurde schließlich die bereits erwähnte aktivistische Politik der drei sudetendeutschen Parteien fast vergessen. Deutsche Minister in der Regierung werden nur ausnahmsweise und meist in einem teilweise irreführenden Kontext erwähnt.

Eine andere Tatsache ist jedenfalls ziemlich klar - beide nationalen kollektiven Erinnerungen beziehen sich faktisch nur auf ihre „eigene“ Nation, die andere ist entweder Träger negativer Qualitäten und Handlungen oder sie wird einfach aus dieser Erinnerung verdrängt. Dies spiegelt weitgehend die historische Realität. Zur Zeit der Ersten Republik standen sich beide Gruppen ständig gegenüber und bekämpften einander, aber im normalen Alltag waren sie einfach innerhalb ihrer nationalen Gemeinschaften. An der anderen waren sie nicht interessiert und kooperierten nur ausnahmsweise mit ihr.

Beamtentum und Minderheitenschulen

Jetzt stellen wir uns eine provokative und zugleich banale Frage: Welche dieser beiden Erinnerungen ist historisch glaubwürdiger und enthält deshalb mehr Wahrheit? Sie ahnen wahrscheinlich schon, was ich antworten werde - keine. Aber die genauere Antwort wäre: beide. Es geht um den Blickwinkel auf die gleichen Wirklichkeiten, um ihre Interpretation. Ich werde versuchen, es anhand zweier miteinander verbundener Probleme, die durch das kollektive Gedächtnis beider nationaler Gruppen völlig widersprüchlich bewertet sind, anschaulicher zu machen.

Bei dem ersten Problem geht es um die Besetzung von Ämtern in der tschechoslowakischen Staatsverwaltung - in der Gendarmerie, in der neu gegründeten Polizei, in der Armee, aber auch in der Post und der Eisenbahn. Im sudetendeutschen kollektiven Gedächtnis sitzt die Entlassung der Deutschen aus diesen Positionen und ihre Ablösung durch die Tschechen immer noch relativ tief. Dies waren im Allgemeinen relativ gut bezahlte und vor allem stabile Arbeitsplätze. Die Sudetendeutschen betrachteten es damals und auch heute als einen klaren Beweis des Machtzuges der tschechoslowakischen Regierung, die das deutsche Grenzgebiet besetzen wollte. Wegen dieser neuen tschechischen Staatsbeamten entstanden zahlreiche tschechische Kommunen auch dort, wo sie vor 1918 gar nicht existiert hatten. Die Sudetendeutschen sehen es immer noch als einen Versuch, eine „Tschechisierung“ in den deutschsprachigen Grenzgebieten durchzuführen.

Dies hängt mit dem zweiten angedeuteten Problem zusammen, bei dem es um das sogenannte Minderheitenschulwesen geht. Schon dieser Begriff wird im sudetendeutschen Narrativ als absichtlicher „Betrug“ interpretiert. In dem Gesetz über Minderheitenschulen von 1919 ging es nämlich nicht um die Bildung von Minderheiten, schon gar nicht um das deutsche Schulwesen in den böhmischen Ländern, sondern nur um die Frage der Gründung tschechischer Schulen in einem überwiegend deutschsprachigen Umfeld. Wo im Dreijahresdurchschnitt eine Gruppe von mindestens 40 Kindern mit tschechischer Muttersprache bestand, sollte eine tschechische Minderheitenschule eingerichtet werden. Allerdings hatte diese Regel eine Reihe von Ausnahmen.

Während deutsche Volks- und Bürgerschulen von den Ortschaften selbst verwaltet und finanziert wurden, wurden tschechische Minderheitenschulen im Sudetenland direkt vom tschechoslowakischen Bildungsministerium eingerichtet und auch großzügig finanziert. Außerdem wurden diese Schulen von verschiedenen tschechischen Vereinen aus dem Inland unterstützt. An vielen Minderheitenschulen gab es daher kostenloses Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler oder kostenlose Winterkleidung. Auch wurden kulturelle Veranstaltungen, wie verschiedene Diskussionsrunden mit Künstlern und Politikern, Ausflüge oder Theatervorstellungen organisiert. Die tschechischen Minderheitenschulen haben auch versucht, einige deutsche Kinder oder Kinder aus gemischten Familien zur

Schulbildung in tschechischer Sprache zu gewinnen. Das Hauptlockmittel und das Argument waren vor allem die oben erwähnten Begünstigungen.

Ein wichtiger Impuls für die Errichtung einer solchen Schule war in der Regel gerade der oben erwähnte Zuzug der neuen tschechischen Beamten. Den Deutschen war es auch deshalb nicht besonders recht, wenn zahlreiche Familien tschechischer Beamter in ihr Dorf kamen. Dieses tschechische Minderheitenschulbildungswesen wird bisher im kollektiven Gedächtnis der Sudetendeutschen im Vergleich zum deutschen Schulwesen als sehr protektionistisch dargestellt. Gleichzeitig werden Minderheitenschulen wieder als ein Instrument zur Tschechisierung des deutschsprachigen Umfelds wahrgenommen, das den Tschechen ermöglichen sollte, die Oberherrschaft auch in den nachfolgenden Generationen zu festigen. Deshalb wurden die Minderheitenschulen gemeinsam mit den Post- oder Gendamerieämtern am häufigsten Ziele von hasserfüllten Übergriffen der Sudetendeutschen, insbesondere kurz vor und nach der Besetzung der Grenzgebiete durch Nazi-Deutschland im Herbst 1938.

Das tschechische historische Gedächtnis interpretiert den Personalwechsel der Staatsbeamten im Grenzgebiet damit, dass es darum gegangen sei, die Sicherheit des neu geschaffenen Staates zu gewährleisten. Die Deutschen in Böhmen und Mähren hätten sich jedoch in ihren politischen Aussagen von der Tschechoslowakei distanziert. Sie respektierten, zumindest anfangs, die tschechoslowakische Regierung nicht und strebten danach, einem anderen Staat beizutreten. Eine Reihe der Bestandsbeamten war in ihrer politischen Tätigkeit relativ aktiv. Noch dazu sprach die große Mehrheit von ihnen kein Tschechisch und weigerte sich auch, diese Sprache zu lernen. Diesen Personen konnte also die Tschechoslowakei die Verwaltung, Sicherheit, Versorgung oder Kommunikation innerhalb des Staates nicht anvertrauen; es hätte die eigene Existenz gefährdet. Die Tschechen, die in die feindliche deutsche Umgebung geschickt wurden, verdienten in dieser Hinsicht die volle Unterstützung aus dem Inland. Zunächst war es notwendig, deren Kindern eine Ausbildung zu vermitteln - und natürlich in ihrer Muttersprache. Die Integration oder zumindest eine Zusammenarbeit mit den Deutschen vor Ort war wegen deren Verweigerung praktisch unmöglich, daher ist es logisch, dass die tschechischen Kommunen in dem deutschsprachigen Umfeld ein eigenes Leben geführt haben. Die tschechische Mehrheit im Inland hat durch ihre Unterstützung dazu beigetragen, dieses Leben im „Rücken des Feindes“ zu erleichtern.

Soviel zu den beiden gegensätzlichen Interpretationen im sudetendeutschen und tschechischen kollektiven Gedächtnis. Aus der Position des Historikers möchte ich dazu drei sachliche Anmerkungen bringen:

1. Ich weiß nicht, ob man die tschechoslowakische Regierung direkt verantwortlich machen kann für den Versuch, das deutschsprachige Grenzgebiet zu tschechisieren. Jedenfalls wird direkt in manchen politischen Proklamationen und im Ethos der unterstützenden Vereine, zum Beispiel im

Verein der Nationalen Einheit der Böhmerwäldler (Národní jednota pošumavská), dieses Ziel erwähnt. Meist wurde argumentiert, dass man die in der Vergangenheit germanisierten böhmischen Grenzgebiete wieder der tschechischen Nation zurückgeben soll. Vor allem in Gemeinden, in denen der Anteil der Tschechen und Deutschen in etwa gleich groß war, führten diese Vereine tatsächlich einen Kampf um den künftigen nationalen Charakter des Dorfes, und oft schädigten sie wesentlich die traditionellen lokalen Beziehungen.

2. Der Austausch von Staatsbeamten im Grenzgebiet fand nicht sofort statt, sondern schrittweise. Erst mussten zuerst nur diejenigen ihre Stellen verlassen, die ihre anti-tschechoslowakische Haltung voll gezeigt hatten oder sich weigerten, der neuen Republik ihre Treue zu versprechen. Erst ab 1926 wurden als rechtliche Begründung mangelnde Kenntnisse der tschechischen Sprache verwendet. Die tschechoslowakische Regierung war sich der sozialen Folgen dieser Entlassung bewusst und bemühte sich um einen möglichst natürlichen Austausch dieser Beamten. Ein häufiges Instrument war zum Beispiel die vorzeitige Pensionierung.
3. Es stimmt, dass das deutsche Bildungswesen von der tschechoslowakischen Regierung nur wenig unterstützt wurde. Einige deutsche Schulen wurden sogar geschlossen, was in der Regel massive deutsche Proteste hervorgerufen hat (beispielsweise wurde das deutsche Gymnasium in Pilsen 1924 aufgelöst). Man sollte aber dazu sagen, dass die Ausgangslage des deutschen Schulwesens dank der bisherigen Entwicklung innerhalb Österreich-Ungarns deutlich besser war als die des tschechischen Bildungswesens. In ähnlicher Weise kann die Annullierung einiger deutscher Schulen in der Tat als eine Rationalisierung des Schulnetzwerks betrachtet werden. Die meisten deutschen Schulen wurden in einem überwiegend tschechischen Sprachumfeld aufgehoben. Die Statistiken zeigen auch, dass die Anzahl der Schüler in einer Klasse in den tschechischen und deutschen Schulen fast gleich war.

Das tschechische und das sudetendeutsche Gedächtnis fällt also beim Thema Staatsangestellte und Minderheitenbildung völlig unterschiedlich aus. Wenn wir uns fragen, welches glaubwürdiger ist, dann stellen wir fest, dass beide etwas anderes betonen, oder genauer gesagt, beide sehen das Problem aus einem anderen Blickwinkel. Meiner Meinung nach ist es ganz logisch und voll verständlich, dass die Sudetendeutschen ihre Kündigung bei der Post, der Eisenbahn, der Polizei oder den Verwaltungsbehörden mit großem Unmut aufgenommen haben, dass sie die neuen tschechischen Mitarbeiter aus dem Inland als Teil der Bemühungen um die Kontrolle des Grenzgebiets gesehen haben, dass sie die Minderheitenschulen als protektionistisch empfanden. Das tschechische kollektive Gedächtnis steht dazu eigentlich nicht im Widerspruch. Es betont, dass dies

alles wegen der Haltung der Sudetendeutschen gegenüber dem neuen Staat notwendig war. Und aufgrund eben dieser feindseligen Haltung hielten die Tschechen es für notwendig, die Entwicklung der neu gegründeten tschechischen Kommunen zu unterstützen. Das scheint mir auch logisch und verständlich zu sein.

Den Unterschieden mit Verständnis und Respekt begegnen

Anhand dieses Beispiels wollte ich zeigen, dass sich das kollektive Gedächtnis der Tschechen und Sudetendeutschen in der Frage der Ersten Tschechoslowakischen Republik kaum deckt. Ich bezweifle es, dass wir daraus eine für beide Seiten akzeptable Interpretation schaffen können. Solche Versuche sind aus meiner Sicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir das kollektive Gedächtnis der jeweils anderen Seite verstehen und respektieren können. Diese Herangehensweise ermöglicht es uns, aus dem Schatten des historischen Gedächtnisses unserer eigenen Gemeinschaft, aus dem Schatten der eigenen Nation herauszutreten. Man kann feststellen, dass das ganze Problem auch ganz anders gesehen werden kann. Oft stellt sich dann heraus, dass der Kern des Problems ganz woanders liegt.

Der Widerspruch zwischen der Wahrnehmung der Ersten Tschechoslowakischen Republik im tschechischen und sudetendeutschen Gedächtnis ist eigentlich nur eine der Phasen eines langen nationalen Konflikts, dessen Anfänge bereits tief im 19. Jahrhundert sichtbar werden. Die Voraussetzung für diesen Konflikt war die von der Sprache ausgehende Definition der Nation. Erstmals Ausdruck fand er in dem Moment, als diese sprachlich definierten Nationen begonnen haben, Ansprüche an die Oberherrschaft in ihren Gebieten zu stellen, als eine Mehrheit in einem solchen Gebiet das Interesse an der Minderheit - einschließlich ihrer Sprache - verliert, als der Schwächere sich einfach anpassen musste.

Das tragische Finale dieses Konfliktes kennen wir alle. Vielleicht bleibt es für uns auch für heute ein Memento, wenn verschiedene Sprüche wie „Dieses Land gehört uns“ und „Weg mit denen“, die anders sprechen, denken, aussehen oder etwas anderes glauben, wieder zu hören sind, und das umso schlimmer, wenn jemand mit solchen Sprüchen wieder Wahlen gewinnt, wie es leider in Tschechien in den letzten Jahren mehrmals passiert ist.

Literaturhinweise

- Beneš, Zdeněk et al., Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848–1948, Praha 2002; deutsch: Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848-1948, Prag 2002
- Brandes, Detlef, Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, München 2010 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 107); tschechisch: Sudetští Němci v krizovém roce 1938, Praha 2012

- Brügel, Johann Wolfgang, Tschechen und Deutsche 1918-1938, München 1967; tschechisch: Češi a Němci 1918-1938, Praha 2006
- Jakubec, Pavel; Pažout, Jaroslav (edd.), Vznik Československa a Provincie Deutschböhmen, Litoměřice: Státní oblastní archiv v Litoměřicích; Liberec: Technická univerzita v Liberci, Fakulta přírodovědně-humanitní a pedagogická, Praha 2019
- Hahnová, Eva, Od Palackého k Benešovi. Německé texty o Čechách, Němcích a českých zemích, Praha 2014
- Hahnová, Eva; Hahn, Hans Henning, Sudetoněmecká vzpomínání a zapomínání, Olomouc 2002
- Heimann, Mary, Czechoslovakia. The State That Failed, New Haven 2009 (Paperback-Ausgabe 2011); tschechisch: Československo. Stát, který zklamal, Havlíčkův Brod 2020
- Hoensch, Jörg K., Geschichte der Tschechoslowakei, Stuttgart/Berlin/Köln³1992
- Hoensch, Jörg K.; Kováč, Dušan (edd.), Ztroskotání spolužití. Češi, Němci a Slováci v první republice 1918-1939, Praha 1993; deutsch: Das Scheitern der Verständigung: Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik (1918-1938), Essen 1994 (=Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2)
- Karník, Zdeněk, České země v éře První republiky. Vznik, budování a zlatá éra republiky (1918-1929), Praha³2017
- Kasper, Tomáš; Kasperová Dana; Pánková, Markéta (eds.), „Národní“ školství za první československé republiky, Praha 2018
- Kasper, Tomáš; Kasperová, Dana (eds.), Češi, Němci, Židé v národnostním Československu. Pohledy na školství a vědu. Liberec 2006
- Kural, Václav, Konflikt místo společenství? Češi a Němci v československém státě (1918-1938), Praha 1993; deutsch: Konflikt anstatt Gemeinschaft. Tschechen und Deutsche im Tschechoslowakischen Staat (1918-1938), Praha 2001
- Majewski, Piotr Maciej, „Niemcy sudeccy“ 1848-1948. Historia pewnego nacjonalizmu, Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego, 2007; tschechisch: Sudetští Němci 1848-1948. Dějiny jednoho nacionalismu, Brno 2014
- Oberwandling, Alfred; Mirtes, Hans Hrsg., Unvergessene Heimat Sudetenland. Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Recht, Vertreibung (1945/1946), Dinkelsbühl: Heimatkreis Mies-Pilsen, 2010, tschechisch: Nezapomenutelná vlast Sudetenland. Historie, kultura, hospodářství, právo, vyhnání (1945/46), Brno 2013
- Řeháček, Karel, Jménem národa a pro národ! České školství v národnostně smíšených oblastech jihozápadu Čech v letech 1880-1945, Praha 2019
- Řeháček, Karel, Němci proti Československu na západě Čech 1918-1920, Plzeň 2008
- Schulze-Rhönhof, Gerd, Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939. Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg, München²2011
- Tóth, Andrej; Novotný, Lukáš; Stehlík, Michal, Národnostní menšiny v Československu 1918-1938. Od státu národního ke státu národnostnímu?, Praha 2012

Vertriebenenintegration nach 1945 im Vergleich Bundesrepublik Deutschland, DDR, Österreich¹

MATTHIAS STICKLER²

Grundsätzliches

Flucht und Vertreibung sind Themen, die spätestens seit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 wieder in aller Munde sind. Nicht selten wird hierbei betont, dass Deutschland ja Erfahrung besitze aufgrund der gewaltigen Integrationsleistung betreffend die deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Man könnte zu dieser These, insbesondere auch was die Stichhaltigkeit eines solchen Vergleichs anbelangt, viel sagen, was ich mir jetzt aber versagen will. Wichtiger erscheint mir in diesem Zusammenhang aber, darauf hinzuweisen, dass es so etwas wie eine allgemeingültige „deutsche Erfahrung“ im Umgang mit Flüchtlingen und Vertriebenen schlicht und ergreifend nicht gibt.

Die Erfahrungen der Menschen auf dem Boden des besiegten Deutschen Reiches waren vielmehr höchst unterschiedlich; und dies hat wohl auch langfristig kollektives Bewusstsein geprägt. Ich will deshalb im Folgenden die Integration der deutschen Vertriebenen ganz bewusst vergleichend behandeln und hierbei auch den, wenn Sie mir diesen Begriff in Anlehnung an Karl Dietrich Erdmann erlauben, dritten Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, die Republik Österreich, mit einbeziehen. Es wird nämlich häufig vergessen, dass auch Österreich nach 1945 ganz erheblich von Flüchtlingsproblemen betroffen war. Immerhin fanden nach 1945 fast eine halbe Million deutschsprachige Vertriebene in Österreich Aufnahme (also ein Bevölkerungsanteil von etwa 7,5 %) und ca. 300.000, d.h. ca. 6%, blieben dort auch dauerhaft. In meinem Vergleich werden fundamentale Unterschiede, aber auch manche Gemeinsamkeiten in der Integrationspolitik deutlich werden.

An dieser Stelle erscheint es angemessen, zunächst ein paar Worte über die verwendete Terminologie zu verlieren. Oft werden die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ umgangssprachlich synonym verwendet. Vielfach nicht bekannt ist, dass der Begriff „Vertriebene“ bzw. dessen englische Entsprechung „expellees“ ursprünglich von der US-amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland verordnet wurde, um die Endgültigkeit des Vertreibungsvorgangs auszudrücken und allen Hoffnungen auf eine Rückkehr der „Flüchtlinge“ (engl. „refugees“) eine symbolische Absage zu erteilen. Es hing vor allem mit dem Scheitern einer raschen Integrationspolitik zusammen, dass sich der deutsche Begriff „Vertriebene“ bzw. verdeutlichend „Heimatvertriebene“ etwa seit 1947 immer mehr durchsetzte. Gleichsam amtlich wurde der Begriff „Vertriebene“ durch das Bundesvertriebenengesetz von 1953, welches diesen als Oberbegriff für alle Immigranten deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit aus

¹ Manuskript zu dem Vortrag, der am 06. Februar 2021 auf einem online-Seminar des Heiligenhofs gehalten wurde

² Prof. Dr. Matthias Stickler lehrt und forscht an der Universität Würzburg (matthias.stickler@uni-wuerzburg.de)

den deutschen Ostgebieten sowie den deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 festlegte. Der Begriff „(Sowjetzonen-)Flüchtlinge“ wurde indes für Immigranten aus dem Gebiet der DDR und Ost-Berlins reserviert. Demgegenüber wurde in der DDR, wo das Vertreibungsgeschehen bis 1990 ein Tabu-Thema war, der euphemistische Begriff „Umsiedler“ vorgeschrieben.

In Österreich sprach man dagegen in Anknüpfung an die Terminologie der Zwischenkriegszeit und des Nationalsozialismus von „volksdeutschen“ Flüchtlingen; in der Praxis handelte es sich hierbei meist um Menschen, die bzw. deren Vorfahren bis 1918 aus dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie stammten. Die gemeinsame Vergangenheit schlug sich also nicht in einer inklusiven Bezeichnung, etwa „Auslandsösterreicher“, nieder, die österreichischen Behörden betonten vielmehr demonstrativ das Deutschtum der Flüchtlinge, womit man sich, ganz im Sinne der Okkupations- bzw. Opfertheorie von Österreich als dem ersten Opfer des Dritten Reiches, implizit von ihnen abgrenzte. Im Folgenden wird der Einfachheit halber der in der deutschen Forschung eingeführte Begriff „Vertriebene“ für alle deutschsprachigen Immigranten in Deutschland und Österreich nach 1945 verwendet werden.

Der Aufstieg des „Fünften Standes“ - Vertriebenenintegration in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik Deutschland

In die vier Besatzungszonen Deutschlands strömten in den Jahren 1945/46 als Folge zunächst von Flucht und „wilden Vertreibungen“, dann als Konsequenz der auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen „ordnungsgemäßen und humanen Überführungen“ etwa 12 Millionen Menschen ein. 1950 lebten im damaligen Bundesgebiet ca. 8 Millionen Vertriebene, das entsprach etwa 16,1% der Bevölkerung, in einzelnen Bundesländern lagen anfangs die Anteile noch höher, so z. B. 1946 in Niedersachsen mit 23,4%, in Bayern mit 18,9% oder in Schleswig-Holstein mit 32,2%. Die daraus resultierenden Veränderungen der Sozialstruktur wie auch der politischen Kultur Rest-Deutschlands können kaum überschätzt werden; bereits existierende Tendenzen zu einer konservativen Rekonstruktion wurden so verstärkt, man hat in diesem Zusammenhang nicht zu Unrecht von einem Modernisierungsschub unter konservativen Vorzeichen gesprochen.

Die Einheimischen empfanden die Zuwanderung vielfach als massive Überfremdung, weshalb die Neuankömmlinge meist wenig willkommen waren. Der zeitgenössische, auf den bedeutenden Vertriebenenpolitiker Linus Kather (1893-1983) zurückgehende und bewusst unterschwellig Klassenkassoziationen weckende Begriff „Fünfter Stand“ für die Vertriebenen verweist auf den massiven politischen und sozialen Sprengstoff, der sich da anzusammeln drohte. Die Westalliierten verweigerten auch aus diesem Grund den Vertriebenen zunächst

das Koalitionsrecht, befürchtete man doch die Radikalisierung dieser zahlenmäßig starken deklassierten Bevölkerungsgruppe.

Das änderte sich erst im Zuge des eskalierenden Ost-West-Konflikts, als vor allem die USA in den Vertriebenen partiell nützliche Verbündete erkannten, deren Zustimmung zur Politik der Westbindung der Bundesrepublik leichter erreichbar schien, wenn man bei ihnen Hoffnungen auf eine mögliche Revision der Oder-Neiße-Linie bzw. einer Rückkehr in die alte Heimat nährte. Dies geschah erstmals in der bekannten Stuttgarter Rede des US-amerikanischen Außenministers James Francis Byrnes (1879-1972) am 6. September 1946.

Günstig wirkte sich für die Vertriebenen in Westdeutschland auch die immer weiter fortschreitende Demokratisierung aus, welche eine Aufrechterhaltung des Koalitionsverbots erschwerte, und die Tatsache, dass die Vertriebenen eine wichtige Wählergruppe waren, die weder die Besatzungsmächte noch die politischen Parteien einfach ignorieren konnten. 1949 entstanden zwei Dachorganisationen der Vertriebenen: Der Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD), der dem Modell einer „Vertriebenengewerkschaft“ mit föderativer Organisation und vorrangig sozialpolitischen Arbeitsschwerpunkten folgte, und die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL), seit 1952 Verband der Landsmannschaften (VdL). Dass die Bildung eines Einheitsverbandes unter dem Namen „Bund vertriebener Deutscher“ (BVD) knapp zehn Jahre lang nicht gelang, war sowohl eine Folge der verspäteten Gründung der Vertriebenenorganisationen als auch Ausdruck eines typischen, die Vertriebenenverbände bis heute kennzeichnenden Partikularismus, der die Bildung einer schlagkräftigen Organisation immer wieder behinderte.

Erst 1957/58 gelang vor dem Hintergrund massiver Mitgliederverluste des sich seit 1954 als BVD bezeichnenden ZvD die Bildung eines Gesamtverbandes unter dem Namen „Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV), welcher bis heute existiert. Dieser verfügte auf dem Höhepunkt seines Einflusses in den frühen 1960er Jahren über mehr als 2 Millionen Mitglieder und damit einen Organisationsgrad von knapp 25%, was ihm ermöglichte, hierin durchaus ähnlich den Gewerkschaften, in nicht unerheblichem Maße Einfluss auf die Politik des Bundes und die Programmatik der Parteien zu nehmen. Das Selbstverständnis des BdV war hierbei, nicht die partikularen Interessen einer bestimmten Klientel, sondern gesamtdeutsche, nationale Interessen, gleichsam stellvertretend für die Gesamtnation, wahrzunehmen.

Parteipolitisch waren der BdV und seine Vorläuferorganisationen trotz einer erkennbaren Affinität der Mehrheit seiner Mitglieder für die Unionsparteien neutral; scharf grenzten sie sich von links- wie rechtsextremen Parteien ab. Der wegen des alliierten Koalitionsverbots erst 1950 gegründete Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, später Gesamtdeutscher Block/BHE) konnte zwar in den 1950er Jahren einigen Einfluss gewinnen, doch gelang es ihm nicht, sich dauerhaft zu behaupten.

Die Vertriebenenverbände betrieben zeitweise eine äußerst effiziente Lobbypolitik. Ein wichtiger, wenn auch vielfach überschätzter Transmissionsriemen war hierbei das von 1949 bis 1969 existierende Bundesvertriebenenministerium. Bedeutsam war auch ihr erheblicher prozentualer Anteil an den Bundestagsfraktionen der beiden großen Volkparteien, auch wenn sich dieser Umstand nicht notwendigerweise in direkte politische Macht ummünzen ließ. In gewissem Sinne konterkariert und partiell überlagert wurde dieser zudem durch die Funktionsmechanismen der Parteiendemokratie. Im Konfliktfall galt die höhere Loyalität der Vertriebenenpolitiker in der Regel ihrer Partei.

Äußerst erfolgreich agierten die Vertriebenenverbände vor allem bei der Gesetzgebung zum Lastenausgleich, der größten sozialpolitischen Herausforderung der frühen Bundesrepublik. Die Vertriebenen waren gerade wegen ihrer schlechten sozialen Lage ein enorm flexibler und damit wirtschaftlich innovativer Bevölkerungszweig, der entscheidend zum Wirtschaftsaufschwung beitrug. Sie stellten der bundesdeutschen Volkswirtschaft dringend benötigte, qualifizierte und billige Arbeitskräfte zur Verfügung. Daraus resultierten natürlich drängende Forderungen im Hinblick auf eine gerechte Verteilung der Kriegsfolgenlasten mit dem Ziel eines Vermögensausgleichs zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Erst nach langem Ringen wurde in der ersten Legislaturperiode des Bundestags ein Kompromiss in dieser die innenpolitische Stabilität der Bundesrepublik in erheblichem Umfang tangierenden Frage gefunden. Hauptstreitpunkt war hierbei, inwieweit der individuelle Vermögensverlust entschädigt werden sollte. Konrad Adenauer sorgte schließlich für eine größere Gewichtung der quotalen Elemente im Lastenausgleichsgesetz (1952), die Vertriebenen bekamen eine individuelle Entschädigung, die proportional zum Schaden stand und zudem die vor 1945 sozial schwachen begünstigte. Aufgebracht wurden die notwendigen Summen durch die Lastenausgleichsabgabe der Besitzenden, die öffentliche Hand und durch Kredite und Darlehensrückflüsse. Beim Lastenausgleich handelt es sich um das bisher größte und immer noch nicht völlig abgeschlossene Umverteilungsprojekt der deutschen Geschichte (bisheriges Leistungsvolumen: mehr als 130 Mrd. DM). Dennoch dauerte es bis in die 1970er Jahre, bis die strukturellen Benachteiligungen der Vertriebenen und ihrer Nachkommen einigermaßen ausgeglichen waren. Weniger erfolgreich waren die Vertriebenenverbände dagegen auf dem Feld der so genannten Heimatpolitik, d.h. dem Ziel einer Rückkehr in die alte Heimat und, damit untrennbar verbunden, einer Revision der „Potsdamer Grenzen“ Deutschlands. Sie vermochten hier lediglich retardierend zu wirken und trugen dadurch nicht unerheblich dazu bei, dass die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren immer mehr in die Sackgasse geriet.

Die Integration der deutschen Vertriebenen gilt allgemein als Erfolgsgeschichte der frühen Bundesrepublik. Diese Einschätzung resultiert natürlich in nicht geringem Maße auf einem volkspädagogisch motivierten Hang zu ideali-

sierter und damit sinnstiftender Verklärung der Vergangenheit, weshalb man in diesem Zusammenhang auch von einem Mythos gesprochen hat. Vor einigen Jahren hat mein Kollege Andreas Kossert in seinem viel beachteten Buch „Kalte Heimat“ eindringlich auf die verdrängten Schattenseiten der Vertriebenenintegration hingewiesen, insbesondere auch die lange nachwirkenden Diskriminierungserfahrungen der „Neubürger“, die, wie erwähnt, zumeist wenig willkommen waren. Kulturelle, mentale und religiös-konfessionelle Unterschiede bildeten trotz der gemeinsamen deutschen Sprache geistige Barrieren, die erst allmählich überwunden wurden.

In gewisser Weise kann man hier auch von einer Art zweiten Nationsbildung sprechen; bereits Zeitgenossen wiesen Ende der 1950er Jahre darauf hin, dass aus Einheimischen und Vertriebenen ein neues Volk entstehe. Man wird bei aller Skepsis gegenüber Mythenbildungen kaum umhinkönnen, die unter anfangs schier unlösbar erscheinenden Schwierigkeiten vollzogene Eingliederungsleistung in der frühen Bundesrepublik als herausragend zu würdigen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es zu der praktizierten Eingliederungspolitik keine sinnvolle Alternative gab. Ein Offenhalten der durch die Vertreibung geschlagenen Wunde, etwa durch eine langfristige Unterbringung der Vertriebenen in Flüchtlingslagern nach dem Vorbild der Palästinenser mit all den damit verbundenen Gefahren einer politischen Radikalisierung der so Deklassierten, wäre aufgrund der ökonomischen Dynamik der frühen Bundesrepublik und des damit verbundenen Bedarfs an Arbeitskräften schon aus wohlverstandener Eigeninteresse der Einheimischen völlig widersinnig gewesen.

Assimilation und Repression - Die „Umsiedlerpolitik“ der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR

Wesentlich restriktiver als in den Westzonen war die sogenannte „Umsiedlerpolitik“ in der Sowjetzone bzw. der späteren DDR. Dort hatten in Relation zur Gesamtbevölkerung erheblich mehr Vertriebene Aufnahme gefunden. 1950 waren dies gut 4 Millionen Menschen, was etwa 25% der dortigen Bevölkerung entsprach; vor allem in Mecklenburg lag der Vertriebenenanteil in manchen Kreisen bei fast 50%. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des erheblichen Wählerpotentials der Vertriebenen in der SBZ konnten KPD und SED die daraus resultierenden Probleme, bei aller Vorsicht im Hinblick auf die sowjetische Besatzungsmacht und ihre polnischen und tschechoslowakischen Verbündeten, im Hinblick auf die noch einigermaßen freien Landtagswahlen von 1946 zunächst nicht ignorieren. Nachdem die SED deshalb anfangs noch vage Hoffnungen auf eine mögliche Grenzrevision geweckt hatte, musste diese Option angesichts des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts und der Notwendigkeit, die Nachbarstaaten der SBZ/DDR fest in den entstehenden Ostblock einzubinden, bald aufgegeben werden.

Es kam deshalb nun vorrangig darauf an, die Masse der Vertriebenen durch eine Kombination von staatlichen Hilfsangeboten und Zwang schnell zu assimilieren, was Traditionspflege und Selbstorganisation der Betroffenen, wie sie in Westdeutschland seit 1948 immer mehr möglich wurden, von selbst ausschloss. Im Hinblick auf frühe Soforthilfemaßnahmen war die SBZ in der Tat erheblich schneller als die Westzonen, dies wurde jedoch erkaufte mit der totalitären Durchdringung des Alltags der Betroffenen: So ordnete die sowjetische Besatzungsmacht bereits im Herbst 1946 eine einmalige „Umsiedlerunterstützung“ an, die bis 1949 (allerdings in alter Reichsmark) ausbezahlt wurde. Hinzu kamen äußerst restriktive Maßnahmen bei der Wohnraumbewirtschaftung, die die im Westen bei weitem übertrafen und erreichten, dass 1947 80% aller Vertriebenen eine, wenn auch meist dürftige, eigene Wohnung, in der Regel als Untermieter, hatten und damit nicht mehr im Lager leben mussten.

Bereits an diesem Beispiel zeigt sich das Bemühen der östlichen Machthaber, die Not der Vertriebenen als Vehikel für eine sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu nutzen. Noch deutlicher wurde dies bei der sogenannten Bodenreform, die durch die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes Umverteilungsmöglichkeiten zugunsten der heimatvertriebenen Bauern eröffnete; konkret wurden bis 1950 91.000 „Neubauernstellen“ geschaffen. 1950 verabschiedete die DDR in deutlichem Zusammenhang mit dem westdeutschen Soforthilfegesetz von 1949 das „Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“, welches vor allem Kredite zur Selbsthilfe gewährte. Die Kehrseite der „Umsiedlerpolitik“ der SBZ/DDR war, dass die vorrangig ideologisch motivierten Maßnahmen meist unzureichend waren; langfristig gelang es auch nicht ansatzweise, Bedingungen wie in der Bundesrepublik zu schaffen: So dauerte die Behebung des Wohnraummangels erheblich länger als in der Bundesrepublik, von der Qualität der Unterbringung ganz zu schweigen. Auch waren die Höfe der Neubauern in der Regel zu klein (acht Hektar) und damit langfristig unrentabel; dies war auch durchaus beabsichtigt, war doch die Bodenreform nur als Zwischenstation hin zu einer Zwangskollektivierung nach sowjetischem Vorbild gedacht.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass, anders als dies bis heute vielfach angenommen wird, weniger die Bodenreform die Integration der Vertriebenen in der DDR förderte, sondern die nach sowjetischem Vorbild forcierte Industrialisierungspolitik der 1950er Jahre sowie der sich immer mehr aufblähende staatliche Verwaltungsapparat. Die durch das objektiv vorhandene Wirtschaftswachstum, welches sich nach dem Mauerbau 1961 noch verstärkte, und den gewaltsamen Elitenaustausch erzeugte Aufbau- und Aufstiegsdynamik der frühen DDR-Gesellschaft leistete ebenfalls, jenseits aller praktizierten Repression, einen wichtigen Beitrag zur Integration der Vertriebenen, die diesen Prozess auch dort unumkehrbar machte. Dennoch zeigte sich im Systemwettbewerb mit der Bundesrepublik schnell, dass das westdeutsche Wirtschaftswunder Verteilungsspiel-

räume zugunsten der Vertriebenen eröffnete, die die SBZ/DDR weder mittel- noch langfristig besaß. Mein Berliner Kollege Michael Schwartz hat nachgewiesen, dass die DDR-„Umsiedlerpolitik“ trotz des hohen Stellenwerts von Umverteilungsmaßnahmen im Ergebnis keineswegs zu mehr innergesellschaftlicher Gleichheit führte, sondern im Gegenteil eine weitreichende soziale Differenzierung begünstigte. Folglich war der Anteil der Vertriebenen an den Flüchtlingen aus der DDR in den Westen signifikant hoch, insgesamt kehrten 900.000 von ihnen dem zweiten deutschen Staat bis 1961 den Rücken, das entspricht etwa einem Drittel aller „Sowjetzonenflüchtlinge“ und fast einem Viertel aller Vertriebenen, die in der SBZ/DDR lebten. Vergleichbar mit der Situation im Westen war die Ablehnung, die den Vertriebenen von Seiten der Einheimischen entgegenschlug; von echter nationaler Solidarität konnte in der DDR ebenfalls nicht die Rede sein.

Je mehr sich in der SBZ/DDR die Diktatur verfestigte und je weniger man deshalb auf die speziellen Interessen der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen brauchte, desto offensichtlicher zielte die Politik der SED auf die völlige Assimilierung der Vertriebenen. So wurde 1948 erstmals die erfolgreiche „Lösung des Umsiedlerproblems“ verkündet. Die 1945 gegründeten Umsiedlersonderverwaltungen der Zone und in den Ländern – die in organisatorischer Hinsicht ein Pendant zu entsprechenden Einrichtungen in Westdeutschland darstellten – wurden 1948/49 aufgelöst. Dennoch bedeutete dies zunächst nicht das völlige Ende der Vertriebenenpolitik in der SBZ; vielmehr reichten die seit 1945 entstandenen einschlägigen Netzwerke weit hinein in die Arbeits-, Sozial- und Agrarverwaltungen sowie die Institutionen der Wirtschaftsverwaltungen. Wichtig waren trotz der dominierenden Rolle der SED auch die Blockparteien CDU und LDP, die Staatsgewerkschaft FDGB, die „Volkssolidarität“ und die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“. Innerhalb dieser Netzwerke gab es bei aller Gängelung und Überwachung durch den entstehenden totalitären Staat bis in die 1950er Jahre hinein Raum für eigenständige Initiativen der Vertriebenen. Allerdings sollten nach dem Willen der Ost-Berliner Führung die Vertriebenen nicht mehr als eigenständige soziale Gruppe angesehen bzw. wahrgenommen werden, sie verschwanden deshalb 1949 aus den staatlichen Statistiken, seit 1950 durfte nur noch von „ehemaligen Umsiedlern“ gesprochen werden. 1952/53 wurde die endgültige „Lösung der Umsiedlerfrage“ propagiert, was zur Folge hatte, dass die Vertriebenen staatlicherseits als endgültig integriert galten.

Damit einher ging der Versuch der kollektiven Auslöschung der Erinnerung an den Vertreibungsvorgang überhaupt: Die deutschen Namen der Herkunftsgebiete, Städte und Dörfer durften nicht mehr verwendet werden und wurden sogar in den Personaldokumenten entsprechend verändert. Die Vertreibung wurde zunächst als gerechte Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus entschuldigt und schließlich, mit zunehmendem zeitlichem Abstand, in ihren Dimensionen schlichtweg geleugnet bzw. eine Debatte darüber obrigkeitlich unterbunden.

Dem dienten auch die Verträge mit Polen (Görlitzer Vertrag, 6. Juni 1950) und der Tschechoslowakei (23. Juni 1950), in denen nicht nur die Grenzen anerkannt, sondern darüber hinaus die Vertreibung auch als unabänderlich und gerecht definiert wurde.

Das Koalitionsverbot für Vertriebene behielt die SBZ/DDR konsequent bei und unterband nach 1949 auch mit allen Mitteln des repressiven Obrigkeitsstaats Versuche der westdeutschen Vertriebenenverbände, sich auf das Territorium der DDR auszudehnen. Dennoch konnte nicht völlig verhindert werden, dass sich Vertriebene rudimentär organisierten. Doch waren dies Ausnahmen, die keineswegs verallgemeinerungsfähig sind. Bestehende geheime Kontakte von Vertriebenen in der SBZ/DDR zu den westdeutschen Vertriebenenverbänden konnten allerdings trotz aller Repression wirksam erst seit dem Mauerbau unterbunden werden. Vor allem die christlichen Kirchen blieben auch danach Schutzräume für oft landsmannschaftlich orientierte Gruppen, dies nicht zuletzt auch deshalb, weil es auf dem Boden der DDR die evangelischen (Rest-) Landeskirchen Pommerns und Schlesiens gab, die immerhin bis 1968 an ihren Namen festhielten. Doch auch viele heimatvertriebene Katholiken fanden in ihren Kirchengemeinden eine Ersatzheimat, entstanden im protestantischen Mitteldeutschland doch viele katholische Gemeinden neu als Folge der Vertreibung. Auch viele katholische Geistliche bis hin zu Bischöfen waren in der DDR Vertriebene, etwa die Berliner Bischöfe Joachim Meisner und Georg Sterzinsky, die Dresdener Bischöfe Gerhard Schaffran und Joachim Reinelt, die Görlitzer Administratoren bzw. Bischöfe Ferdinand Piontek, Bernhard Huhn und Rudolf Müller sowie der Erfurter Administrator und Bischof Joachim Wanke.

Vertriebenenintegration wider Willen - der Fall Österreich

Die Situation der Vertriebenen in Österreich unterschied sich von der in den beiden deutschen Staaten neben der vergleichsweise geringeren Anzahl der Betroffenen vor allem dadurch, dass die Ankommenden als Ausländer, konkret als Staatenlose bzw. Angehörige eines Feindstaates behandelt wurden. Daraus resultierte, dass die Vertriebenen weder Anspruch auf bevorzugte Fürsorge des Staates hatten, noch wahlberechtigt waren, was wiederum dazu führte, dass die Regierungsparteien der unmittelbaren Nachkriegszeit ÖVP, SPÖ und KPÖ kein gesteigertes Interesse daran zeigten, sich der Betroffenen anzunehmen. Diese Haltung war zum einen eine Folge der konsequent zu Ende gedachten Opfer- bzw. Okkupationstheorie, die Österreich von jeder Mitverantwortung für die Politik des Dritten Reiches und den daraus resultierenden Folgen freisprach. Zum anderen beriefen sich die ersten österreichischen Nachkriegsregierungen auch auf den Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, der die Überführung der Vertriebenen aus „Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn“ eben nach Deutschland vorsah. Dieser Auffassung schlossen sich im September 1945 sowohl der Alliierte Rat für Österreich als auch im November 1945 der Alliierte

Kontrollrat für Deutschland im Prinzip an. Nicht erwähnt waren bei diesen Beschlüssen allerdings Jugoslawien und Rumänien, woher große Teile der Vertriebenen in Österreich stammten. Insgesamt wurden in den Jahren 1945 und 1946 mehr als 160.000 Vertriebene aus Österreich in die deutschen Westzonen umgesiedelt, am konsequentesten ging hierbei die sowjetische Besatzungsmacht vor. Die auf diese Weise erzielte Reduktion wurde allerdings wieder weitgehend ausgeglichen durch das anhaltende Einströmen von 124.000 Vertriebenen aus Ostmitteleuropa nach Österreich, so dass sich 1950 insgesamt noch ca. 300.000 Vertriebene in Österreich befanden.

Die meisten Vertriebenen lebten, anders als anfangs in Deutschland, in Westösterreich, vor allem in der amerikanischen Besatzungszone bzw. den Bundesländern Salzburg und Oberösterreich; es folgten die Vierzonenstadt Wien, die britische, die sowjetische und die französische Zone. Was die Herkunftsgebiete der nach den Umsiedlungsaktionen der späten 1940er Jahre in Österreich verbliebenen Vertriebenen anbelangt, so stammte die überwiegende Mehrheit aus Gebieten, die bis 1918 zur Habsburgermonarchie gehört hatten, die stärksten Gruppen bildeten die Sudetendeutschen und die Donauschwaben.

Die Distanzierung der österreichischen Nachkriegsregierungen von den Vertriebenen steht in einem ausfälligen Gegensatz zu der Tatsache, dass viele Angehörige der österreichischen Eliten aus den Vertreibungsgebieten stammten, so etwa der erste Nachkriegsstaatskanzler Karl Renner (geboren in Untertannowitz, heute Dolní Dunajovice in Südmähren), ferner der in Nikolsburg (heute Mikulov) in Südmähren geborene SPÖ-Vorsitzende (1945-1957) und spätere Bundespräsident (1957-1965) Adolf Schärf (1890-1965) und der aus dem böhmischen Weipert (heute Vejprty, bei Komotau) stammende Wiener Erzbischof (1932-1955) Theodor Kardinal Innitzer (1875-1955). Aus Böhmen und Mähren stammten übrigens, wenn man die Migrationsströme innerhalb der Habsburgermonarchie seit dem späten 19. Jahrhundert berücksichtigt, insgesamt etwa ein Fünftel der Nachkriegsösterreicher.

Zuständig für die Vertriebenen war das Wiener Bundesinnenministerium, konkret die dort seit 1946 angesiedelte „Umsiedlungsstelle“. Zuständiger Minister war zwischen 1945 und 1959 der langjährige stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Oskar Helmer. Als Folge der beschriebenen Abwehrhaltung gegenüber den Vertriebenen dauerten die Eingliederungsanstrengungen in Österreich erheblich länger als in Deutschland und fielen materiell schlechter als in der Bundesrepublik aus. Dies hing vor allem damit zusammen, dass die Zweite Republik als Folge der konsequent angewandten Okkupationstheorie nicht bereit war, Verantwortung für die Folgen der Politik des Dritten Reiches zu übernehmen und daraus auch ihre Nichtzuständigkeit für Eingliederungs- und Entschädigungsfragen ableitete. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde von einheimischen Politikern aller Parteien auch populistisch auf die angebliche Kollektivschuld der Vertriebenen an ihrem Schicksal hingewiesen. Hinzu kommt, dass die österrei-

chischen Politiker vor dem Hintergrund der Staatsvertrags-Frage lavierten, weil primäres Ziel die Rückgewinnung der staatlichen Souveränität war. Dennoch drehte sich allmählich der Wind, was sich auch daran zeigt, dass ÖVP und SPÖ bereits 1949 Vertriebenenreferate eingerichtet hatten, die es den Betroffenen ermöglichen sollte, ihre Forderungen an die Parteien heranzutragen.

Richtig in Gang kamen die Integrationsmaßnahmen aber erst, als Anfang der 1950er Jahre klar geworden war, dass es eine Lösung der Vertriebenenfrage durch Auswanderung nicht geben würde. Vorangetrieben wurden sie auch durch die Marshallplan-Hilfen und die Eröffnung einer Vertretung des 1951 gegründeten UN-Hochkommissariats für die Flüchtlinge in Wien noch im gleichen Jahr. Die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnete Österreich 1951, allerdings trat diese erst 1955 endgültig in Kraft. Es folgte zwischen 1951 bis 1957 eine allmähliche Rechtsangleichung für die Vertriebenen in wirtschaftlich-beruflicher und sozialer Hinsicht durch acht Gleichstellungsgesetze gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. 1953 traten zwei Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland in Kraft; das sogenannte Gmundener Abkommen vom 27. April 1953 regelte die Versorgung der Beamten. Erst Anfang der 1960er Jahre wurde die Entschädigungsfrage nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichsgesetzes geregelt, wobei die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Bad Kreuznacher Vertrages vom 27. November 1961 in erheblichem Umfang Finanzmittel beisteuerte. Die Leistungen an die Vertriebenen waren in Österreich zwar niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland, aber höher als in der DDR und besser als sie jemals in der alten Heimat gewesen wären. Forciert wurde nach 1950 auch die Einbürgerung der Vertriebenen. Dass die Einbürgerung schleppend verlief, war auch eine Folge des Proporzsystems in der frühen Zweiten Republik. Die beiden seit 1947 in einer Großen Koalition verbundenen und seit 1953 ungefähr gleich starken Volksparteien ÖVP und SPÖ wachten eifersüchtig darüber, dass sich nicht durch gezielte Einbürgerungen das Wählerpotential des jeweils anderen über Gebühr vergrößerte bzw. das seit 1949 wieder zugelassene oppositionelle nationalfreiheitliche „Dritte Lager“ (VDU, FPÖ) gestärkt wurde. Erst Ende der 1950er Jahre wurden die Einbürgerungen endgültig abgeschlossen.

Seit den frühen 1950er Jahren gelang es den Vertriebenen auch zunehmend, sich zu organisieren. Ähnlich wie in Deutschland setzte auch in Österreich die sowjetische Besatzungsmacht derartigen Bestrebungen den größten Widerstand entgegen, war aber vergleichsweise weniger erfolgreich. Begünstigt wurden entsprechende Unterdrückungsbestrebungen anfangs vor allem durch das nach wie vor gültige Vereinsgesetz der Habsburgermonarchie von 1867, welches Ausländern das Koalitionsrecht verweigerte. Erst nachdem dieses 1947 geändert worden war, konnten sich zumindest in den westlichen Zonen Österreichs allmählich offiziell landsmannschaftliche Organisationen bilden: Am 6. April 1952 entstand in Linz die Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft (DAG), am 7. Juli

1954 in Wien die Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreichs (SLÖ). Weiterhin gründeten sich noch Landsmannschaften der Bukowiner, der Gottscheer, der Untersteirer, der Karpathendeutschen und der Siebenbürger Sachsen. Ähnlich wie in Westdeutschland existierten auch in Österreich spezielle Presseorgane für Vertriebene. Die österreichischen Landsmannschaften schlossen sich am 11. September 1954 zur „Arbeitsgemeinschaft volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs“ (VLÖ) zusammen, einer Art Pendant zum deutschen BdV. Heute heißt diese Organisation „Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)“. Bemerkenswert ist, dass der heutige Name den inklusiven Begriff „altösterreichisch“ verwendet, was nach 1945 noch vermieden wurde und die bisherige Selbstbezeichnung als „volksdeutsch“ verschwunden ist.

Im Vergleich zu den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik war die Position der österreichischen Vertriebenenverbände in der Zweiten Republik recht schwach. Dafür gibt es mehrere Gründe: Erstens war der Anteil der Vertriebenen, wie erwähnt, deutlich geringer als in Westdeutschland und anfangs mangels Staatsbürgerschaft und Wahlrecht zudem politisch kaum relevant. Zweitens konnten heimatpolitische Zielsetzung vor dem Hintergrund der Besatzung bis 1955 und des Staatsvertrages seither, wenn überhaupt, dann nur verhalten vertreten werden; im Hinblick auf die Eingliederungs- und Entschädigungsfrage prallten die Forderungen immer wieder an der Logik der Okkupationstheorie ab. Hinzu kamen drittens die spezifischen Gesetzmäßigkeiten der großkoalitionären Wiener Proporzdemokratie: Da ÖVP und SPÖ bis 1966 die Macht miteinander teilten, entfiel weitgehend die in der frühen Bundesrepublik von den Vertriebenenverbänden durchaus mit Erfolg betriebene Strategie, ihr Wählerpotential bei den großen Volksparteien in politischen Einfluss umzumünzen; ÖVP und SPÖ konnten es sich im Grunde leisten, die Vertriebenenlobbyisten „im Vorzimmer abzufertigen“, so Ende der 1970er Jahre Edmund Krivachy, der von 1962 bis 1968 Generalsekretär der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft war. Die in der frühen Zweiten Republik isolierte FPÖ konnte zwar offenbar in begrenztem Umfang unzufriedene Vertriebene für sich gewinnen, doch war Breitenwirkung bzw. echter politischer Einfluss auf diese Weise nicht zu erzielen. Die österreichischen Landsmannschaften waren bei aller vorhandenen Integrationsbereitschaft im Hinblick auf die neue, gegenüber Deutschland auf Distanz bedachte, kleinösterreichisch-nationalstaatliche Staatsraison der zweiten Republik insofern ein gewisser Fremdkörper, als sie natürlich Kontakte zu ihren entsprechenden Schwesterorganisationen in der Bundesrepublik unterhielten und damit einen gewissen Restbestand der früheren, nunmehr diskreditierten großdeutschen Idee verkörperten.

Umso bemerkenswerter ist es, dass vom 15. bis 18. Mai 1959 unter dem Motto „Für Heimat und Selbstbestimmungsrecht!“ in Wien, trotz Protesten des Ostblocks, aber auch kritischen Nachfragen z.B. der französischen Regierung in

Bonn, der 10. Sudetendeutsche Tag stattfinden konnte, an dem ca. 350.000 Teilnehmer, davon 70.000 aus Österreich, teilnahmen. Die Veranstaltung war auf Antrag der SLÖ vom österreichischen Ministerrat gebilligt worden. Es handelte sich bei diesem ersten großen Vertriebenentreffen der österreichischen Nachkriegsgeschichte um die größte Wiener Massenkundgebung seit dem Anschluss Österreichs 1938. Die Veranstaltung war zudem die erste gemeinsame Großkundgebung von österreichischen und deutschen Staatsbürgern seit der Errichtung der Zweiten Republik. Bemerkenswert ist, dass (wie 1938) der Heldenplatz vor der Hofburg als repräsentative Kulisse diente. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten stellte die Verleihung der beiden höchsten Auszeichnungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft an zwei hohe Repräsentanten der Republik Österreich dar: Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) und Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) nahmen, streng nach Proporz, den Karlspreis bzw. den Ehrenbrief entgegen. In gewisser Weise stellte der Wiener Sudetendeutsche Tag des Jahres 1959 für die Vertriebenen in Österreich so etwas wie den Abschluss der Nachkriegszeit dar. Auch wenn sich die Republik Österreich weiterhin schwer tat mit ihrer deutschen Vergangenheit, so waren die Vertriebenen nun auch dort wirklich angekommen. 1977 und 1983 fanden dann weitere Sudetendeutsche Tage in Wien unter dem Motto „Das Erbe erhalten – die Zukunft gestalten!“ bzw. „Recht wahren – Brücke sein!“ statt. 1977 nahmen noch ca. 180.000 Menschen an dieser Großveranstaltung teil.

Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der österreichische Weg der Vertriebenenintegration gleichsam als dritter Weg zwischen den beiden deutschen Staaten beschrieben werden kann, welcher sich von der DDR vor allem deswegen unterschied, weil Österreich eine Demokratie war, von der Bundesrepublik indes, weil die Wiener Bundesregierung bei ihrer Vertriebenenpolitik Rücksicht auf die Besatzungsmächte, insbesondere auf die Sowjetunion nehmen musste, welche bis 1955 im Lande standen und ihre Vertriebenenpolitik zudem in Einklang bringen musste mit der neuen „kleinösterreichischen“ Staatsraison, die eine deutliche Abgrenzung von den „Volksdeutschen“ erforderlich machte. Betrachtet man die drei Wege der Vertriebenenintegration in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich im Hinblick auf Fragen der Erinnerungskultur, so wird deutlich, dass es lediglich in der Bundesrepublik eine Art positiv konnotierte Meistererzählung mit dem Focus auf eine erfolgreiche Vertriebenenintegration gibt. Dieser Mythos überlagerte allmählich die Erinnerung an die dunklen Seiten der Vertriebenenintegration

In der DDR wie auch in Österreich wurde die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration im öffentlichen Erinnern und auch in der historischen Forschung dagegen mehr oder weniger tabuisiert bzw. als randständiges Thema behandelt. In beiden Staaten verbanden sich zudem Vorstellungen

von der Unerwünschtheit und Fremdheit der Neuankömmlinge mit dem anfänglichen Anspruch nach deren Entfernung bzw., als dies nicht möglich war, mit der Forderung nach unbedingter Anpassung und Assimilierung in die Aufnahmegesellschaft. Ich frage mich, ob die unterschiedliche Reaktion in der westlichen Bundesrepublik, in den neuen Ländern und Österreich auf die Herausforderungen, die mit den aktuellen Problemen der Flüchtlingsintegration verbunden sind, nicht auch etwas mit diesen unterschiedlichen Erfahrungen bzw. der unterschiedlichen kollektiven Verarbeitung dieser Erfahrungen zu tun hat. Doch dies ist ein anderes Thema.

Literaturhinweise

- Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen, München 2011
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008
- Perzi, Niklas: Flüchtlinge und Vertriebene in der Republik Österreich, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015 (<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/fluechtlinge-und-vertriebene-in-der-republik-oesterreich>)
- Radspieler, Tony: The Ethnic German Refugees in Austria 1945-1954, Den Haag 1955
- Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004
- Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ - Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 46), Düsseldorf 2004
- Stickler, Matthias: Vertriebenenintegration in Österreich und Deutschland - ein Vergleich, in: Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Gehler, Michael und Böhler, Ingrid Hrsg., Innsbruck 2007: S. 416-435

Heimat! – Heimat?

Das Sudetendeutsche Museum in München öffnete seine Pforten¹

CHRISTINA MEINUSCH²

"1000 Jahre Geschichte in 1000 Objekten auf 1000 Quadratmetern", so steht es im Flyer des neuen Sudetendeutschen Museums in München. In direkter Verbindung zum Sudetendeutschen Haus in der Hochstraße - in unmittelbarer Nähe des Deutschen Museums und des Kulturzentrums Gasteig - schließt sich der Neubau aus Stein, Metall und Glas an. Mit seiner modernen Architektur ist das Gebäude ein echter Blickfang. Es wurde vom Freistaat Bayern mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland errichtet; für die Ausstattung und den künftigen Betrieb zeichnet die Sudetendeutsche Stiftung verantwortlich.

Leuchtend und von außen sichtbar ein Zitat von Václav Havel aus seiner Rede am 24. April 1997 im Deutschen Bundestag: „Nichts Geringeres und nichts Größeres als das Erlebnis namens Heimat“. Dieses Zitat am Eingang in das Museum deutet an: Das Thema Heimat ist ein roter Faden, der sich konsequent durch die fünf Ebenen der Sammlung zieht. Der Rundgang durch die Geschichte der Sudetendeutschen beginnt in der obersten der fünf Ausstellungsetagen, die bequem über einen Aufzug erreichbar ist. Hier verbinden sich für den Besucher die „neue Heimat“ durch den weiten Blick über die Münchner Altstadt mit der „alten Heimat“ durch das erste Exponat der Ausstellung: Eine wandfüllende Reproduktion der „Regina Europa“. Eine Landkarte Europas in Form einer Königin aus der frühen Neuzeit mit Böhmen als Herz. Nimmt man sich Zeit, diese Karte oder das kleine Original in einer Vitrine zu betrachten, wird man von einer Klangdusche berieselt, bestehend aus den verschiedenen Sprachen und Dialekten, die im Sudetenland gesprochen wurden. Auf das Thema eingestimmt macht sich der Besucher entlang eines Zeitstrahls auf den Weg, sudetendeutsche Geschichte zu erkunden. Schlaglichter der Vorgeschichte der Sudetendeutschen führen auf einen „Dorfplatz“, um den die Heimatlandschaften mit je einem exemplarischen Exponat vertreten sind.

„Heimat und Glaube“

Anschließend betrachtet der Bereich „Heimat und Glaube“ die Religionen in den Sudetenländern. Ein Thema, welches den Alltag und die Lebenswelt (nicht nur) der Sudetendeutschen stark bestimmte. Die Besonderheiten des katholischen, evangelischen und jüdischen Lebens sowie religiöses Brauchtum werden thematisiert. Vertiefend zu diesem Themengebiet steht ein interaktives Medienangebot zur Verfügung. Auf einem Touchscreen kann man sich zum Beispiel die verschiedenen Klöster anzeigen lassen und erfährt, zu welchem Bistum die einzelnen Heimatorte gehörten oder welche Wallfahrtsorte ihre Umgebung prägten.

¹ Manuskript zu dem geplanten Vortrag für die Winterwoche 2020/21, die pandemiebedingt ausfallen musste

² Christina Meinus M.A. ist Heimatpflegerin der Sudetendeutschen Landsmannschaft (meinusch@sudeten.de)

In den Vitrinen befindet sich eine Vielzahl von Ausstellungsstücken zu religiösem Brauchtum, wie man sie in den Heimatmuseen und -stuben findet: Andachtsbildchen von verschiedenen Wallfahrtsorten, ein Wachsstock, eine Karfreitags-Klapper oder eine Rute für die Osterzeit („Schmeckoster“). Auf die Weihnachtszeit stimmen eine filigran gestaltete Krippe aus Königsberg an der Eger und ein geschmückter Weihnachtsbaum mit handgefertigtem Glasschmuck aus Gablonz an der Neiße ein. Eine weitere Vitrine birgt eine große Sammlung verschiedenster Gebetbücher aus unterschiedlichen Verlagen, wie man sie ebenfalls im Heimatmuseum findet. An der großen Anzahl der ausgestellten Bücher zeigt sich, wie wichtig während der Zeit des Verlusts der Heimat der geistliche Beistand war. Mit Gottes Hilfe stand man die schwierige Zeit durch. Hier ist auch eines der interessantesten Ausstellungsstücke zu entdecken: ein winziger Koran mit Lupe, erschienen um 1900 im Verlag Steinbrenner in Winterberg in Südböhmen.

„Wirtschaft und Kultur“

Wirft man von hier einen Blick auf die nächste Ausstellungsebene, bekommt man einen Vorgeschmack auf das folgende Thema „Wirtschaft und Kultur“. Vor einem wandfüllenden Gemälde von Gustav Zindel mit einer Darstellung von Kaiser Franz Joseph, unter einem Kronleuchter, stehen Möbel aus Bugholz, wie man sie aus den Wiener Kaffeehäusern kennt – hergestellt im Sudetenland. In informativen Texten werden hier die wichtigsten Bereiche sudetendeutscher Wirtschaft vorgestellt. Die reiche Unternehmenslandschaft zeigt sich unter anderem an Beispielen aus der Textilindustrie, der chemischen Industrie oder dem Instrumentenbau. Spannend sind hier die vielfältigen Exponate. Es finden sich spitzenbesetzte Feinstrümpfe der Marke Kunert ebenso wie Muster aus der Textilindustrie. Ein Gartenzwerg aus Aussig mit Schürze, Zipfelmütze und einer Pfeife im Mundwinkel macht die sudetendeutsche Prägung der Vorgärten bis heute sichtbar. Ebenfalls bekannt und beliebt sind die Karlsbader Oblaten.

In einer Vitrine wird neben historischen Verpackungen ein Oblateneisen gezeigt. Hier sieht man, dass viele Firmen nach der Vertreibung in der „neuen Heimat“ mit ihren Produkten erfolgreich waren. Eine echte Museumsperle ist das Motorrad der Marke Böhmerland. Es verfügt über drei Sitze, die man durch einen weiteren Sitz, den man am rückwärtigen Ende des Motorrads anbrachte, erweitern konnte. Zusätzlich konnte man zu diesem Modell einen Beiwagen erwerben. Dem Familienausflug auf dem „motorisierten Dackel“ stand nichts mehr im Wege. In den Vitrinen findet man aber beispielsweise auch das Arbeitsbuch eines Bäckergehilfen aus Trautenau mit einer Bestätigung, dass er im Jahr 1904 in Halbstadt im Braunauer Ländchen gearbeitet hat, oder eine Schutzmarke der „Fa. Benedict Schroll's Sohn“ in Braunau, einem der größten Textilbetriebe vor der Vertreibung in Böhmen.

Die sudetendeutsche Kultur wird mit ihrem bunten Vereinsleben, der Sprache, der Musik und den vielen Theatern in der Region sichtbar. An einer interaktiven Medienstation kann man sich in das Thema versenken und zum Beispiel die Theater in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien anzeigen lassen.

„Nationalismus und Nationalstaat“

Ernster wird es auf der nächsten Ebene, die sich mit „Nationalismus und Nationalstaat“ beschäftigt. Obwohl sich das Museum deutlich mit einem kulturgeschichtlichen Schwerpunkt mit der Geschichte der Sudetendeutschen auseinandersetzt, wird es in diesem Bereich zwangsläufig politisch. Um die folgenden historischen Entwicklungen bis hin zur Vertreibung nachvollziehen zu können, muss ein Schlaglicht auf den politischen Entwicklungen liegen, die dem Verlust der Heimat vorausgehen. Zwei Fahrräder fahren in diesem Themenkomplex symbolisch in unterschiedliche Richtungen: Das Fahrrad der Marke Sudetenstolz Modell „Germania“ deutet in Richtung Nationalsozialismus. Das Fahrrad Modell „Slavia“ deutet in eine andere Richtung. Die Konflikte zwischen den verschiedenen Nationen eskalierten in den 1930er Jahren und fanden einen ersten Tiefpunkt im Münchner Abkommen von 1938 mit der Trennung der deutschen und tschechischen Bevölkerungsgruppen durch eine Verschiebung der Grenzen.

„Verlust und Vertreibung“

Der zweite Tiefpunkt, die Verschiebung der Menschen durch die massenhafte Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Sudetenland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ist Thema der vierten Ebene: „Verlust und Vertreibung“. Hier sitzen zu Beginn „Die Großen Drei“ – Winston Churchill, Harry S. Truman, Josef Stalin – auf ihren Stühlen im Garten des Potsdamer Schlosses. Ihr Blick wird auf eine stimmungsschwere Installation verschiedener Gegenstände gelenkt, die bei der Vertreibung mitgenommen wurden. Neben Utensilien wie Rucksäcken, Karren oder Leiterwägen ist die Puppe Ingrid ausgestellt, mitgenommen auf dem Brünner Todesmarsch von einem fünfjährigen Mädchen, welches heute als Zeitzeugin ihre Geschichte erzählt. Bilder und Erzählungen werden neben der Installation an die Wand projiziert, ebenso wie der Gegenstand, von dem die Erzählung handelt. Für jeden Gegenstand dieser Inszenierung gibt es eine solche Geschichte. Weitere Ausstellungsstücke dokumentieren die Bürokratie der Vertreibung: Ausweisungsplakate, Ausweisungsbefehle, Transportverzeichnisse. Die mit den Buchstaben N oder P gestempelten weißen Armbinden sind ausgestellt, historische Fotos zeigen ihre Träger. An einem interaktiven Medientisch kann man sich Internierungslager, Sammellager und Bahnhöfe im Sudetenland anzeigen lassen. Wählt man z.B. Halbstadt mit seinem riesigen Bahnhof, dann kann man nachlesen, dass von dort 20 Ausweisungstransporte

wegführten. Elf fuhren in die amerikanische und neun in die sowjetische Besatzungszone. Einen speziellen Transport mit „Antifaschisten“ gab es ebenfalls von Halbstadt aus. „Summe transportierte Personen: 11.925“.

„Nachkriegszeit und Neubeginn“

Den Abschluss der Ausstellung bilden „Nachkriegszeit und Neubeginn“. Die Nachkriegszeit, für die meisten Sudetendeutschen die Zeit nach der Vertreibung, zeigt sich auf der untersten Ebene der Ausstellung vielschichtig. Es wird das problematische Zusammenfinden von alteingesessener Bevölkerung in den deutschen Aufnahmegebieten und den Flüchtlingen bzw. Heimatvertriebenen geschildert. Unterschiede des Ankommens in den westlichen Besatzungszonen und in der sowjetischen Besatzungszone werden thematisiert. Großformatige Bilder mit Zitaten von Zeitzeugen verdeutlichen punktuell Ereignisse der Nachkriegszeit. Vitrinen in Form von Bausteinen aus Holz und Glas erzählen von Heimatküche, Heimatbildern, Heimatzeitschriften, Heimatreisen und den Versuchen der Heimatvertriebenen, in der „alten Heimat“ mitzuwirken. Als Beispiel für die Partnerschaften deutscher Städte über die sudetendeutschen Heimatvertriebenen und deren Wiederannäherung mit den Heimatorten in Tschechien sind in diesem Bereich die deutschen und tschechischen Originale der Urkunden der „Vereinbarung zwischen den Städten Broumov / Braunau ... und Forchheim ... zum Zwecke einer näheren Zusammenarbeit mit dem Ziele der Begründung einer Städtepartnerschaft“ ausgestellt.

„Modern, multimedial und barrierefrei“

Auf dieser untersten Ebene enden die 1000 Jahre Geschichte, die in 1000 Objekten auf 1000 Quadratmetern gezeigt werden. Modern, multimedial und vor allem barrierefrei ist das Sudetendeutsche Museum geworden:

- barrierefrei im Sinne einer tastbaren Leitspur für sehbehinderte Besucher, die durch das Museum führt, oder von Taststationen mit z. B. einer Mohnmühle zum Anfassen;
- barrierefrei durch Medientische, die für Rollstuhlfahrer erreichbar und benutzbar sind, oder einen Fahrstuhl, der durch alle Ausstellungsebenen führt;
- barrierefrei im Sinne von Sprache. Alle Texte sind auf Deutsch, Tschechisch und Englisch zu lesen;
- barrierefrei im Sinne von Meinung und Dialog, da das Museum nicht wertet, sondern zeigt. Durch diesen Ansatz kann das Museum den Weg für eine Verständigung zwischen den Völkern erleichtern und damit zur Verständigung sowie möglichst zur Versöhnung beitragen.

Abschließend spannend wird der Vergleich des hier vorgestellten Sudetendeutschen Museums in München und dem „Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens“ in Aussig an der Elbe, das im Oktober 2021 eröffnet wurde.

Beide Projekte zusammen haben das Potenzial, eine echte Brücke zwischen Deutschen und Tschechen zu bauen und die Auseinandersetzung mit einem zentralen Thema europäischer Geschichte zu ermöglichen.

Krieg, Flucht und Vertreibung: Zum Umgang mit den Erinnerungen unserer Eltern und Großeltern¹

HELMUT MADER²

1. Relevanz des Themas

Im 2021 eröffneten Sudetendeutschen Museum in München steht auf einer kleinen Tafel: „Viele Vertriebene erzählten häufig und ausführlich von ihrer verlorenen Heimat, von Krieg und Vertreibung. Andere schwiegen lebenslang. Bei ihren Kindern konnten detaillierte Erzählungen ein intensives Heimatgefühl erzeugen, das sogar zu einem aktiven Engagement im heutigen Tschechien führte. Andere fühlten sich durch die immer gleichen Geschichten und sehnsüchtigen Erinnerungen erdrückt und reagierten mit Ablehnung. Auch das Nichterzählen der Eltern konnte belasten ... Unbewusst übertrugen Heimatvertriebene Ängste und Traumata auf ihre Kinder, die bis in die Enkelgeneration nachwirken können...“ Damit ist ein komplexes Thema im Museumsbereich angekommen, das in den letzten Jahren zwar zunehmend Aufmerksamkeit erfahren hat, jedoch längst noch nicht zum gewussten und bewussten Allgemeingut zählt. Es zielt auf die Frage ab, ob - und wenn ja, wie - die Kinder- und Enkelgeneration derer, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, von den Erinnerungen an belastende Ereignisse sowie deren Auswirkungen selbst betroffen ist. In diesem Aufsatz wird versucht, Grundlinien aufzuzeigen³.

Forschungsergebnisse aus Psychologie und Humangenetik bestätigen inzwischen in der Tat, dass sich unverarbeitete „Erinnerungen“ der Vorläufergeneration auch auf Nachfolgenerationen auswirken können. Die Betonung liegt auf „können“ – es gibt keine Automatik. Die Relevanz besteht darin, dass durch den Hinweis auf Zusammenhänge zwischen den Generationen und damit möglicherweise einhergehende transgenerationale Phänomene ein Schlüssel gefunden werden kann, um vorhandene Unstimmigkeiten, Brüche oder Schwierigkeiten in der eigenen Biographie der Nachkommen zu deuten. Andererseits hat die besondere Familiengeschichte möglicherweise auch besondere Ressourcen entstehen lassen, die eine Bereicherung für das eigene Leben und die Arbeit an der Gesellschaft sein können⁴. Es geht also nicht nur um das Belastende, sondern auch um erhöhte Widerstandsfähigkeit und positiv-gestaltende Faktoren. Allein diese Aspekte verleihen dem Thema seine Aktualität über das historische Geschehen hinaus.

¹ Manuskript zu dem Vortrag, der am 07. November 2021 auf dem Herbstseminar des Arbeitskreises Sudetendeutscher Akademiker e.V. (ASA) gehalten wurde

² Helmut Mader war langjähriger Vorsitzender des ASA (mdh_mail@posteo.net)

³ Die Verwendung des generischen Maskulinums in diesem Aufsatz erfolgt aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

⁴ vgl. www.kriegsenkel.de/begriffsbedeutung-und-phaenomen/

2. *Erinnerungen*

Individuelle Erinnerungen beziehen sich auf individuelle Erlebnisse. Da wird z.B. eine Familie gezwungen, in kürzester Frist ihre Wohnung und ihr Land zu verlassen und sich mit wenigen Kilogramm Gepäck auf den Weg ins Ungewisse zu begeben. Jemand anderer wird zunächst zu Zwangsarbeit und Lagerhaft herangezogen. Ein Dritter erwacht nach einem Bombenangriff aus der Bewusstlosigkeit - neben toten Schulkameraden. Es kommt vielerorts zu sexuellen Übergriffen. Wieder andere fliehen und lassen alles hinter sich zurück. Familienangehörige, Freunde sterben oder nehmen sich das Leben. Viele Männer geraten in Kriegsgefangenschaft, aus der sie erst nach Jahren entlassen werden; Frauen, Kinder, alte Menschen müssen auf sich gestellt klarkommen. Andere bleiben ohne Angehörige und Freunde in ihrer alten Umgebung, finden sich ab mit ihrem Schicksal; manche werden vom Suchdienst des Roten Kreuzes gefunden. Die „neue Heimat“, in der die Menschen selbst nach dem verlorenen Krieg ausgebombt sind oder Hunger leiden, empfängt die Neuankömmlinge zum Teil mit Abwehr und Skepsis. Ob als „Umsiedler“ in der späteren DDR oder in der Bundesrepublik – es heißt meist von null an anpacken, aufbauen, Kinder großziehen

...

Ebenso unterschiedlich wie die Erlebnisse selbst kann der Zugang zu den Erinnerungen der Eltern und Großeltern an Krieg, Flucht und Vertreibung sein. Der eine findet Briefe, Tagebücher oder anderes auf dem Dachboden – Material, das nicht extra als Memoiren für andere konzipiert wurde und das doch der Nachwelt Einblick in die Gefühls- und Erlebenswelt des Schreibers gibt. Es gibt Schriftstücke, die an einen oder mehrere Empfänger gerichtet sind, aber bis zum Tod des Erstellers unter Verschluss gehalten wurden – Mitteilungen, auf die bitte nicht im Dialog reagiert werden soll, die nicht zu kommentieren sind, und die dennoch - aus welchen Gründen auch immer - in der Absicht erstellt wurden, dass der Empfänger sie erhält und davon weiß. Und da sind persönliche Erzählungen: Helden- und Abenteuer geschichten, Schönes, Nachdenkliches, Trauriges, Sachliches, teils auffällig distanziert Klingendes. Manche Geschichten wiederholen sich immer wieder, manches wird nur in dürren Worten kurz gestreift. Und über manches wird geschwiegen.

Erinnerung ist jedoch nicht nur ein individueller neurologischer Vorgang. Parallel dazu stehen kollektive Erinnerungen. Diese können sich auf eine Familie oder kleine Gruppe beziehen und zum Teil an bestimmten Gegenständen verankert sein. Gerade in Vertriebenenhaushalten finden sich oft Dinge, deren Aufbewahrungswert gerade nicht im Material begründet ist, sondern in der Erinnerung an die repräsentierten Ereignisse oder Lebensumstände. Darüber hinaus formt das immer wieder neue Erzählen in der Familie oder der Gruppe auch Inhalte, Schwerpunkte und Formen des Erinnerns. Ebenso bestimmen Ereignisse der Gegenwart, gesellschaftliche Narrative, Vermittlung an den Schulen und in Medien sowie das Gedenken in der Öffentlichkeit die Erinnerung. Staatliche Ge-

schichtspolitik ist allerdings nicht unbedingt und überall mit einer kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit gleichzusetzen⁵.

Die Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg, gerade auch die der Vertriebenen und Flüchtlinge, ist schon bald nach den Kriegsjahren – zumindest im „Westen“ - zurecht gewürdigt worden. Die nicht-materiellen Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung aber gelangten, obwohl andernorts schon länger untersucht, in Deutschland erst viel später an die Oberfläche. Inzwischen gibt es eine große Vielzahl an Literatur, die außerhalb der Vertriebenenorganisationen entstand. Bestseller wurden die Bücher der Journalistin Sabine Bode, in denen sie u.a. einführende Biographien von „Kriegskindern“ (2004) und „Kriegsenkeln“ (2009) erstellte⁶. Mit „Kriegskindern“ sind die Geburtsjahrgänge etwa zwischen 1928 und 1946 gemeint, „Kriegsenkel“ bezeichnet um 1960 bis in der Mitte der 1970er Jahre Geborene⁷. Der erste „Kriegskinderkongress“ in Frankfurt 2005 thematisierte Auswirkungen und Folgen des Zweiten Weltkrieges auf die, die damals Kinder und Jugendliche waren; er stellte die damaligen Belastungen und die teilweise lebenslangen Folgen einer breiten Öffentlichkeit vor⁸. Und in seinem Buch „Kalte Heimat“ hinterfragte Andreas Kossert 2008 den „Mythos“ von der rundum geglückten Integration der Heimatvertriebenen nach 1945⁹. Auch in der Psychotherapie stieß das Thema lange Zeit auf Unverständnis. Selbstkritisch bemerkt etwa ein 1952 geborener langjähriger Klinikleiter und Psychologe: „Ich beschäftige mich seit fast 30 Jahren mit dem Thema Alter und behandle seitdem ältere Patienten. Dabei hat mich immer in besonderer Weise fasziniert, wenn die Älteren von ihren durch die historischen Umstände geprägten Erfahrungen berichteten ... Und doch hatte auch ich lange Zeit einen blinden Fleck, blieb doch auch bei mir das Thema Flucht und Vertreibung weitgehend unbeachtet. Ich war beeindruckt von dem politischen Aufbruch der 1960er Jahre, der mich sehr geprägt hat. Vertriebene aber, die rasch mit Vertriebenenverbänden gleichgesetzt wurden, wurden damals schnell mit Skepsis behandelt ... Doch die älteren Patienten belehrten mich eines Besseren. Ihren Geschichten von der Flucht und Vertreibung konnte ich mich nicht verschließen ...“¹⁰

⁵ Ausstellungstext, Stand 30.11.2021, im „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Berlin

⁶ Sabine Bode, Die vergessene Generation - Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen, Stuttgart 2004; dies., Kriegsenkel. Die Erben der vergessenen Generation, Stuttgart 2009 u.a.

⁷ so z. B. Definition bei „Kriegsenkel e.V.“, aaO

⁸ Hartmut Radebold, Werner Bohleber, Jürgen Zinnecker Hrsg., Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten, Weinheim und München ²2009

⁹ Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Berlin 2008

¹⁰ Meinolf Peters, Das Trauma von Flucht und Vertreibung: Psychotherapie älterer Menschen und der nachfolgenden Generationen, Stuttgart 2018: S. 10

3. *Trauma*

Der in diesem Zusammenhang oft verwendete Begriff von „traumatischen“ Erlebnissen ist bisweilen geeignet, Befremden auszulösen. Sollen etwa alle Vertriebenen traumatisiert sein? Hat man nicht nach dem Krieg gesundheitliche und materielle Schwierigkeiten überwunden, das Land wieder aufgebaut, den Kindern ein Aufwachsen in Frieden ermöglicht? In der Tat ist wohl in der Nachkriegszeit zunächst angenommen worden, Menschen in Extremsituationen seien stark belastbar, speziell Kinder würden - wenn sie nicht überhaupt zu klein sein, um etwas mitzubekommen -, über eine außerordentliche Elastizität verfügen und nicht grundlegend zu erschüttern sein¹¹. Außerdem: an wen hätten sich denn die Betroffenen wenden sollen, um psychologischen Rat zu erhalten? „Ich bin ein Kriegskind. Ich habe schon so viel erlebt - ich brauche keinen Psychologen“ lautet eine vermutlich durchaus gängige Einschätzung¹². Die Skepsis mag daher rühren, dass der Begriff „Trauma“ manchmal unreflektiert verwendet wird oder dass psychische Beschwerden in der Gesellschaft allgemein noch längst nicht als normal vorkommend akzeptiert sind. Ferner ist der Hinweis wichtig, dass bei weitem nicht alle Angehörigen der Jahrgänge der „Kriegskinder“ von den belastenden zeitgeschichtlichen Erfahrungen betroffen waren - was die auffallend unterschiedlichen Berichte über die damalige Zeit erklärt¹³. Die Forschung geht davon aus, dass sich etwa ein Drittel der Kriegskinderjahrgänge nicht von ihren früheren Schrecken und Verlusten erholt hat und noch heute unter psychosomatischen Beeinträchtigungen leidet¹⁴. Und: Nicht jedes belastende Erlebnis wird zum Trauma. Eine genaue Betrachtung ist nützlich.

Der Begriff Trauma kommt aus dem Griechischen und bedeutet Wunde, Schaden oder Verlust. In der Medizin werden so schwere körperliche Verletzungen mit schockartigen Folgen klassifiziert. In Psychologie und Psychotherapie stellt der Begriff eine nachträgliche Bewertung einer schwer belastenden Lebenssituation dar, die den Betroffenen in der jeweiligen Situation völlig überfordert und seine seelischen Widerstandskräfte übersteigt. Oft wird erst anhand der entstandenen psychischen Störung davon gesprochen, dass eine Lebenserfahrung für einen bestimmten Menschen traumatisch war¹⁵.

¹¹ Helga Hirsch, „Über Generationen hinweg: Das Erbe der Vertreibung - Traumata, Verhaltensmuster, Mentalitäten“, in: Einsichten und Perspektiven, Themenheft 1/21: „Flucht und Vertreibung“, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: S. 144

¹² zit. nach „Wenn Kriegskinder sterben und Kriegsenkel sie begleiten“, Handout des Instituts für Palliativpsychologie (www.palliativpsychologie.de/wp-content/uploads/Handout_Kriegskinder-Seminar.pdf)

¹³ H. Radebold, Kriegsbedingte Kindheiten und Jugendzeit, in: ders. et al., Transgenerationale Weitergabe, aaO: S. 47

¹⁴ vgl. S. Bode in Sebastian Heinzl, Der Krieg in mir - Das Buch zum Film - Welche Spuren haben die Erfahrungen der Kriegsgeneration in uns hinterlassen?, Bielefeld 2020: S. 27

Zu Situationen, die bei den betroffenen Personen typischerweise zu Traumafolgestörungen führen können, zählen u.a. alle Arten von Kriegserfahrungen, wie die oben geschilderten, so unterschiedlich sie auch sein mögen. Nicht maßgeblich ist ein geringes Alter oder ein noch nicht ausgeprägtes Erinnerungsvermögen der erlebenden Person. Die neuere Hirnforschung hat bestätigt, dass auch früh-nachgeburtliche Ereignisse (in den ersten drei bis vier Jahren) und sogar vorgeburtliche Einflüsse des Körpers der werdenden Mutter auf das Gehirn des Fötus die psychische Entwicklung des Menschen beeinflussen.

Eine Traumatisierung vollzieht sich als biologisch-neuronaler Prozess. Auswirkungen auf das Gedächtnissystem und die limbischen Strukturen des Nervensystems sind nachgewiesen¹⁶. Das Gehirn wird bei einem Trauma-Erleben mit Stresshormonen überflutet. Gefühlszustände, Bilder und körperliche Reaktionen werden in der Amygdala gespeichert, das vollständige Zuordnen des Erlebten im Zusammenhang mit der äußeren Realität kann im Hippocampus jedoch nicht stattfinden. Ist das Trauma nicht verarbeitet, besteht ein Nebeneinander von intensiven Erinnerungen einerseits und Erinnerungslücken an das konkrete Geschehen. Damit sind die Erinnerungen nicht vollständig zuzuordnen und entwickeln eine Art Eigenleben, welches sich weitgehend dem Bewusstsein entzieht. So kann für die traumatische Erfahrung eine Blockierung im Erleben entstehen, das heißt, sie ist nicht fühlbar, nicht erinnerbar und aussprechbar, jedoch implizit gespeichert. Im späteren Leben kann sie dann plötzlich durch „Trigger“ aktiviert werden. In manchen Fällen wird die Erinnerung so weit separiert, dass die zugrundeliegenden Ereignisse tatsächlich vergessen werden.

Ein Bundeswehrangehöriger, der in Afghanistan eingesetzt war, beschreibt die Auswirkungen eines Traumas so: „Es gibt leicht messbare oder feststellbare Symptomaten, wie z.B. die Angst vor öffentlichen Plätzen oder Silvesterfeuerwerk, und dann gibt es auch Überlebensmuster, die man im Unterbewusstsein etabliert hat, um die schmerzhaften Gefühle nicht zuzulassen. Bei traumatisierten Menschen ist die Erinnerung wie in einem Eisblock eingefroren. Normalerweise ist unser Kopf wie eine Bibliothek, und alle Erlebnisse werden irgendwo einsortiert, und bei Bedarf kann ich sie auch wieder herausholen. Bei einem Trauma funktioniert die Einsortierung nicht, und stattdessen ist es wie in einem ‚Freeze‘¹⁷. Und manchmal kommt z.B. eine Flamme, schmilzt ein kleines Stück von diesem Eisblock weg und dann steht plötzlich ein Stück von dieser Erinnerung heraus. Das sind halt diese Triggerpunkte. Trigger sind ja Auslöser, die mich wieder in das Traumathema hineinbringen.“¹⁸

¹⁵ Stefan Jordan, Gunna Wendt, Lexikon Psychologie, Stuttgart 2005; Udo Baer, Gabriele Frick-Baer, Kriegserbe in der Seele, Weinheim 2018: S. 180 ff.

¹⁶ Natascha Unfried, Biologische und neurobiologische Hintergründe der Traumatisierung, in: Marianne Rauwald Hrsg., Vererbte Wunden. Transgenerationale Weitergabe traumatischer Erfahrungen, Weinheim 2013: S. 48

¹⁷ = „Erstarren, Einfrieren“ (Anm. d. Verf.)

¹⁸ Johannes Clair, Afghanistan-Veteran und Buchautor im Phoenix-Talk vom 17.09.2021

Parallel - und gleichsam gegenläufig - gibt es Faktoren, welche die Widerstandskräfte der Menschen positiv beeinflussen. Unter Resilienz wird die Fähigkeit verstanden, Krisen im Lebenszyklus unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen¹⁹. Die Resilienzforschung ist ressourcen- und nicht defizitorientiert ausgerichtet. Sie geht davon aus, dass Menschen aktive Bewältiger und Mitgestalter ihres Lebens sind und durch soziale Unterstützung und Hilfestellungen die Chance haben, mit den gegebenen Situationen erfolgreich umzugehen und ihnen nicht nur hilflos ausgeliefert zu sein. Es geht dabei nicht darum, Schwierigkeiten und Probleme zu ignorieren, sondern die eigenen Kompetenzen und Ressourcen derart zu nutzen, dass man mit Risikosituationen besser umzugehen lernt²⁰. Je größer die Ressourcen des Einzelnen sind, desto besser kann er mit einer potentiell traumatisierenden Situation umgehen. Zu den wichtigsten Schutzfaktoren gehören soziale Unterstützung, stabile Bindungen und Bezugspersonen, Bewältigungsstrategien und die Fähigkeit, das Erlebte sinnvoll in sein eigenes Leben einzuordnen. Dies gilt sowohl für die Zeit unmittelbar danach als auch für den längerfristigen Umgang mit dem Stressereignis. Die Art und Weise, wie mit einem Menschen umgegangen wird, der eine existenziell bedrohliche Situation erleben muss, kann das Erleben vertiefen oder abmildern. In diesem Zusammenhang dürften persönlich-verwandtschaftlicher Zusammenhalt, aber auch viele Vertriebenenvereinigungen in der Bundesrepublik - Heimatkreise, Ortsgruppen usw. - nach dem Krieg Halt gegeben haben.

4. Weitergabe belastender Erlebnisse

Wie steht es nun um die weitere Frage, nämlich, ob - und wenn ja, wie und in welchem Umfang - belastende Erfahrungen auch an Kinder und Enkel weitergegeben, Traumata also quasi vererbt werden können? Der Gedanke erscheint zunächst seltsam. Doch bereits der Volksmund kennt Bemerkungen, wie: jemand sei „ganz der Opa“, habe „das von der Mutter“ oder die Soundsos „seien eben alle so“. Sabine Bode betont, es sei für sie als Buchautorin leichter gewesen, Worte zu finden für das Schicksal der Kriegskinder: das Elend des Krieges, der Horror der Bombenangriffe, die Erlebnisse der Flucht. Die Spuren, die dies alles bei den Kriegsenkeln hinterlassen habe, seien filigraner und schwerer zu fassen²¹. Der Münchener Professor Ermann merkt an: „Die Kinder der Kriegskinder fühlen sich oft genauso fremd im eigenen Leben wie ihre Eltern und nehmen den eigenen Kummer, die eigenen Bedürfnisse nicht ernst. Auch die Generation der Enkel ist sehr leistungsorientiert und pflichtbewusst. Sie kümmern sich um

(www.phoenix.de/sendungen/gespraeche/phoenix-persoendlich/johannes-clair-zu-gast-bei-michael-krons-a-2278025.html)

¹⁹ Klaus Fröhlich-Gildhoff, Maïke Rönnau-Böse, Resilienz, München ³2014: S. 10

²⁰ ebd.: S. 13

²¹ vgl. S. Bode, in: H. Radebold et al., Transgenerationale Weitergabe, aaO

die Eltern, übernehmen im Job viele Pflichten, wählen oft soziale Berufe und versuchen meist unbewusst, etwas wiedergutzumachen. Manchmal leiden sie an gravierenden Störungen, die unverständlich erscheinen, wenn man sie nicht in Verbindung mit der traumatisierten Elterngeneration sieht. Wir bekommen übrigens vermehrt Zuschriften von dieser Generation, Menschen zwischen 30 und 50 Jahren, die mehr über das Thema wissen wollen.“²²

Zur Illustration beispielhaft zwei Fälle:

- 2021 strahlte der Hessische Rundfunk den Dokumentarfilm „Der Krieg in mir“ von Sebastian Heinzl aus. Der 1979 in Kassel geborene Filmemacher träumt viele Jahre lang davon, als Soldat im Zweiten Weltkrieg in Russland zu kämpfen, und er vermutet, dass es etwas mit seinem Großvater zu tun haben könnte, der über seine Kriegseinsätze nie gesprochen hat. So folgt er dessen Weg von Deutschland bis nach Weißrussland. Dabei stößt er in der Tat auf ungeahnte Verbindungen zu seinem eigenen Leben und seinen Kriegsträumen. Mit Hilfe von Wissenschaftlern, Therapeuten und Zeitzeugen erforscht Heinzl, wie einschneidend Kriegsereignisse bis in die zweite und dritte Generation hineinreichen können. Er bezieht seinen Vater in seine Suche ein, die beide einander näherbringt und das Schweigen beendet, das auch seinen Vater prägte. Der Film spricht mehrere Generationen an, verdeutlicht, welche langfristigen Folgen Krieg, Flucht und Völkermord nach sich ziehen, und er ermutigt, das Schweigen zu brechen. Heinzl sagt, er wolle Menschen inspirieren, sich mit ihrer Familiengeschichte zu beschäftigen und sich mit unbewussten Verhaltensmustern auseinanderzusetzen, um diese gerade nicht an die Nachkommen weiterzugeben²³.
- Peters²⁴ schildert folgenden Fall: Ein 57-jähriger Mann entstammte einer Vertriebenenfamilie, was in seinem Bewusstsein aber bislang keine große Rolle gespielt hatte. Er war in seinem Leben einen geraden Weg gegangen. Der berufliche Aufstieg schien unaufhaltsam, seine Laufbahn als Jurist vorgezeichnet, scheinbar gab es keinen Grund, dies zu hinterfragen. Doch dann geriet das Unternehmen, in dem er tätig war, in wirtschaftliche Probleme, und im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen und der Fusion mit einem anderen Unternehmen geschah das Unerwartete - er wurde entlassen. Dies stürzte ihn in eine tiefe Krise, er entwickelte eine depressive Stimmungslage und verschiedene körperliche Symptome, die ihn veranlassten, sich um eine Therapie zu bemühen. Dort wurden rasch sein enormer Ehrgeiz, seine Strenge gegenüber sich selbst und seine hochgesteckten Ziele und Erwartungen sichtbar. Auch wurde dabei deutlich, wie sehr er vom Vertriebenenenschicksal geprägt war: sein Vater hatte vor der Vertreibung offenbar einen angesehenen

²² Michael Ermann in: Spiegel-Gespräch 20.02.2009, „Der Körper vergisst nicht“ (<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/64283811>)

²³ Text zur DVD-Fassung des Films

²⁴ M. Peters, aaO: S. 104

Beruf gehabt und nach der Vertreibung einen beruflichen Abstieg erlebt. Der eigene, bislang unhinterfragte Ehrgeiz des Mannes war, wie sich zeigte, mit der Erfüllung eines unbewussten Auftrages verbunden, nämlich, den beruflichen Abstieg seines Vaters zu kompensieren. Doch auch eine andere, bisher übersehene Seite meldete sich zu Wort: eine gewisse Erleichterung, von einem großen Druck befreit zu sein, und die Chance zu haben, sich noch einmal, wenn auch verspätet, die Frage zu stellen, wo eigentlich die eigenen Interessen lagen²⁵.

5. Erklärungsansätze

5.1. Resonanz

Als wichtigster Faktor, der die Weitergabe bestimmt, wird oft die Resonanz genannt²⁶. Mit diesem vom Lateinischen „resonare“ abgeleiteten Begriff ist gemeint, dass zwischen Menschen etwas hin- und herschwingt, das beide beeinflusst. Diese Phänomene können sehr unterschiedliche Qualitäten haben. Sie gehören zum Alltag des menschlichen Miteinanders, sind oft schwer in Worte zu fassen und reichen von Mitgefühl über ansteckende Langeweile bis zu intensiver Liebe, zu Hass oder Abwehr. Resonanz ist in spezialisierten Gehirnzellen, den sogenannten Spiegelneuronen, nachweisbar. Über ihre Resonanzerfahrung spüren Kinder bewusst oder unbewusst vieles von dem, was ihre Eltern oder Großeltern erleben: Positives, Negatives, Freudiges, Weggelassenes oder familiäre Tabus, Schmerzvermeidungsstrategien und Lebensbewältigung allgemein.

Viele wissenschaftliche Impulse sind von der Erforschung der Folgen des Holocausts ausgegangen. Bereits im Jahre 2011 gab es mehr als 500 Forschungsarbeiten, die im Detail beschrieben, ob und wie die psychologische Belastung von den Überlebenden an ihre Kinder weitergegeben wurde, die ihrerseits die seelischen Wunden ihrer Eltern „geerbt“ zu haben scheinen²⁷. Betont wird, dass dieser Prozess, obwohl zuerst bei Nachkommen von Holocaust-Überlebenden beobachtet, in steigendem Maße auch bei Nachkommen anderer traumatisierter Bevölkerungsgruppen festgestellt wird. Dazu gehören Kriegsversehrte, überlebende Genozidopfer, Opfer von Terror und Folter, Sklaverei und nuklearen Ereignissen, durch Menschen verursachte Gewalt und Naturkatastrophen in vielen Teilen der Welt. Offenbar sind bei deren Nachkommen aber immer zwei Kräfte im Spiel, unter Umständen sogar gleichzeitig: eine mögliche Ver-

²⁵ weitere Fallschilderungen bei Peters, aaO: S. 93 ff.; weitere Lebensgeschichten bei Forum Kriegsenkel (www.forumkriegsenkel.de/Lebensgeschichten.htm)

²⁶ U. Baer, G. Frick-Baer, aaO: S. 184

²⁷ vgl. Natan P. F. Kellermann, Geerbttes Trauma: Die Konzeptualisierung der transgenerationalen Weitergabe von Traumata, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 2011, 39: S. 137-160; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2017 - WD 1 - 3000 - 040/16, mit weiteren Nachweisen (www.bundestag.de/resource/blob/501186/5cab3d455ea7c85a1dfbd7ce458d499a/WD-1-040-16-pdf-data.pdf)

wundbarkeit und Labilität, aber auch gegensätzliche Energien, die auf Resilienz und Heilung abzielen²⁸. Es muss im Einzelfall sorgfältig herausgearbeitet werden, inwieweit eine ggf. vorhandene psychische Beeinträchtigung mit der Tatsache zu tun hat, dass jemand Nachfahre von Flüchtlingen oder Vertriebenen ist²⁹.

Bei einer Konzeptualisierung der zahlreichen Ansätze und Forschungsrichtungen, mit denen die hochkomplexen Prozesse der Weitergabe von erlebten Traumata an die nachfolgende Generation erklärt werden, können im Wesentlichen vier „Transmissionsriemen“ identifiziert werden:

5.2. Psychoanalyse

Psychoanalytiker heben hervor, dass von der ersten Generation nicht bewusst verarbeitete Emotionen auch unbewusst an die zweite Generation weitergegeben werden können. Diesem Ansatz zufolge absorbiert das Kind die verdrängten, ungenügend verarbeiteten Erfahrungen seiner traumatisierten Eltern. Von transgenerationaler Weitergabe ist dann die Rede, wenn das Kind quasi zu einem Sammelbecken für die unerwünschten, verstörenden Aspekte der älteren Generation wird. Was von den Erfahrungen der Überlebenden in der zweiten Generation in Träumen, Affekten, Stimmungen und bewussten wie unbewussten Vorstellungen ankommt, sind rätselhafte, unintegrierbare Bilder und Impulse, Irritationen, Verunsicherungen der eigenen Identität, Schuldgefühle, unerklärliche Ängste oder Zwänge, Gefühle von Fremdheit und Rätselhaftigkeit oder Zwangshandlungen³⁰.

Aufgrund des Einflusses, den die Vorgeneration auf das Kind ausübt, übernimmt dieses deren Wünsche und Erwartungen und wird veranlasst, sich entsprechend zu verhalten. Der Vater oder die Mutter mögen beteuern, dass sie nie beabsichtigten, ihr Kind zu belasten, dennoch nahm das Kind viel davon auf.

5.3. Sozialisation

Sozialisations- und erziehungsgebundene Erklärungsansätze nehmen an, dass sich die Nachkommen in einem bestimmten Milieu sozialisieren und dies verinnerlichen. Seit langem dokumentiert die sozialwissenschaftliche Forschung Korrelationen zwischen den Sozial-, Erziehungs-, Verhaltens- und Wirtschaftsparametern von Eltern und Kindern. Viele Nachkommen - so Kellermann - von Holocaust-Überlebenden verinnerlichen die Erfahrungen ihrer Eltern im Verlauf ihrer Kindheit, und diverse Identifikationsprozesse verstärken diesen Sozialisierungsvorgang zusätzlich. Andererseits kann das elterliche Sozialisationsmilieu die Weitergabe seelischer Störungen aber auch mäßigen. Und auf Kindesseite

²⁸ Peters, aaO: S. 107

²⁹ ebd.: S. 94 f.

³⁰ Angela Moré, Die unbewusste Weitergabe von Traumata und Schuldverstrickungen an nachfolgende Generationen, in: Journal für Psychologie 21, 2013: S. 10 (www.journal-fuer-psychologie.de/article/view/268/306)

können spätere Individuationsprozesse zur völligen innerlichen Ablösung führen.

Auch der gesellschaftliche Umgang kann sich auswirken, also ob über die zugrundeliegenden Ereignisse offen und ehrlich gesprochen wird oder sie in der Öffentlichkeit eher als nicht erwünscht behandelt werden³¹. In der DDR wurde den Vertriebenen per se der Opferstatus abgesprochen, da die sozialistischen Bruderstaaten und an ihrer Spitze die Sowjetunion nicht schuldig sein durften an der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten³². Zum Umgang mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik lassen sich drei Phasen unterscheiden³³. In den 1950er Jahren wurde weitgehend unwidersprochen beklagt, wie Deutsche unter Bombenangriffen, Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung gelitten hätten. Ab den 1980er Jahren setzte sich im Urteil der Öffentlichkeit zunehmend das Narrativ von deutscher Täterschaft (Holocaust, Nationalsozialismus und Kriegsführung) durch, und Vertriebene wurden - auch von eigenen Kindern - oft nur pauschal als Angehörige dieses Tätervolks wahrgenommen. Dies konnte für manche Abkömmlinge eine enorme psychische Belastung bedeuten, wie Astrid von Friesen (geb. 1953) schreibt: „Ich musste es innerlich als ‚Gerechtigkeit‘ des Schicksals anerkennen, weil ‚wir‘ Anne Frank und alle anderen ermordet hatten ... Es war ein Konflikt, der für mich als Kind und Jugendliche quälend und unlösbar war, über den ich nicht sprechen konnte, weil Leid und Schuld und Scham verknotet und verworren in mir rumorteten und, so wie ich es heute sehe, dieses Gefühlstabu auch von der älteren Generation ausging ...“³⁴

Eine stärkere Differenzierung, dass es auf deutscher Seite sowohl Täter, als auch Opfer gab, setzte in der Breite erst gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts ein. Ein gutes Beispiel ist die jahrzehntelange Auseinandersetzung um das Museum der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin, das 2021 eröffnet wurde. Die Ausstellung beleuchtet u.a. in einem weiten geschichtlichen Bogen die vielfältigen internationalen Dimensionen von Zwangsmigration, die Rolle des nationalsozialistischen Deutschlands sowie die Flucht und Vertreibung der Deutschen.

5.4. Familiensystem

In Familiensystemen gibt es ebenfalls eine Tendenz zur Weitergabe traumatischer Erfahrungen über mehrere Generationen³⁵. Auch diese manifestieren sich sehr unterschiedlich, z.B. in post-traumatischen Belastungsstörungen, Angst-

³¹ Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, aaO: S. 6

³² A. Kossert, aaO: S. 215

³³ H. Hirsch, aaO: S. 145

³⁴ Astrid von Friesen, *Der lange Abschied*, Gießen 2000, zit. nach H. Hirsch, ebd.: S. 146

³⁵ vgl. Verena Klütsch, Günter Reich, *Die mehrgenerationale Weitergabe von Traumatisierungen - empirische und familiendynamische Perspektiven*, in *Praxis für Kinderpsychologie*, 2012, 61: S. 564-583

(www.psydok.psycharchives.de/jspui/bitstream/20.500.11780/3692/1/Kluetsch_PdKK_2012_8.pdf)

oder aggressiven Störungen, Aggressivität oder sozialem Rückzug in der nächsten oder übernächsten Generation. So werden Bindungsmuster (sicher, unsicher-vermeidend, unsicher-ambivalent)³⁶ in der Tendenz, wenngleich nicht durchgängig, multigenerational weitergegeben. Als Weitergabefaktoren kommen auch Erziehungsstil, Familiengeheimnisse, interfamiliäre Kommunikationsstörungen und Loyalitätskonflikte in Betracht. Unter Umständen kann es zu Prozessen gegenseitiger Identifikation kommen: Eltern leben indirekt durch ihre Kinder, und die Kinder erleben stellvertretend die traumatischen Erfahrungen ihrer Eltern nach. Die „unsichtbaren Loyalitäten“ zwischen Eltern und Kind können sogar zu einer Art Rollentausch führen, in dem die Kinder gegenüber den Erwachsenen eine gewisse Elternfunktion ausüben - mit der Folge, dass ihre eigenen Bedürfnisse (u.a. nach Geborgenheit) zurückstehen.

5.5. Epigenetik

Einen etwas anderen Ansatz verfolgen biologische Theorien, die besagen, dass genetische oder biochemisch bedingte Veranlagungen eine maßgebliche Rolle spielen. Lange ist man in der Genetik davon ausgegangen, dass nur unsere Gene bestimmen, was Eltern an Kinder weitergeben, und dass sich die menschliche DNA nur über unsere Gene verändert. Etwa in den letzten 20 Jahren hat jedoch die sogenannte epigenetische Forschung immer mehr an Aussagekraft und Gewicht gewonnen. Epigenetik beschäftigt sich mit Strukturen, die an und neben den Genen sitzen und darüber bestimmen, welche Gene von den Zellen überhaupt abgelesen werden können und welche nicht. Während Gene in der Regel sehr lange Zeit brauchen, um zu mutieren, reagieren epigenetische Strukturen schneller und flexibler auf alle Arten von Umweltveränderungen. Das betrifft zunächst körperliche Phänomene. So werden Menschen, die beispielsweise während eines Krieges Hunger gelitten haben, manchmal später Diabetiker, leiden an Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder an Fettleibigkeit. Auch ihre Kinder und Enkelkinder sind davon betroffen. Die heutige Grundlagenforschung geht aber darüber hinaus. Neu ist für sie der Mechanismus, mit dem man zu erklären versucht, wie persönliche Erlebnisse transgenerational weitergegeben werden. Sie werden durch Keimzellen übertragen: Samenzellen, Eizellen. Man weiß aber noch nicht in allen Fällen genau, welche Markierungen sich verändern und welche übertragen werden. Eine vollständige Erklärung der menschlichen Psyche mit ihren Funktionen wie Denken, Fühlen und Erleben gelingt mit der Epigenetik derzeit nicht. Außerdem können die Effekte eines Traumas wahrscheinlich auch in gewissem Umfang korrigiert werden³⁷.

Gut dokumentiert ist der niederländische „Hungerwinter“ 1944/45. Infolge einer Blockade der deutschen Truppen waren die Niederlande von jedem Nach-

³⁶ ausführlich zu Bindungsbeziehungen: Bettina Alberti, *Seelische Trümmer*, München 2010: S. 53 ff.

³⁷ Isabelle Mansuy, Interview in *tageszeitung (taz)* vom 25.01.2021 (www.taz.de/Forscherin-ueber-Epigenetik/!5744430&s=Mansuy/)

schub abgeschnitten, und ca. 4,5 Millionen Menschen mussten hungern. Ein niederländisches Forscherteam fand, dass die damals geborenen Babys nicht nur bei der Geburt kleiner, sondern auch in ihrem Leben anfälliger für alle möglichen Erkrankungen waren. Auch ihre Nachkommen waren bei der Geburt kleiner als andere Babys, und sie neigten vermehrt zu Übergewicht, obwohl sie ja niemals gehungert hatten. Forscher der Uniklinik Amsterdam beschäftigen sich jetzt mit der Urenkelgeneration. Sie stellten fest, dass die Hungersnot keine Auswirkungen auf den Buchstabencode der DNA hatte. Sie gehen jedoch weiter ihrer Vermutung nach, dass bei einigen Genen der „Schalter umgelegt“ wurde³⁸.

Eine Studie von Rachel Yehuda, New York, zusammen mit dem Münchener Max-Planck-Institut, fand bei Holocaust-Überlebenden epigenetische Veränderungen im Stressregulationssystem³⁹. Diese führten zu besonderer Widerstandsfähigkeit und einem sehr guten Umgang mit Stress. Ihre Kinder wiesen an der gleichen Stelle eine epigenetische Veränderung auf, die aber genau den umgekehrten Effekt produzierte und dafür sorgte, dass diese Menschen eher stressanfällig waren. Als Ursache hierfür komme statistischen Analysen zufolge nur die Traumatisierung der Eltern in Frage, neue Traumatisierungen könne man ausschließen. Offen bleibt indes, welche Mechanismen genau dafür verantwortlich sind: epigenetische Veränderungen in der Keimbahn, die weitergegeben wurden, das Verhalten der Eltern, das diese Kinder frühkindlich geprägt hat, oder der Verlauf der Schwangerschaft - alle drei Erklärungen sind denkbar⁴⁰.

In der Tat kann die Weitergabe eines Traumas auch direkt über epigenetische Veränderungen in der Keimbahn geschehen. Deutliche diesbezügliche Ergebnisse wurden in Tierstudien erbracht. So konnte ein Team um Isabelle Mansuy, Professorin für Neuroepigenetik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, bei Mäusen nachweisen, dass Stress-Symptome bis in die fünfte Generation weitervererbt wurden. Entsprechende epigenetische Veränderungen und Verhaltensweisen ließen sich beobachten, die denen bei depressiven Menschen ähnelten: sie lernten schlecht, waren gering belastbar und antriebschwach. Und umgekehrt besserten sich die Symptome, wenn die jungen (Urenkel-) Mäuse in eine für sie gute, angenehme Umgebung verbracht wurden⁴¹. Insgesamt sind in der Epigenetik in den nächsten Jahren spannende Forschungsergebnisse zu erwarten.

³⁸ Peter Spork, *Gesundheit ist kein Zufall - Die neuesten Erkenntnisse der Epigenetik*, München 2017: S. 287 ff;
(www.daserste.de/information/wissen-kultur/w-wie-wissen/sendung/2009/epigenetik-der-code-hinter-dem-code-100.html)

³⁹ (www.mpg.de/9375561/holocaust-vererbung-epigenetik) vom 25.08.2015; P. Spork, aaO: S. 283

⁴⁰ P. Spork, ebd.: S. 284

⁴¹ Spork, aaO, S. 266 ff.; Planet Wissen: „Wie Stress vererbt wird“ vom 17.12.2021
(www1.wdr.de/mediathek/video-wie-stress-vererbt-wird-100.html)

6. *Schlussbemerkung*

Im Umgang mit den Erinnerungen der Eltern und Großeltern an Krieg, Flucht und Vertreibung gibt es kein für alle anwendbares Patentrezept⁴². Eine Konstellation ist: die Erinnerungen werden benannt, man tauscht sich zwischen den Generationen beiderseits respektvoll und offen aus, erkennt, was zum eigenen Leben gehört und grenzt ab, was allein zum Leben der jeweils anderen Generation gehört. Man erkennt, dass es innerhalb der jeweils anderen Generation Themen gibt, welche man in seiner eigenen Generation schlicht nicht lösen kann, und zieht aus allem seine Schlüsse für das eigene Leben. Eine solche Konstellation dürfte bisweilen schwierig, mühsam und zeitintensiv sein, kann aber auch sehr lohnen - für die Beziehung zwischen den Generationen, zur Entdeckung von Familienmustern, aber auch im Hinblick auf das Hinterfragen eigener Verhaltensweisen. Oft wird beobachtet, dass Angehörige der Kriegsgeneration ihren Kindern nichts von ihren belastenden Erfahrungen erzählen wollen oder können, wohl aber ihren Enkeln.

Das Schweigen kann mehrere Gründe haben: die Absicht, die nachfolgende Generation zu schützen, Vermeidung eigenen Schmerzes angesichts des Wiederauftauchens der Erinnerungen, ein bestimmter familiärer Codex, über gewisse Dinge nicht zu sprechen, der Wunsch, einen bestimmten Lebensabschnitt hinter sich zu lassen, das komplette Fehlen von Erinnerung an bestimmte Ereignisse sowie Scham, Schuldgefühle u.a.m. Auch kann es vorkommen, dass Menschen, die ihr Leben lang nicht über die erlebten Schrecken gesprochen haben, sich im Alter mehr öffnen. Jedenfalls sollte das Nachfragen auf Seiten der Nachkommen einem echten Interesse entspringen und respektvoll erfolgen, aus der Haltung eines teilnehmenden Gesprächspartners gegenüber einem Menschen, der sich über die Beziehung freut und den Gespräche entlasten können⁴³. Und die Fragenden sollten damit rechnen, dass sie selbst vom Inhalt der Antworten bewegt sein können. Manche Dinge werden allerdings ungesagt bleiben.

Es gibt aber auch das immerwährende Erzählen der gleichen Geschichten. Manchmal spüren Zuhörer dann den Impuls, „auf Durchzug zu stellen“, u.a. weil sie schlicht überfordert sind oder das Gehörte selbst nicht einordnen können. Sinnvoll kann es sein - Bereitschaft beider Seiten vorausgesetzt - , an geeigneter Stelle einzuhaken und in einen Dialog zu treten. Eine solche Art der monologischen Erzählung kann auch die Funktion haben, von etwas Schrecklichem, das Angst und Hilflosigkeit verbreitet hat, abzulenken und die Gefühle daran auszuklammern. Wenn die Gefühle, die unter oder hinter diesen Geschichten lauern, ausgesprochen werden, kann sich der Druck, sie immer wieder von neuem zu erzählen, vermindern.

Viele Angehörige der zweiten und dritten Generation würden gern ihre Eltern oder Großeltern befragen, doch leben diese nicht mehr. Dann hilft unter

⁴² vgl. ausführlich U. Baer, G. Frick-Baer, aaO: S. 114 ff

⁴³ Hans Hopf, *Flüchtlingskinder gestern und heute*, Stuttgart 2017: S. 140

Umständen der Ausweg über Verwandte oder ehemalige Nachbarn derselben Generation, über die Familienforschung mit Fotos, Kirchenbüchern, öffentlichen Archivstellen u.a. Was der nachfolgenden Generation auf jeden Fall bleibt, ist die Herausforderung, die vorgefunden Materialien im Hinblick auf dabei entstehende eigene Gefühlslagen, Relevanz und Schlussfolgerungen für das eigene Leben individuell zu sortieren.

Alles, was wir nicht erinnern

Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters

CHRISTIANE HOFFMANN

besprochen von ANDREAS MÜLLER

Wie prägend für Kinder die allgegenwärtige und doch unausgesprochene, unbewältigte Erinnerung ihrer Eltern an Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat sein kann, zeigt Christiane Hoffmann¹ am Beispiel ihres eigenen Lebens in ihrem im Februar 2022 im C.H. Beck-Verlag erschienenen Buch „Alles, was wir nicht erinnern“². Die breite Beachtung, die es in den Medien, in Presse, Rundfunk und Fernsehen findet, dessen Nominierung für den Preis der (mittlerweile abgesagten) Leipziger Buchmesse 2022 in der Kategorie „Sachbuch“ zeugen von einer außerordentlichen Rezeption ihres autobiographisch geprägten literarischen Essays.

In vier Kapiteln erzählt Hoffmann, wie sie jener Route folgt, die der Flüchtlingstreck aus dem Heimatort ihres 2018 verstorbenen Vaters Walter Hoffmann, Rosenthal (Różyňa) am linken Oderufer in Schlesien, bis nach Klinghardt (Křiřovatka) im Egerland im Winter 1945 zu bewältigen hatte. Sie beginnt ihren langen Fußmarsch bewusst am 22. Januar 2020, auf den Tag genau 75 Jahre nach jenem 22. Januar 1945, als sich die Rosenthaler vor der von der anderen Seite der Oder herannahenden Roten Armee auf die Flucht begaben. Grottkau (Grodków), Strehlen (Strzelin), Reichenbach (Dzierżoniów), Schweidnitz (Świdnica), Zittau, Aussig (Ustí n. L.) und Falkenau an der Eger (Sokolov) bilden sowohl für die Flüchtenden als auch für die Autorin die wesentlichen Stationen.

Die ersten beiden Kapitel beschreiben - samt den winterlichen Strapazen, die 1945, wie Hoffmann betont, noch ungleich härter ausgefallen sein mussten - jenen Abschnitt, den sie durch Niederschlesien bis zur westlichen Neiße zurücklegt. Am Ende des zweiten Kapitels ist zu lesen, dass sie Anfang Februar 2020 ihre Wanderung in Greifenberg (Gryfów Śląski) nicht, wie ursprünglich geplant, nur kurzfristig, sondern wegen der pandemiebedingt geschlossenen Grenzen für längere Zeit unterbrechen musste. Erst im Juni 2020 und damit in einer ganz anderen Jahreszeit, als der Treck unterwegs war, kann sie wieder dorthin zurückkehren, um ihren Weg fortzusetzen. Das dritte und vierte Kapitel umfassen somit die Strecke durch Nordböhmen bis ins Egerland. Nach einer beschwerlichen Tour entlang des Braunkohlereviere bei Reichenau (Bogatynia) zeigt sich die Autorin beeindruckt vom „Sommermorgen im Böhmerwald, einer Märchenlandschaft“, meint damit aber offenbar die Ausläufer der Böhmisches Schweiz. Recht ausführlich widmet sie sich ihrem Aufenthalt in Aussig sowie der letzten Etappe über Klein Priesen (Malé Březno) und Falkenau bis Klinghardt.

¹ Christiane Hoffmann ist seit Dezember 2021 Erste stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung

² Christiane Hoffmann, Alles, was wir nicht erinnern, München 2022 (ISBN 9783406784934; EISBN 9783406784958)

Das eigene Bewältigen dieser Strecke in einer Gesamtlänge von ca. 550 km bildet dabei lediglich den äußeren Rahmen für die Schilderung ihrer Wanderung. Was und vor allem wie Hoffmann schreibt, geht weit über den Bericht einer Reise hinaus, der mit dem Schicksal des Flüchtlingstrecks bloß kontrastiert wird. Vielmehr gewährt sie stets an der passenden Stelle tiefe Einblicke in ihre eigene Erinnerungs- und Gedankenwelt. Auf verschiedenen Ebenen verschränken sie sich eng mit dem auf der Wanderung gerade Erlebten.

Als Quellen fallen die Erinnerungen von Zeitzeugen zum Treck selbst zwar recht spärlich aus. Die Aufzeichnungen der Rosenthalerin Gretel Kosok, die Hoffmann im Nachlass ihres Onkels väterlicherseits, Manfred Hoffmann, fand, können lediglich als Grundstock zur Planung der Reise herhalten. Denn immerhin listen sie jene Orte vollständig auf, an denen der Treck zur Übernachtung Halt machte. Darüber hinaus findet Hoffmann eigentlich niemanden mehr in all den von ihr durchquerten Orten, der 1945 die Gruppe aus Rosenthal hätte vorbeiziehen sehen, bis auf die 1935 in Komotau (Chomutov) geborene Pauli Luft, der Hoffmann in Klein Prisen begegnet. Nicht einmal Hoffmanns Vater, der als Neunjähriger gemeinsam mit seiner Mutter beim Treck dabei war, habe zeit seines Lebens kaum etwas zur Flucht gesagt. Aber genau diese Erfahrung gibt der Autorin den entscheidenden Anstoß für ihre Unternehmung. Es ist der Versuch einer Rekonstruktion des Fluchterlebens, und zwar mittels eines fiktiven Dialoges, den sie über weite Teile ihres Weges mit ihrem Vater führt. So gelingt ihr es, dem Leser ihre Vorstellungen nahezubringen, wie es sich zugetragen haben muss, dazu eines von vielen Beispielen: Als Hoffmann Anfang Februar die niederschlesische Ebene hinter sich lässt und das Sudetenvorland erreicht, geht sie gedanklich auf die Herausforderungen ein, die die Flüchtlinge, unvorbereitet auf bergiges Gelände, mit ihren Wagen zu meistern hatten: „Bergauf helfen alle schieben, auch Du.“

Immer wieder betont Hoffmann, dass ihr Vater nichts erzählt habe, dass er damit die schrecklichen Erlebnisse, die ihn seiner Kindheit beraubt hätten, bloß verdrängt habe, sich stattdessen stets vorbildlich um die Familie gekümmert, in Wedel ein Haus erworben, sich aktiv in die evangelische Kirchengemeinde eingebracht habe. Niemandem habe er zur Last fallen wollen, sondern sei nach außen immer guter Dinge gewesen entsprechend seinem Lieblingskanon „Froh zu sein, bedarf es wenig“: „Du wolltest in Wedel ankommen, Du brauchtest Rosenthal nicht, im Gegenteil, es war Dir hinderlich, es machte Dich zum Flüchtling ...“ Mittels Verdrängen das Durchlebte ungeschehen zu machen, gelingt aber nicht, im Gegenteil: aus dieser eigenen Erkenntnis entwickelt die Autorin eine ihrer eingängigen Kernbotschaften. Sie habe nämlich von Kindesbeinen an gespürt, dass sich in den Wänden des Hauses ein Fluch verberge, der in ihr selbst Albträume verursache: „In meinen Albträumen bin ich auf der Flucht.“ Ihr wird bewusst, dass sie mit vererbten Traumata konfrontiert worden ist. Dazu gehöre vor allem die Angst vor „dem Russen“. Sie stand, wie sie schreibt, am Anfang

der Flucht, hat sie ausgelöst. Und sie bleibt allgegenwärtig, überträgt sich auf ihr eigenes familiäres Umfeld.

Der Wille, dieser Sache auf den Grund zu gehen, sie gar zu überwinden, gibt Hoffmann in ihrer Jugendzeit einen wesentlichen Anstoß für ihre geistigen Interessen. Sie studiert Slavistik, Journalistik und Geschichte. Später sei ihr zudem klar geworden, dass sie den Umweg über Russland gehen musste auf der Suche nach dem Ort ihrer Herkunft, obwohl sie mit ihrer Familie und teilweise alleine bereits seit 1978, erstmalig als Elfjährige, Rosenthal immer mal wieder besucht hatte. Auch darüber teilt sie sich dem Leser ausführlich mit, erzählt von über Generationen hinweg gewachsenen Freundschaften zu den seit 1945 dort lebenden Menschen. Ursprünglich aus der heutigen Westukraine stammend seien sie genauso Opfer von Vertreibung gewesen. Infolge der Beschlüsse von Jalta auf Betreiben Stalins seien sie zwangsweise im entvölkerten Schlesien angesiedelt worden.

Dank ihrer reichhaltigen journalistischen Erfahrungen - die Autorin war als Auslandskorrespondentin u.a. in Moskau und Teheran tätig - gelingt es Hoffmann schließlich, ihre Eindrücke von den Begegnungen mit Menschen, die sie oftmals herzlich aufgenommen haben, wie auch mit Institutionen, Museen, in denen sie aufschlussreiche Gespräche führte, einprägsam einzuordnen. Den Bezugspunkt 1945 und damit auch die Erinnerungskulturen und die Schuldfrage behält sie dabei stets im Auge. Während etwa das Museum in Reichenbach (Dzierżoniów) 1945 verdränge, die Vertreibung der Deutschen ausklammere, indem es sich als reines Regionalmuseum definiere, sei die Aussiger Ausstellung „Unsere Deutschen“ einer „tollkühnen Idee“ entsprungen. Sie räume mit allen Stereotypen aus der Vergangenheit auf und „holt die Deutschen zurück in die tschechische Geschichte, jenseits der Nazis.“ Petr Koura, der Direktor des zum Zeitpunkt ihres Besuches noch nicht eröffneten Museums, weist ihr gegenüber deutlich auf die Intention der Ausstellung hin, nämlich dass die Tschechen durchaus Scham empfinden sollten für das, was sie den Deutschen angetan hätten.

Ihre stille Gegenfrage „Schämen sich die Deutschen für das, was sie den Tschechen angetan haben?“ entspricht dem in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten bestehenden gesellschaftlichen Konsens eines Bekenntnisses zur Schuld der Deutschen an den Vorgängen, die der Vertreibung vorausgegangen waren. Auch ihrem Vater sei jeglicher Revisionismus fremd gewesen, stellt Hoffmann heraus. Ihr Unbehagen kann sie zurecht kaum verbergen, wenn sie auf davon stark abweichende Haltungen trifft, wie die eines Lehrers aus Zittau, für den nur die Verbrechen der Sieger zählten, oder die Meinung einer in Dresden verheirateten Tschechin, die Hitler regelrecht verharmlost habe. „Woher kommt das, die Sympathie für Hitler, der Antisemitismus? Aus der tschechischen Provinz? Oder aus der Nähe von Dresden?“, lautet die durchaus gewagte rhetorische Frage Hoffmanns. Gleichzeitig geht sie auch immer wieder auf Wahrnehmungen ein, die

sich nachvollziehbar vom Postulat primärer deutscher Schuld abheben. So sind für Maria, eine 1945 aus Wolhynien Vertriebene, bei der Hoffmann zu Gast war, „die Bösen nicht die Deutschen, sondern die Russen“.

Überhaupt lenkt Hoffmann immer wieder den Blick auf den Umgang mit Russland im Osten Europas. Anlass dafür gibt eine russische Fernsehsendung, eine Propagandashow, die sie auf einer Station ihrer Wanderung in Niederschlesien zufällig in einem Hotelzimmer sah. Darin wird dem ukrainischen Präsidenten vorgeworfen, wegen des Hitler-Stalin-Pakts trage die Sowjetunion eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem Geschichtskrieg um das Gedenken, der zwischen Russland, Polen und der Ukraine tobe und entwirft zugleich das Szenario einer Bedrohung durch Russland, die im Osten Europas derzeit beklemmend real wirke: „Was, wenn wir (Deutsche) nicht merken, dass nichts vorbei ist und sie gerade dabei sind, den nächsten Krieg vorzubereiten, wenn unter der Asche immer noch Glut glimmt, in die sie jetzt hineinblasen, als müsse man sich nicht fürchten vor dem Feuer?“ Die Angst vor den Russen ist zurück. Die Vorbehalte gegen die Deutschen scheinen ihr gewichen, möchte man es als Leser verstehen. Junge Menschen in Tschechien, die die Vertreibung der Deutschen für ein Unrecht hielten, betrachteten Deutschland wie auch die EU als ein Land, von dem Tschechien profitiere, heißt es gegen Ende ihres Buches. Sie sähen unbefangen ihre europäische Lebensperspektive, unterstreicht Hoffmann, ohne ihre leisen, hinsichtlich der aktuellen Lage fast prophetisch wie beklemmend anmutenden Zweifel zu verbergen, die aufkämen, wenn einem „wieder die alte Angst vor dem (russischen) Drachen (überfällt), dass er vielleicht nur schläft, die schreckliche Ahnung: dass dies nur eine Atempause sein könnte, ein kurzer glücklicher Moment in der Geschichte.“

In dem durchweg spannend und tiefgründig geschriebenen Buch kommen somit die unterschiedlichsten Menschen zu Wort und wird den vielfältigen Aspekten zur Einordnung der Vertreibung von 1945 in die jüngere Geschichte Europas Geltung verschafft. „Alles, was wir nicht erinnern“ spricht die Altersgruppe Hoffmanns, selbst Jahrgang 1967, besonders an, jene, die noch erlebt haben, wie sich ihre Großeltern und Eltern über Krieg und Vertreibung mitgeteilt, damit schwergetan haben. Es ist aber für alle Generationen lesenswert und wird den gesellschaftlichen Diskurs zu dem Themenkomplex erheblich mitprägen.

Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit¹

FREYA KLIER

besprochen von JÖRG BERNHARD BILKE²

Als der ostpreußische Schriftsteller Ernst Wiechert (1887-1950) im Sommer 1938 aus dem Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar entlassen worden war, wurde er sofort, bevor er auf seinen Hof in Oberbayern zurückkehren durfte, Joseph Goebbels, dem „Minister für Volksaufklärung und Propaganda“, in Berlin zugeführt, wo er verwarnt wurde, weiterhin gegen den nationalsozialistischen Staat zu hetzen, ansonsten würde er noch einmal ins Konzentrationslager gebracht „mit dem Ziel Ihrer physischen Vernichtung“. Als der 1933 in Oelsnitz/Erzgebirge geborene DDR-Schriftsteller Reiner Kunze 1976 seine DDR-kritischen Texte „Die wunderbaren Jahre“ in einem Westverlag veröffentlicht hatte, wurde er zu Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann nach Ostberlin einbestellt und eindringlich verwarnt, weiterhin staatsfeindliche Literatur zu schreiben, ansonsten könne er, der Minister, einen tödlichen Autounfall Reiner Kunzes auch nicht mehr verhindern. Was ist der Unterschied zwischen einem nationalsozialistischen und einem kommunistischen Auftragsmord? Es gibt keinen! Reiner Kunze hat nur deshalb überlebt, weil er am 13. April 1977 nach Bayern ausreisen durfte.

Wer die Geschichte der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ zwischen 1918 und 1945 kennt, kann nicht überrascht sein darüber, mit welcher Brutalität die seit 1946 in der Sowjetzone herrschenden Kommunisten sich ihrer Gegner entledigten. Schon die KPD-Geschichte in der Weimarer Republik ist eine einzige Abfolge von Parteiausschlüssen, mit denen Widerstrebende der seit Lenins Tod 1924 einsetzenden Stalinisierung der Partei mundtot gemacht werden sollten. Wenn es sich ergab, wurde auch gemordet: Der bayerische Kommunist Hans Beimler (1895-1936), der im SED-Staat wie ein Heiliger verehrt wurde, ist, so lassen es die merkwürdigen Umstände seines plötzlichen Todes vermuten, im Spanischen Bürgerkrieg am 10. Dezember 1936 an der Madrider Front von den eigenen Genossen, denen er politisch unbequem geworden war, hinterrücks erschossen worden.

Nach 1949, als die deutschen Kommunisten über einen eigenen Staat verfügten, wurden politische Gegner nach Artikel 6 der DDR-Verfassung zu hohen Haftstrafen verurteilt, später nach dem Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957. Aber noch weit in die DDR-Jahre hinein wurden demokratisch gesinnte Studenten der russischen Besatzungsmacht überstellt wie Arno Esch (1928-1951) von der Universität Rostock und Herbert Belter (1929-1951) von der Universität Leipzig, die 1951 in Moskau erschossen wurden, während der

¹ Freya Klier, Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit, Freiburg i. Br. 2021

² Dr. Jörg Bernhard Bilke ist Journalist und Publizist (joerg.bilke@gmx.de)

Leipziger Studentenvertreter Wolfgang Natonek (1919-1994) „nur“ zu 25 Jahren Straflager verurteilt wurde.

Ähnlich dem seit 1936 unaufgeklärten Kriminalfall „Hans Beimler“ lässt sich auch bei den rund 70 Attentaten, derer sich die 1950 in Dresden geborene Schriftstellerin Freya Klier mit analytischer Schärfe annimmt, schwerlich nachprüfen, wer die Aufträge dazu erteilte. Ein starkes Indiz dafür, dass Erich Mielkes Ministerium das ausführende Organ für Morde gewesen ist wie im Fall des 1979 geflohenen DDR-Fußballers Lutz Eigendorf und für Mordversuche wie im Fall des Ostberliner „Spiegel“-Korrespondenten Ulrich Schwarz, liegt darin, dass nur bei einer Organisation wie der Staatssicherheit eine derartige Wucht an krimineller Energie, gepaart mit ideologischer Verblendung, existierte. Ein „Verein zur Beförderung der Humanität“ war dieser Geheimdienst sicher nicht! Ein Moment der Verbrechensaufklärung tritt hinzu: Freya Klier und der Liedermacher Stephan Krawczyk hatten am 8. November 1987 auf dem Weg nach Stendal/Altmark einen schweren Autounfall, der sie fast das Leben gekostet hätte; von Oktober bis Dezember 2019, 32 Jahre danach, erhielten sie mehrere Anrufe ihres einstigen Vernehmungsoffiziers von 1988, der, den nahen Krebstod vor Augen, sein Gewissen erleichtern wollte und schließlich bestätigte, dass bei dem verunglückten Auto die Bremsschläuche durchgeschnitten waren. Ulrich Schwarz, der 1985/89 über enge Kontakte zu DDR-Bürgerechtlern verfügte, wurde 1987 auf der Fahrt nach Rostock bewusstlos, überschlug sich mehrmals und kam wie durch ein Wunder mit dem Leben davon.

Eine weitere Variante zur Liquidierung politischer Gegner war der durch Verstrahlung herbeigeführte Krebstod, der erst Jahre nach dem Mauerfall 1989 eintrat wie bei dem Schriftsteller Jürgen Fuchs (1950-1999). Auch hier gab es selbstverständlich keine Beweise, falls nicht irgendwann in der Gauck-Behörde noch entsprechende Akten gefunden werden. Einzig bei dem Mord an dem Jenaer Bürgerrechtler Matthias Domaschk (1957-1981) am 12. April 1981 im Untersuchungsgefängnis Gera der Staatssicherheit scheint sich die Beweiskette zu schließen.

Dieses unglaubliche Buch ist eine Kriminalgeschichte des SED-Staates, geschrieben von einer Autorin, die selbst zweimal verhaftet war und dann jahrelang recherchiert hat. Die westdeutschen DDR-Forscher haben dieses Thema leider bis heute nicht aufgegriffen.